

Informationsdienst

Z 21913 E

südliches afrika

Jr. 9, September 1983

Preis DM 5,—

ISSN 0721-5088



Kein Frieden im Süden Afrikas

INHALT

schwerpunkt:

Kein Frieden im Süden Afrikas

Die Apartheid 'in der Fläche' verteidigen	3
Weißer Frauen als Zielgruppe der südafrikanischen Streitkräfte	5
Machen, wovon andere noch nicht einmal träumen	7
Neues Gesetz für Kriegsdienstverweigerer	11
Schwarze an die Front	12
Grüne fragen an	15
Angola:	
Krieg und Wiederaufbau	16
Es ist an der Zeit	19

südafrika

Neue Oppositionsbündnisse	20
Gewerkschaftseinheit rückt näher	24
Neue Macht für schwarze Bergarbeiter	26

aktionen

"Frieden und Gerechtigkeit"	28
Namibia-Tag: 26. August	29
Einladung nach Prag	30

kurznachrichten	31
---------------------------	----

Informationsstelle Südliches Afrika e.V. (ISSA)

5300 Bonn 1, Blücherstr. 14
 Telefon: 0228/ 21 32 88
 Postscheck Köln 281210-504
 Spk Bonn 119 000 222

Anti-Apartheid-Bewegung in der BRD und Westberlin e.V. (AAB)

5300 Bonn 1, Blücherstr. 14
 Telefon: 0228/ 21 13 55
 Postscheck Köln 12979-501
 BfG Bonn Nr. 101 9894500

Preise:

Einzelheft	DM 5,00
Jahresabonnement	
Inland/Ausland	DM 40,00
Luftpost	DM 55,00
Institutionen	DM 60,00
Förderer	DM 60,00

Redaktion:

Christa Brandt, Gottfried Wellmer, Lothar Berger, Alrun Hürter, Hein Möllers (verantw.), Christoph Reichert, Dietrich Weinbrenner, Ingeborg Wick, Gernot Herrmann

Redaktionsschluß der Ausgabe: 20.8.83

Nachdruck, auch auszugsweise, nur nach Rücksprache mit der Redaktion. Genehmigung wird gern erteilt. Belegexemplar an die Redaktion. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Verlag: ISSA

Satz, Layout, Grafik:

DK Kierzkowski, Bonn-Beuel

Druck:

Leppelt Druck+Repro GmbH, Bonn Beuel

An die Friedensbewegung

Es herrscht Krieg in Südafrika. Zwar kein offen erklärter Krieg — aber Krieg nichtsdestoweniger. Seit Jahren üben hunderttausende junger Weißer ihren obligatorischen Wehrdienst an der Grenze aus — nicht an der Grenze ihres eigenen Landes, sondern an der Grenze eines fremden Landes, Namibias. Seit Jahren flüchten tausende junge Schwarze über die Grenze aus Südafrika. Seit Jahren werden tausende Schwarze im Lande ermordet, eingekerkert, ohne Prozeß inhaftiert und in ihrer Bewegungsfreiheit auf brutalste Weise eingeschränkt. Im Lande nimmt die Zahl von gezielten Sabotageakten gegen das Apartheidsystem zu. Die große Mehrheit der Weißen sieht diesen Krieg als den totalen Angriff böser kommunistischer Mächte gegen eine weiße christliche Gesellschaft, die bloß nach Recht und Ordnung trachtet. Für die Schwarzen aber ist er ein Kampf um nationale Befreiung.

Die Schwarzen, die geflüchtet sind und später als ausgebildete Guerillakämpfer zurückkommen, werden vom weißen Staat als Terroristen verschrien und dementsprechend behandelt. Von der politisch bewußten, schwarzen Gemeinschaft werden sie als Freiheitskämpfer verehrt. Werden diese Kämpfer gefangengenommen, so werden sie als Kriminelle wegen Hochverrats oder Terrorismus angeklagt. Sterben sie im Kampf, werden sie als Helden gefeiert und zu Grabe getragen.

Jetzt, wo eine intensiviertere Guerillakriegsführung vor der Tür steht, verschärft Weißsüdafrika den Militarisierungsprozeß im Lande und den Destabilisierungsprozeß in den Nachbarstaaten, die, laut Südafrika, südafrikanische Befreiungsbewegungen unterstützen.

Jetzt geht Südafrika in kurzsichtiger Hast daran, seine gewaltige militärische Macht mit einem hochqualifizierten Waffenarsenal weiter auszubauen — einschließlich der starken Ausbeutung einer möglichen Anwendung von Kernwaffen. Inzwischen werden Tausende von Schwarzen, die nicht im "weißen" Südafrika arbeiten oder leben dürfen, in ihre Heimatländer deportiert.

Die Möglichkeiten einer gewaltlosen Lösung sind äußerst gering. Eher zu erwarten ist ein langer, ausgedehnter Guerillakampf, vor allem in den Städten. Eine gewaltsame Lösung ist im Moment fast unvermeidlich.

Eines der wichtigsten Probleme, die einer friedlichen Lösung im Wege stehen, bilden die vielen Gruppen, Organisationen, Kirchen, religiöse Bewegungen, Staatsführer und Parteien in aller Welt, die vorgeben, Gewalt zu verabscheuen und friedliche Veränderung zu unterstützen, ohne jedoch die Beseitigung der Grundursachen von Gewalt angedacht zu haben, bevor sich die Gewalt auf ihren Zerstörungsweg macht.

Die große Mehrheit von politisch bewußten Schwarzen verwirft bewußt die Behauptung, daß die Befreiungsbewegungen Gewalt als Mittel zur Lösung der politischen Probleme in Südafrika bevorzugen. Aber noch mehr: Alle verantwortlichen Führer der Schwarzen und Mischlinge in Südafrika verweisen darauf, daß sie für eine gewaltlose, auf Gerechtigkeit gegründete Lösung für alle Einwohner Südafrikas sind. Sie haben aber gleichzeitig gewarnt, daß die fortgesetzte Durchführung der jetzigen Politik nur zur Verschärfung des Konflikts und zu Auseinandersetzungen mit großem Blutvergießen führen kann. Apartheid — so sagen sie — ist Gewalt, strukturelle, juristische, persönliche Gewalt, und führt unvermeidlich zu weiterer Gewalt.

Die Gewaltfrage stellt sich weltweit. Die internationale Verstrickung von Interessen bringt eine gemeinsame Verantwortung mit sich, die sowohl von den Kämpfern gegen Unrecht und Unterdrückung in Ländern wie Südafrika als auch von Organisationen, die sich um den Frieden in den industrialisierten Ländern bemühen, getragen werden muß. In der Geschichte der Menschheit haben die vielen Friedensbewegungen eine gemeinsame Schwäche gezeitigt: sie haben nie genügend Menschen mobilisieren können, die wirklich aktiv und gewaltfrei erfolgreich gegen Unterdrückungsstrukturen angehen konnten. Jede Friedensbewegung, die keine wirksame Gegenoffensive gegen institutionalisierte Gewalt entwickeln kann, läuft Gefahr, sowohl ihre moralische, wie ihre politische Triebkraft zu verlieren, um dann in Ohnmacht und Verzweiflung zu versinken.

Wenn es Friedensbewegungen durch ihre aktiven, gewaltlosen Strategien nicht schaffen, Gewalt zu vermeiden oder zu überwinden, verfällt ein Großteil des moralischen Rechts, diejenigen zu verurteilen, die Gewalt als letztes Mittel gewählt haben, um ihre Freiheit zu erzielen.

Aus einem Referat des mit Bann belegten südafrikanischen Pfarrers Beyers Naude mittels Videoaufzeichnung am 1.6.83 in Amsterdam gehalten, Übersetzung nach epd-Dokumentation Nr. 32a/83 und TAZ 28.6.83.

Gnb/049/002/11

Die Apartheid "in der Fläche" verteidigen

Die Militarisierung der südafrikanischen Gesellschaft schreitet voran

Peter J. Friedman, Johannesburg

Die brutalen Überfälle Südafrikas auf Nachbarstaaten wie Lesotho, Mosambik und Angola lassen vermuten, daß die Militärstrategie des weißen Südafrika sich vornehmlich darauf richtet, eine 'Bedrohung von außen' abzuwehren. In der Tat kann eine Mehrheit der Weißen sich eine Bedrohung ihrer Welt nur als von 'Kommunisten' und der UdSSR gelenkt vorstellen. Doch diese Wahrnehmung entspricht keinesfalls mehr den tatsächlichen Verhältnissen. Aufgeklärte Weiße in Südafrika wissen, daß die wirkliche Bedrohung des weißen Südafrika von seiner konfliktverschärfenden Apartheidpolitik ausgeht. Wichtiger noch: die Militärstrategen am Kap stellen sich bereits in einer Weise um, die Böses vermuten läßt für Charakter und Ausmaß des von vielen als unvermeidlich angesehenen Konfliktes um die Macht in Südafrika. Noch reden sich viele Weiße in Südafrika – und auch ihre vielen Freunde im westlichen Ausland – ein, man könne der Sabotage- und Guerilla-Taktik des Afrikanischen National-Kongresses ANC immer noch leicht Herr werden. Die Tatsachen, die die Militärstrategen schaffen oder anstreben, sprechen jedoch bereits eine andere Sprache.

In der zweiten Hälfte der 70er Jahre stellte das südafrikanische Militär, die technologisch eindeutig führende Streitmacht auf dem afrikanischen Kontinent, vorwiegend darauf ab, einerseits die afrikanischen Nachbarstaaten so zu destabilisieren, daß sie jegliche Lust verlören, die Guerilla des ANC zu unterstützen. Andererseits sollte ein 'stählerner Ring' an Südafrikas Grenzen verhindern, daß die ANC-'Insurgenten' nach Südafrika eindringen können. 1978 wurde der südafrikanischen Armee per Gesetz die Vollmacht gewährt, in einem Bereich von 10 Kilometern an den Grenzen alles Land zu räumen und alle Gebäude, die etwaige Schußfelder behindert hätten, abzureissen. Ein Jahr später wurden Pläne erwogen, an den Grenzen befestigte Einrichtungen zu bauen, dazu ein System der Grenzsicherung mit Minenfeldern, besonders befestigten Wegen für Grenzpatrouillen und elektronischen Überwachungsanlagen, ein System, das letztlich auf eine Mauer um Südafrika herum entsprechend der Mauer zwischen beiden deutschen Staaten hinausgelaufen wäre.

Doch bald merkten die militärischen Planer, daß solch eine Verteidigungsmauer von nur begrenztem Wert war. Erstens sind die Grenzen zu lang, um effektiv auf Dauer geschützt werden zu können; zum zweiten ist – entgegen der landesweit immer noch verbreiteten Ansicht – die Bedrohung durch Guerillas, die zunehmend über die Grenzen 'einsickern', von zweitrangiger Natur. Wichtiger ist – und das ist der neue Akzent der südafrikanischen Militärstrategie – die Verteidigung großer ländlicher Räume und der städtischen Zentren.

Eines der größten Probleme der Verteidigung großer Landflächen ist die Tatsache, daß in den letzten zwei Jahrzehnten eine dramatisch hohe Zahl von Weissen vom Lande in die Stadt gezogen ist. Im Februar 1982 stellte der Forschungs-

rat für Humanwissenschaft (HSRC), eine Art Denkfabrik der weißen Regierung, fest, daß die Zahl der weißen Farmer in Südafrika von 100.000 (1965) auf nur noch 66.000 (1982) gesunken war. Die Gründe für diese Abwanderung sind vornehmlich wirtschaftlicher Natur: unzulängliche Infrastruktur in abgelegenen Gebieten, die Kosteninflation für viele Farmer, die schlechteren Chancen kleiner Farmer gegenüber großen agrarindustriellen Betrieben. Aber auch 'Sicherheits'-Überlegungen spielten eine Rolle: wiederholt haben Farmer im westlichen Transvaal von der Regierung die Errichtung von Sicherheitszäunen um Schulen und Postämter gefordert.

Um die 'Entvölkerung' der für die Verteidigung des weißen Südafrika wichtigen Gebiete an den nördlichen Grenzen zu stoppen, wurde 1979 das 'Gesetz über Bevölkerungsdichte in bestimmten Gebieten' verabschiedet. Es gab der Regierung die Vollmacht, die Abwanderung von Weißen aus Gebieten 50 Kilometer entlang der südafrikanischen Nordgrenzen zu verhindern. In der Praxis lief das Gesetz aber nur darauf hinaus, Farmern in diesen Gebieten zinsgünstige Kredite zu geben; außerdem sollten ehemalige Soldaten mit zinsfreien Krediten ermuntert werden, sich an der Grenze als Farmer niederzulassen. Der weiße Exodus von der Grenze hielt jedoch an. Nachdem die Behörde für landwirtschaftliche Kredite bis Mai 1982 rd. 35 Mio Rand (80 Mio DM) für weiße Farmer im nördlichen Grenzgebiet bewilligt hatte, wurde festgestellt, daß z.B. von den 650 Farmen im Distrikt Ellisras im Nordwest-Transvaal 400 nicht mehr von Weißen bewohnt wurden. Zwischen 1966 und 1982 wurde z.B. in Messina an der Grenze zu Zimbabwe nur ein einziges Haus gebaut; zu Beginn dieses Jahres wurde berichtet, daß trotz großzügiger Regierungskredite für Grenz-Farmer nahezu die Hälfte der Farmen an der Grenze zu Zimbabwe nicht mehr von Weißen bewohnt

werden, so daß das strategisch wichtige Limpopo-Tal von weißer Entvölkerung bedroht ist. Nun hat die Regierung offensichtlich die Hoffnung, die weiße Bevölkerung mit besonders günstigen Krediten zum Siedeln oder zum Verbleib im Grenzgebiet zu ermuntern, aufgegeben. Weil die Grenzfarmer an die Regierungspropaganda glauben, ihre Sicherheit gefährdet sehen und daher abwandern, muß die Regierung zum Mittel des Zwangs greifen. Vor einigen Wochen wurden neue Bestimmungen des 'Gesetzes über Bevölkerungsdichte' erlassen. Danach müssen Farmer in der Zone von 10 Kilometern an den Grenzen zu Zimbabwe und Botswana folgende Vorschriften erfüllen: sie müssen ihre Farmen mindestens 300 Tage im Jahr effektiv bewohnen oder sicherstellen, daß ein weißer Pächter oder Manager dort wohnt; sie müssen Wirtschaftswege und Zäune in gutem Zustand erhalten; sie müssen schriftliche Unterlagen führen über alle Leute, die auf ihren Farmen wohnen, was sich besonders auf schwarze Familien und deren 'Besucher' bezieht; sie müssen das Landwirtschaftsministerium binnen 30 Tagen über Veränderung von Besitzverhältnissen oder Bewohnern informieren.

Ein wesentliches Moment der 'Verteidigung in der Fläche', wie die neue südafrikanische Militärdoktrin auch genannt wird, ist die Mobilisierung aller Weißen für die Verteidigungsanstrengungen und besonders für die 'erste Verteidigungslinie', wie Armee-Chef General Viljoen es nannte. Dabei spielt eine südafrikanische Besonderheit eine wichtige Rolle: die sogenannten Kommandos, eine Freiwilligen-Truppe von zeitweilig dienenden Männern, entstanden letztlich aus dem Geist des burischen Befreiungskampfes gegen die britische Kolonisation zu Beginn dieses Jahrhunderts.

Im Verteidigungs-Weißbuch des Jahres 1982 heißt es dazu: "In der Republik Südafrika wird der militärische Erfolg

neu!

wissenschaftliche Reihe

W. Geisler · G. Wellmer

DM- INVESTITIONEN IN SÜDAFRIKA



Wolff Geisler/Gottfried Wellmer
DM-INVESTITIONEN
IN SÜDAFRIKA
Bonn, August 1983
ca. 300 Seiten, DM 17,80
ISBN 3-921614-40-6

Den Hauptteil des Buches bildet eine Liste bundesdeutscher Unternehmen und ihrer Kapitalanlagen und Beteiligungen in Südafrika, die rund 300 deutsche Unternehmen und 300 südafrikanische Tochterunternehmen und Beteiligungen umfaßt.

Ein einführender Text analysiert Umfang und Bedeutung der bundesrepublikanischen Investitionen für die innenpolitische Entwicklung Südafrikas.

Den Abschluß bildet der Aufsatz von F. Fröbel, J. Heinrichs und O. Kreye: "Die neue internationale Arbeitsteilung: Ursachen, Erscheinungsformen, Auswirkungen."

issa

informationsstelle
südliches afrika
Blücherstr. 14
5300 Bonn 1
Tel. 0228/21 32 88

nur sicherzustellen sein, wenn Schutz in der Fläche erreicht ist, wobei Kommando-Kräfte überall im Land nachrichtendienstliche Aufgaben haben, Heim und Herd schützen sollen, erste Nachrichten von der Anwesenheit von Terroristen geben und anfängliche Operationen führen sollen, bis regelrechte Truppenverbände den Feind zerstören können."

Im ganzen Land gibt es heute 250 Kommando-Einheiten. Ihre Mitglieder leben in den Bezirken, in denen sie dienen. Obwohl in letzter Zeit auch einige Schwarze in einigen Einheiten dienen, lassen sich die Kommandos am ehesten als eine fast exklusiv weiße, lokale Freizeit-Miliz bezeichnen. Hier fängt jedoch genau das Problem an: weil in den letzten Jahren das Risiko des militärischen Dienstes stark angewachsen ist, hat sich der Geist der Freiwilligkeit ein wenig verflüchtigt. 1982 wiesen die Kommandos nur 37% ihrer Sollstärken auf; viele Südafrikaner scheinen ihre Arbeit, ihre Freizeit, ihr soziales Leben für wichtiger zu halten als die Verteidigung ihrer Heimat, wie besorgte Armee-Kommandeure seit Jahren feststellen. Schon im September 1981 wies Verteidigungsminister Magnus Malan im Parlament auf die sinkende Kampfkraft der Kommandos hin, als er das Beispiel eines Grenzdistrikts erwähnte, in dem nur 15% der weißen Farmer Mitglieder der ländlichen Kommandos waren. Im April 1982 wurde im Parlament beklagt, daß wegen mangelnder Sollstärken ein Kommando seine verfügbaren Mitglieder für 139 Tage im Jahr einberufen mußte, wobei dann von Freiwilligkeit kaum noch die Rede war.

Daraus zog die Regierung 1982 eine eindeutige Konsequenz: sie verkündete das Ende der freiwilligen Meldung für die Freizeit-Bürgerwehr und verfügte eine Art Wehrpflicht für die Kommandos. Danach können alle weißen Männer unter 55 Jahren auch ohne militärische Erfahrung zum Dienst in den Kommandos herangezogen werden; im ersten Jahr müssen sie 30 Tage Dienst tun, danach noch 12 Tage pro Jahr. Wehrpflichtige, die ihren zweijährigen Grundwehrdienst absolviert haben, können allen weiteren Dienstpflichten dadurch nachkommen, daß sie sich auf 20 Jahre für jeweils 50 Tage im Jahr in ihrem Heimatdistrikt zu den lokalen Kommandos melden. Alle Wehrpflichtigen, die Grundwehrdienst und Reservedienst abgeleistet haben, müssen bis zum 55. Lebensjahr 12 Tage im Jahr bei den Kommandos Dienst leisten. Dabei bezieht sich die Dienstzeit nur auf 'Friedenszeiten'; im Ernstfall kann die Einsatzzeit je nach Sicherheitslage verlängert werden. Nachdem die Regierung zur Beruhigung der weißen Bevölkerung wiederholt erklärt hatte, Einbe-

rufungen würden nur in Gebieten erfolgen, die als besonders bedroht gelten, scheint sie in letzter Zeit dennoch zu direkten Einberufungen übergegangen zu sein. Bereits in 6 Distrikten sind weiße Männer zu den Kommandos eingezogen worden; Ende April erklärte ein Armee-Sprecher, in den nächsten fünf Jahren würden alle weißen Männer eingezogen, und zugleich teilte General Malan mit, daß Kommando-Kandidaten im nördlichen Transvaal und in Teilen von Natal sich darauf einrichten müßten, jederzeit zum Dienst gerufen zu werden.

Die angestrebten Zahlen sind beachtlich. Letztes Jahr schätzte ein Militärexperte der regierenden National-Partei, daß allein in Transvaal die Dienstpflicht für die ländlichen Kommandos deren Sollstärke auf 180.000 Mann bringen würde. Das hieße, daß im ganzen Land zwischen 600.000 und 800.000 weiße Männer im Alter unter 55 Jahren mit einer Einberufung zu den Kommandos rechnen müssen.

Natürlich weiß auch die militärische Führung Südafrikas, daß die weiße Vorherrschaft nicht allein 'in der Fläche' auf dem Land verteidigt werden kann. Zunehmend wichtiger werden die Städte, auf die auch der ANC seine Aufmerksamkeit konzentriert. Während auf dem Land die Kommandos stark in die Befehlsstrukturen der normalen Armee integriert sind, ist es bisher in den Städten die Polizei, die die tägliche Kontrolle der Bevölkerung (d.h. besonders der Schwarzen) vornimmt. Dabei wird die uniformierte Polizei von starken Kontingenten der Sicherheits- (sprich Geheim-) Polizei und besonderen Einheiten der Eindämmung von Unruhen und der Bekämpfung von 'Eindringlingen' unterstützt. Das Militär steht dabei eher als Eingreifreserve im Hintergrund, auch wenn es in einigen Fällen, etwa bei großen Streiks, eingesetzt worden ist. Die auch in den Städten bestehenden Kommandos haben dabei bislang beschränkte Aufgaben; sie sollen die Polizei beim Schutz weißer Wohngebiete unterstützen, sie sollen besonders gefährdete Punkte schützen, Nachrichten besonders von schwarzen Arbeitern sammeln und die zivilen Behörden unterstützen. Das wichtigste Element einer stärkeren Nutzung der Kommandos in industrialisierten städtischen Gebieten aber ist die Einrichtung von sogenannten 'industriellen Kommandos'. Wichtige Industriebetriebe wie die 'Atlas Aircraft Corporation', die Fabrik für Explosivstoffe bei Modderfontein, die Kohleverflüssigungsanlage Sasol, die Werke von ISCOR (Eisen und Stahl) und ESCOM (Strom) haben bereits ihre eigenen militärischen Einheiten, in anderen Fabriken werden sie derzeit aufgebaut.

Zu diesen Kommandos gehören Mitarbeiter der betreffenden Firmen; ihre Ein-

SÜDAFRIKA

Neue DM-Anleihe für Südafrika

Unter der Federführung der Berliner Handels- und Frankfurter Bank wird am 2. September eine 100 Mio DM-Anleihe an das Südafrikanische Post- und Telegrafienministerium vergeben.

FAZ 5.8.83

Schering jetzt auch in Südafrika

Durch die Übernahme der britischen FBC Ltd. besitzt der Berliner Pharma-Konzern und Hersteller von Pflanzenschutzmitteln Schering AG nun zum ersten Mal auch eine Versuchsstation in Südafrika. Bisher war das Unternehmen dort überhaupt noch nicht vertreten. Mit der FBC-Übernahme will der Konzern in die Gruppe von bislang acht Pflanzenschutzmittelherstellern – unter ihnen Hoechst, BASF und ICI – vordringen, die einen Jahresumsatz von 1,2 bis 1,5 Milliarden DM aufweisen. Die führende Position halten bei einem Weltmarktvolumen von etwa 30 Milliarden DM die Firma Bayer und Ciba Geigy mit Umsätzen von je 4 Mrd DM und Monsanto und Shell mit jeweils 2 Mrd DM.

pa/vwd 19.8.83

satzzentralen befinden sich auf Firmengelände, ihre Einsatzpläne werden gemeinsam von Firmenleitungen und Militär erarbeitet. Gesetzliche Grundlage ist der 'National Keypoints Act', ein Gesetz über die Sicherung nationaler strategisch wichtiger Schwerpunkte, das besonders ausländische Firmen, die davon ebenfalls betroffen sind, Verdruss bereitet, weil die Kosten von ihnen selbst getragen werden müssen (1). Diese 'industriellen Kommandos' sollen die einschlägigen Firmen sichern, wobei sie indes nicht allzu erfolgreich waren, wie die Bombenattentate des ANC auf wichtige Einrichtungen wie Kraftwerke von ESCOM und SASOL aus den letzten Jahren zeigen.

Bis zur Mitte der 70er Jahre wurden Industrieanlagen von Sicherheitskräften geschützt, die zur Polizei zählten. Daß jetzt 'industrielle Kommandos' diese Aufgaben übernehmen, zeigt, wie sehr die Militarisierung der südafrikanischen Gesellschaft voranschreitet.

In der Tat deutet diese Militarisierung darauf hin, daß der südafrikanische Staat nicht in der Lage ist, die Bestrebungen der schwarzen Bevölkerungsmehrheit zu befriedigen und sich darauf einrichtet, die strukturelle Krise Südafrikas mit militärischen Mitteln zu lösen. Kann die Destabilisierungspolitik gegen die Nachbarstaaten noch mit einer relativ kleinen Elitetruppe von gutbewaffneten Soldaten und der Unterstützung von sogenannten 'Widerstandsgruppen' betrieben werden, so läßt sich die 'Verteidigung in der Fläche' gegen die eigene schwarze Bevölkerung nur noch mit einer Massenmobilisierung aller Weißen erreichen. Die besondere Dienstpflicht für die Kommandos birgt freilich auch politische Gefahren, und zwar nicht nur für die schwarze Bevölkerung. Die Idee einer

'Verteidigungsstreitmacht des ganzen Volkes' wird in der burisch-nationalistischen Propaganda seit den Zeiten des Burenkrieges hochgehalten, auch wenn es ohne 'ein bißchen Wehrpflicht' längst nicht mehr abgeht. Und wann immer die weiße Opposition im exklusiv weißen Parlament Zweifel am Verteidigungswillen äußert, weil sie darauf verweisen kann, daß es für viele Südafrikaner an der Apartheid wenig Verteidigungswertes gibt, erhebt sich in den Reihen der National-Partei ein Sturm der Entrüstung über solche 'unpatriotischen Äußerungen'.

Doch die Tatsache, daß der Idee einer freiwilligen Bürger- oder Heimwehr immer weniger weiße Südafrikaner einen Reiz abgewinnen können, kann auch durch patriotisches Hurra-Geschrei nicht hinweggeschafft werden. Die meisten Weißen sind es nach jahrzehntelanger Privilegierung gewohnt, daß andere – Schwarze – die schmutzige Arbeit für sie tun. Außerdem ist das Risiko höher geworden; noch vor zehn Jahren war die Zeit bei der Armee eine lästige Pflicht, doch jetzt hat sich die Zahl der Todesfälle erhöht, auch wenn ihre Zahl geheimgehalten wird und nur die sorgfältige Lektüre von Todesanzeigen in südafrikanischen Zeitungen gewisse Anhaltspunkte erlauben würde. Das größte Problem aber ist die wachsende Uneinigkeit im burischen Lager selbst. Genau wie im Zweiten Weltkrieg eine Fraktion der Buren nicht bereit war, den Krieg der 'Engländer' gegen Nazi-Deutschland mit zu führen, für das sie eine gewisse Sympathie hatten, verweigert sich heute eine erhebliche Zahl von Buren dem Dienst in einer 'rassisch-integrierten Armee' für eine Regierung, die ihrer Ansicht nach den 'Ausverkauf' des weißen Südafrika betreibt. Diese vorsichtige Boykott-Bewegung von rechtsradikalen Buren scheint besonders stark im nördlichen Oranje-Frei-Staat zu sein; in anderen Gegenden, besonders im nördlichen Transvaal, gibt es eher eine gegenläufige Tendenz: hier melden sich die Rechten des burischen Lagers ausdrücklich zu den Kommandos mit der Absicht, die Einheiten zu 'übernehmen' und so auf ihren Kurs zu bringen. Die weiße Oppositionspartei PFP wartet jedenfalls genüßlich auf das offene Ausbrechen dieses Streits im burischen Lager. Sie macht immer wieder darauf aufmerksam, daß es wenig sinnvoll ist, die Mehrheit der arbeitsfähigen Männer auf längere Zeit der Wirtschaft zu entziehen. Denn schließlich sind die Probleme Südafrikas nur zu einem geringen Teil militärischer Natur, in ihrer Mehrheit aber sozio-ökonomischer Art, für deren Bewältigung auch noch so viele Gewehre nicht helfen.

Anmerkung:

1. siehe Informationsdienst Südliches Afrika 4/5 '82, S. 26

Weißer Frauen als Zielgruppe der südafrikanischen Streitkräfte

Die Anzahl der für das südafrikanische Militär angeworbenen Frauen hat sich in den vergangenen zehn Jahren verdreifacht, und die in den letzten Jahren hochgeputschte Kriegspsychose hat jetzt auch erfolgreich auf die weißen Frauen übergegriffen.

1974 gab es in der südafrikanischen Armee, der Marine und bei der Luftwaffe weibliche Offiziere. 1977 gab es darüber hinaus 6 000 weibliche Freiwillige in den Kommandoeinheiten (weiße, zeitweise eingesetzte Miliz) und eine jährliche Meldung von 1 000 Freiwilligen zur Bürgerwehr und Berufsmarine. Heute sind über 2 000 Frauen Mitglied der Berufsmarine.

Entgegen der weitverbreiteten Spekulationen vor der Bekanntgabe des "Defence Amendment Bill" im Jahre 1982 wurden bisher noch keine weißen Frauen wehrverpflichtet.

Stattdessen bemüht sich das Militär um eine stärkere freiwillige Dienstbereitschaft bei den Frauen. Nach der Aussage des Öffentlichkeits-Offiziers der Südafrikanischen Streitkräfte (SADF) "stellt jede Frau, die als Rechnungsführer oder Ausbilder dient, einen Kollegen für den Kampf frei". Die Wehrpflicht ist damit aber noch nicht ad acta gelegt. In einer Ansprache vor einer Entlassungsparade des Südafrikanischen Armee-Frauencollege in George betonte P.W. Botha im vergangenen Jahr, daß in Zukunft mit der Einführung der Wehrpflicht für Frauen zu rechnen sei.

Weißer Frauen

im nationalen Sicherheitsstaat

Die Einführung von Bothas Nationaler Sicherheitspolizei hat die Militarisierung Südafrikas in den vergangenen fünf Jahren beschleunigt – ein Prozeß, dessen Ende noch nicht abzusehen ist. Der Verteidigungshaushalt erreichte astronomische Höhen – inzwischen 3 Milliarden Rand, das ist das 70fache wie vor 15 Jahren – und ein schnelles Wachstum der einheimischen Rüstungsindustrie, vor allem seit dem Waffenembargo der UNO 1961. Der Aktienwert von ARMSCOR, des staatlichen Rüstungskonzerns, beträgt heute über 1,2 Mil-



liarden Rand. Armscor ist der zweitgrößte Industriegigant Südafrikas.

In den vergangenen fünf Jahren wurde außerdem der Wehrdienst für weiße Männer auf zwei Jahre verlängert, die stehenden Kampfeinheiten wurden auf 200 000 Mann erhöht. Im gleichen Zeitraum nahm auch die Rolle der Frauen in der SADF an Bedeutung zu. Neben der Einbeziehung in die Armee erwartet man ihre Unterstützung als Mütter, Ehefrauen, Freundinnen und Schwestern für die gegen die "russische Bedrohung" kämpfenden "Landser".

Berufsarmee

In der SADF können weiße Frauen jetzt auch Positionen mit mehr Verantwortung erhalten, wodurch die Attraktivität des Militärs für die Rekrutinnen gesteigert wurde. Für den selbsternannten "Champion der Rechte der Frauen in der SADF" Generalmajor Neil Webster, führt das dann zu folgender Überlegung: "Wenn eine so konservative Organisation wie die Armee die Gleichberechtigung der Frauen akzeptieren kann, müßte das ja auch bei den Beamten und im Privatsektor möglich sein." Die Aufgaben der Frauen beim Militär liegen jedoch vorwiegend im Bereich der Unterstützung und Zuarbeit für Männer, obwohl sie für den Militärapparat lebenswichtig sind. Frauen sind vom Dienst an der Waffe in der Armee ausgenommen. Wie Hauptmann (Col.) Hilda Botha, Dienststellung: Senior statt Offizier, weiblich) sagt, "widerspricht das Töten den Grundinstinkten der Frau". Folglich werden die Frauen rekrutiert, um die Männer zum Töten freizustellen.

Das Frauencollege in George

Die Südafrikanische Militärschule für Frauen in George in der Kapprovinz wurde im April 1971 eröffnet. Bis 1976 wurden nur 1 016 Frauen dort ausgebildet; inzwischen sind es jährlich über tausend. Die Berufssoldaten und die Rekrutinnen erhalten eine Ausbildung in Verwaltung, Logistik, Telekommunikation, Instandhaltung und als Ausbilder. Zu der "patriotischen Motivation" kommen außerdem Karrieremöglichkeiten, die Frauen sonst verschlossen sind.

Viele der Frauen werden in der Schule in einem einjährigen Kurs "freiwilliger Nationaldienst" ausgebildet. Nach der Grundausbildung werden sie verschiedenen Einheiten zugeteilt und können sich nach Ablauf des Jahres freiwillig weiterverpflichten. Die anderen Frauen auf der Schule werden in die Berufsarmee übernommen.

Frauen sind in allen drei Teilstreitkräften der SADF aktiv — im Heer, der Marine und bei der Luftwaffe. Im medizinischen Ausbildungszentrum in Pretoria werden Rekrutinnen als Krankenschwestern, Ordonnanzen und Medizinerinnen ausgebildet. Sie werden zum Dienst in den Militärhospitälern einschließlich der namibischen Kriegsgebiete eingesetzt. Luftwaffenrekrutinnen werden in der Aufklärung, der Telekommunikation am Radar und als militärischer Fluglotse eingesetzt. Der Sold für Soldatinnen wurde angehoben, und Frauen können jetzt leichter als früher in die höheren Ränge aufsteigen. Dies und die Ausbildung von drei Offizierinnen zum militärischen Rang B zeigen, daß die SADF ernsthaft eine Politik der stärkeren Rekrutierung von Frauen betreibt.

Frauen als Propagandaziel

Petorias "Herz und Kopf"-Propagandakampagne wendet sich inzwischen sehr viel gezielter an weiße Frauen. Presse, Rundfunk und Fernsehen befassen sich zunehmend mit der direkten und indirekten Rolle der Frauen im Kampf gegen den "Totalangriff". Die offizielle Zeitung der SADF "Paratus" hat einen regulären Frauenteil. Zwar nimmt die Berichterstattung über die Teeparties von Offiziersfrauen einen breiten Raum ein, aber es gibt auch Artikel über Frauen beim Militär und in ihrer unterstützenden Rolle zu Hause an Heim und Herd. Individuelle Leistungen beim Militär stehen an prominenter Stelle der Berichterstattung, ebenso Berichte über die Frauenschule, Zitate wie "ihr Beispiel ist vorbildlich für alle südafrikanischen Frauen" und "diese Soldatinnen sind sehr tapfer und fähig, und trotzdem sind wir sicher, daß sie immer weiblich bleiben" sind die Glanzstellen der Kolumnen im Propagandamagazin der SADF.

Militärorganisationen der Frauen wurden im ganzen Land von Offiziers- und Abgeordnetenfrauen aufgebaut. Sie veranstalten Treffen, Konferenzen, Teeparties und andere Veranstaltungen für weiße Frauen, auf denen deren Rolle in der Gesamtstrategie des Staates herausgestellt wird. Die Militärschule in George hält außerdem Kurse für Zivilistinnen ab, in denen sie so praktische Dinge lernen wie Briefe an ihre Söhne "an der Grenze" zu schreiben. Das Schwergewicht liegt bei all diesen Aktivitäten darauf, die Frauen dazu zu motivieren, "ihre" Männer zu unterstützen, die dafür wiederum "ihrem" Land dienen. Immer mehr Frauen bekommen "Anerkennungsmedaillen" für Leistungen im nichtkämpferischen Bereich verliehen. Die paramilitärische Kadettenausbildung — Drill, Gewehrübungen, Überlebenswanderungen und militärische Übungen —, die bereits 20 000 weiße Schuljungen erhalten, wird jetzt in einigen weißen Schulen auch für Mädchen durchgeführt.

Frauen wurden in das Militär integriert, um leere Stellen zu besetzen und bekamen im Rahmen der Militarisierungswelle Unterstützerinnenfunktion zugewiesen. Die Verbreitung der Kriegsstimmung in all ihren widerwärtigen Formen und die zunehmende Wahrscheinlichkeit der Einberufung weißer Frauen führte bei einigen weißen Frauen in Südafrika zur Opposition; nicht alle sind der Sturmflut des falschen Patriotismus anheimgefallen. Diese Frauen leisten neben ihrem Widerstand gegen die Apartheid auch Aufklärungsarbeit, führen Aktionen gegen die zunehmende Militarisierung der südafrikanischen Gesellschaft durch und verwahren sich entschieden gegen die Einberufung von Frauen. Da sie noch nicht der Wehrpflicht unterliegen, können sie sich offener mit den Problemen der Kriegsdienstverweigerung und des Widerstands gegen den Krieg auseinandersetzen. Eine Frau drückte das folgendermaßen aus: Uns wäre es lieber, wenn Frauen so wenig wie möglich militärischem Einfluß und militärischen Ideen ausgesetzt würden, damit sie eine freiere und meiner Meinung nach auch gesündere Position vertreten könnten". Fortschrittliche weiße Frauen können in Südafrika eine positive Rolle bei der Meinungsbildung gegen die Militarisierung der weißen Gesellschaft spielen. Diese Rolle wird umso mehr an Bedeutung gewinnen, wie ihnen der Übergang von einer unterstützenden zu einer aktiven Beteiligung an dem militärischen System der Apartheid aufgezwungen wird.

Resister. Journal of the Committee on South African War Resistance. London. No. 25, April 1983

Machen, wovon andere noch nicht einmal träumen...

Der Einsatz von US-Computern in Südafrika

Wolfram Frommlet

Jährlich erscheint in den USA die Liste der 500 führenden US-Firmen. Zu denen mit den höchsten Wachstumsraten 1982 zählten die Computer-Hersteller IBM, Control Data, Hewlett Packard, Apple, Burroughs. Man ahnt dies, wenn man sich die Anzeigenseiten von "Spiegel" oder "stern" durchsieht: doppelseitige Anzeigen von Apple, bis zu sechseitigen von IBM. Die effektivere Nutzung menschlicher Ressourcen und technischer Investitionen: Hotel und Arztpraxis, Büro und Betrieb. Menschen werden in diesen Anzeigen weder eingespart noch kontrollierbarer, sondern allenfalls entlastet, ihr Wissen, ihre Fähigkeit zum Wohle aller besser und rascher einsetzbar.

Der momentane Anzeigenboom der Computer-Industrie richtet sich nicht nur an Kunden, er ist Teil einer public-relations Strategie: Sympathiewerbung für eine neue Technologie, Abbau von "angeblichen" Vorurteilen, "ideologisierte Maschinenstürmerei" gegen die gefährlichste Neuerung, gegen die mit der digital-micro-electronic, die mit den "chips" verbundenen Umwälzungen gesellschaftlicher Verhältnisse jeder Provenienz.

Wie berechtigt die Vermutung ist, solche Anzeigen mehr als PR- denn als Werbe-Effekt zu sehen, als "fürchtet-euch-nicht"-Propaganda, begreift man erst richtig nach der Lektüre einer Studie über den Einsatz von Computer-Technologie unter sehr spezifischen ökonomischen und politischen Bedingungen: Unter dem Titel "Automating Apartheid" veröffentlichten amerikanische Quäker, das ihnen zugehörige "American Friends Service Committee" in den USA, Mitte 82, eine Studie über den Export von US-Computern nach Südafrika und ihren Einsatz im Apartheid-System.

Im Vorwort zur Studie bringt der demokratische Abgeordnete des Repräsentantenhauses, William Gray, die Verbindung zwischen Computer-Technologie und Politik auf den Punkt: "Südafrikas weißer Herrschaft fehlt es an ausreichend Fachkräften, mit denen sich das Apartheid-System durchführen läßt. Sie macht dies gut durch die enormen Möglichkeiten, die das Angebot an Computern und Elektronik von US-Firmen bietet und von denen Südafrika nun völlig abhängt. Solange weiterhin hochentwickelte Technologie nach Südafrika verkauft wird, müssen wir davon ausgehen, daß Pretoria sie zu strategischen Zwecken und zur Repression im Inneren benutzen wird."

Die Abhängigkeit von US-Technologie sieht in Zahlen so aus: über 4 500 Computer sind bislang in Südafrika installiert. 1980 teilten sich US-Firmen 75% des Marktes auf, 77% aller gemieteten Computer gehören ihnen.

Und in den Begriffen der südafrikanischen Politik heißt das, was William Gray formulierte, "the total strategy", die Totale Strategie. Im "Defence White Paper", 1977, liest sich das als "Die Aufrechterhaltung der Souveränität der Republik Südafrika bedarf der vereinten Verantwortung aller Regierungsstellen." Um diese Verantwortung auf eine legale Basis zu stellen, wurde 1979 ein Gesetzeswerk verabschiedet, das der Regie-

rung die Kontrolle über jeden Computer ermöglicht. Unter Androhung von Strafe wird jeder Halter von Computern, gleich ob gekauft oder gemietet, gezwungen, für ein nationales Inventar exakte Angaben über Art, Bautyp, Kapazität, Verwendung, Datengeschwindigkeit und angeschlossene Datenverarbeitungstechnologie zu machen.

Personen-Erfassung

Wer nicht weiß ist in Südafrika, kann nicht arbeiten, nicht wohnen, nicht reisen, ohne "permit", ohne Arbeitserlaubnis.

Die zuständige Stelle, gehaßt und gefürchtet von allen Schwarzen, hieß früher das "Bantu Affairs Department". Heute, im Zeichen der Apartheidkosmetik, nennt sich dieser Kontrollapparat "Plural Affairs Department". Am Hauptsitz in Pretoria werden auf britischen ICL-Computern, von denen die meisten Einzelteile in den USA gebaut werden, die Daten und Fingerabdrücke von 16 Millionen Schwarzen gespeichert. Nicht weit von dieser Behörde erfassen zwei IBM-Computer des Innenministeriums die Daten von weiteren sieben Millionen Südafrikanern, die unter Nicht-Schwarz kategorisiert werden:

Nationale Identitätsnummer, Geschlecht, Geburt, Wohnsitz, Photo, Familienstand, Arbeits- oder Studienplatz. Daten über

Reisen außerhalb des Landes, rassische Klassifizierung wie Weiß, Coloured, Cape Coloured, Inder, Malay, Chinesisch. Im Januar 1981 beantragte der Innenminister, Chris Heunis, die computergespeicherte Erfassung aller Fingerabdrücke in Südafrika, also auch die der Weißen, um, wie er begründete, der zunehmenden Spionage und Sabotage ein umfassendes Sicherheitsinstrumentarium entgegenzusetzen.

(Als im vergangenen Jahr die Studentin Barbara Ann Hogan wegen ihrer Unterstützung des ANC vom Richter zu einer drakonischen, mehrjährigen Strafe verurteilt wurde, benutzte der eine ähnliche Sprache: das Urteil sei so hart, weil es im Zeichen zunehmender Unterstützung des verbotenen ANC durch Weiße Abschreckungscharakter haben solle.)

Die Chancen für die Realisierung des Planes von Innenminister Heunis sind gut. Bereits jetzt hat Südafrika eine der umfassendsten Datenkarteien der Welt, denn: die Zentralcomputer von Innenministerium und Plural Affairs Department werden, unterstützt von den Computern der 14 Regionalbehörden, der Regional Bantu Administration Boards, die mit Dutzenden von Gesetzen heute schon jede Bewegung eines Schwarzen kontrollieren, Mieten kassieren, die sogenannten Hostels für die Wanderarbeiter unter ihrer Regie halten, Razzien mit der Polizei abstimmen und in Absprache mit den Municipalities, den Stadtverwaltungen, regelmäßig mit Bulldozern die "black spots", die "illegalen", unerwünschten Squatter-Siedlungen von Schwarzen aus den Homelands, oft von Familien der Wanderarbeiter, niederwalzen lassen und die "undesirable elements" in "ihre" Homelands abschieben.

Verschärfung der Gesetze gegen Schwarze Seit November 1980 wird in der Regierung an einem Plan gearbeitet, die 14 Computer in den regionalen Verwaltungsbehörden mit den dezentralen Polizeicomputern gleichzuschalten und sie an einem Zentralcomputer in Pretoria zusammenzuschalten.

Im Innenministerium arbeitet man an einem Plan, eigene regionale Datenbanken aufzubauen und diese ebenfalls an den erwähnten Zentralcomputer in Pretoria anzuschließen.

Mit diesem System wird es dann möglich, die gesamte schwarze Arbeitsware (auch die aus den Homelands, in denen von "unabhängigen Präsidenten" wie Lennox Sebe/Ciskei oder Kaiser Mantanzima/Transkei kaum Widerstand kommen dürfte), als die gesamte schwarze Manövrier-masse auch schnellen ökonomischen Veränderungen und Anforderungen gemäß blitzschnell an jede beliebige Stelle in der südafrikanischen Republik zu verschieben, die Ware Mensch bis ins Detail

mit den industriellen (oder landwirtschaftlichen) Anforderungen abzustimmen, denn:

das geplante Computersystem würde u.a. auch vom Department of Manpower Utilization, also der Abteilung zur Nutzung von Arbeitsreservoirs, gemanagt.

Zusätzlich zu den bekannten, üblichen Daten wurde dann von jedem Schwarzen erfaßt – Schulbildung, Ausbildung, die Ergebnisse der am Arbeitsplatz obligatorischen Tests, die "ethnische" Zugehörigkeit, die komplette Liste aller bisherigen Arbeitsstellen, Straftaten, politischen Auffälligkeiten.

Damit läßt sich dann vorprogrammieren, steuern, was bislang schon Teil der Rassismus-Strategie ist: angebliche ethnische Unterschiede und materielle Qualifikationsunterschiede unter schwarzen Arbeitern auszunutzen, als Keil einzusetzen (was freilich bei wachsendem politischen Bewußtsein der Arbeiterklasse auch trotz Computer ins Auge gehen kann.)

Helen Suzman, die weiße Apartheidgegnerin, sagte, daß ein solcher Plan, das bisherige Paß-System wie ein Kinderspiel wirken lasse.

Worauf sie vermutlich Bezugnimmt, und was in der US-Studie nicht erwähnt ist, sind die dem Parlament zur Verabschiedung für 1984 vorgelegten Gesetzentwürfe, die wahrhaben sollen, was Dr. Connie Mulder 1978 als Minister für "Bantu Administration and Development" forderte: daß der Tag kommen werde, wo es in Südafrika keine schwarzen Bürger mehr geben werde. (Weil alle dann in die Homelands ausgebürgert sein werden).

Für 1984 ist die Realisierung dessen vorgesehen, was in der "Orderly Movement and Settlement of Black Persons Bill" dem Parlament vorliegt (1).

Nach der neuen Bill wird sich auch die Situation für die städtischen Schwarzen total verändern:

bislang konnten Schwarze, die in einer schwarzen Vorstadt geboren waren und/oder dort mehr als zehn Jahre gelebt hatten, dort leben (wenngleich keinen Grund erwerben) und Arbeit suchen, ohne eine Arbeitserlaubnis "work permit", (allerdings dennoch mit Paß).

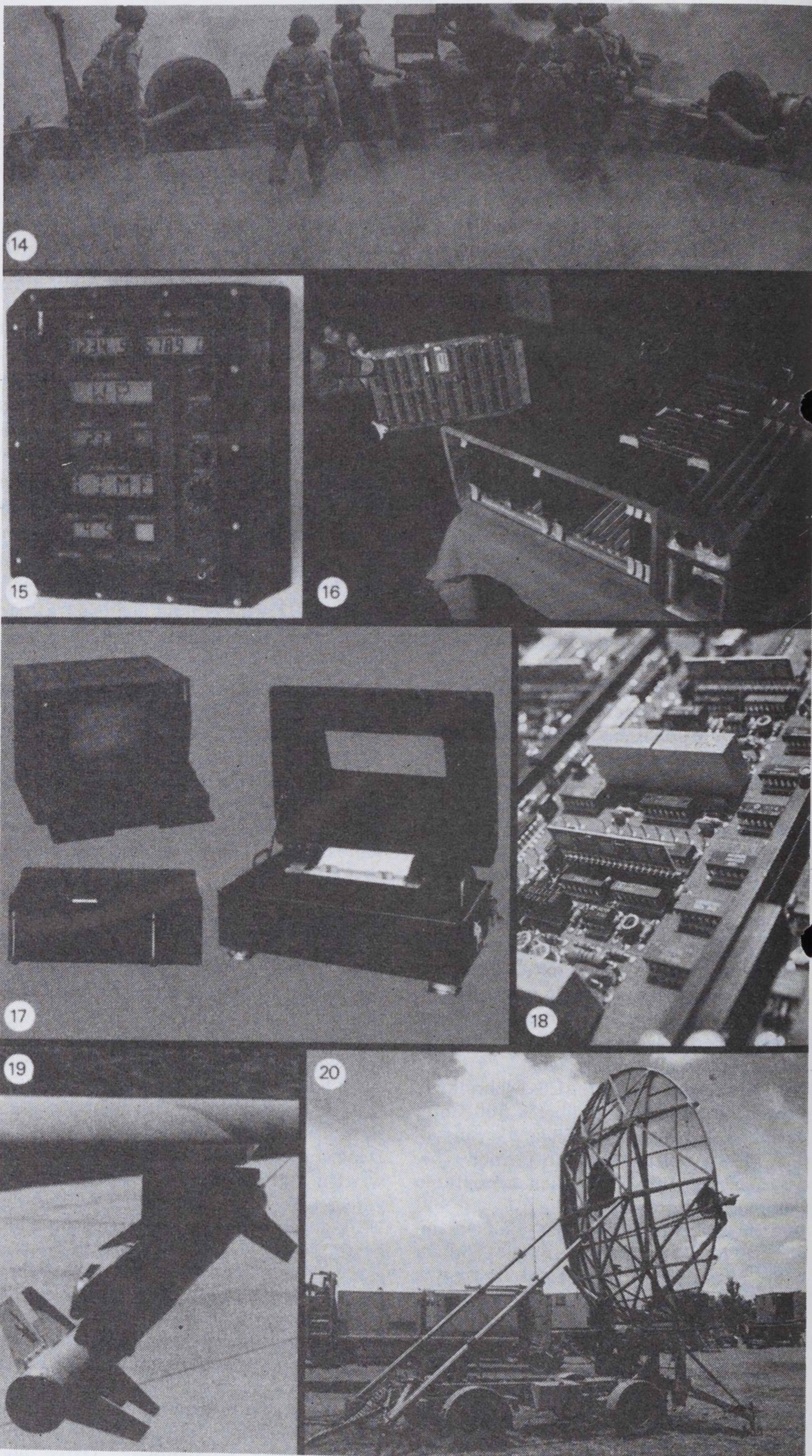
Ab 84 werden alle Schwarzen städtischer Herkunft sich um den Status als PUR, als "permanent urban residents" "bewerben" müssen. In der Bill ist ausdrücklich davon die Rede, daß dies nur "Bürger Südafrikas" tun können. Alle Schwarzen, die aufgrund ihrer ethnischen Zugehörigkeit bereits zu einem der bislang "unabhängigen" Homelands gehören, also Transkei, Venda, Ciskei, Bophuthswana, kommen nicht mehr als PUR infrage.

Da immer mehr Homelands "voll unabhängig" gemacht werden, kommen also

in Zukunft immer weniger Schwarze in den "Genuß", dauerhaft in der Stadt wohnen zu dürfen.

Weiterhin ist Bedingung für den Status als PUR nach der neuen Bill, daß eine

"approved accomodation", eine von der Behörde anerkannte Wohnung besteht. Wörtlich heißt dies, daß die Administration Boards das Recht haben, zu entscheiden, was darunter fällt. Und eben hier



14, 15, 16, 17 – Eine G5 läuft nach dem Feuern in Schußposition zurück. In Photo 14 ist der aus dem mittels Kurvenscheibe geöffneten Verschuß entweichende Rauch zu sehen. Über dem linken Schildzapfen die Anzeigeeinheit (GDU) des Artillerie-Feuerleitsystems AS 80. Neben diesem (Armscor-Photo 15) ist darin noch ein Terminal, ein 15-Bit-Rechner und ein Drucker (Armscor-Photo 17) enthalten. Mit den derzeit erhältlichen Programmen vermag das System vier gleichzeitige Zielbekämpfungsvorgänge mit bis zu acht Geschützen durchzuführen. Beim Drucker handelt es sich um ein Produkt für den zivilen Markt, das in einem neuen Gehäuse auch militärischen Anforderungen genügt.

Photo 16 zeigt eine gedruckte Schaltung des Rechners. Alle Komponenten und vermutlich die Printkarte selbst scheinen amerikanischen Ursprungs zu sein, obgleich die Südafrikaner über die Möglichkeit rechnergestützter Konstruktion verfügen und diese Schaltung sicherlich auch selbst hätten herstellen können. Für kleine Stückzahlen ist es aber offenbar wirtschaftlich sinnvoller, handelsübliche Bauteile zu kaufen und nach sorgfältiger Auswahl und Prüfung daraus Geräte zu bauen, die militärische Spezifikation erfüllen. Die IWR erfuhr denn auch, daß es kein Problem sei, Komponenten zu bekommen. Der Rechner wird weiter entwickelt, es existieren bereits Prototypen mit der dreifachen Datenverarbeitungskapazität bei einer nur um 30 Prozent höheren Leistungsaufnahme.

18 – Nahaufnahme einer gedruckten Schaltung, die in einer in Südafrika gefertigten und bei den SADF erprobten, digitalen Vermittlungseinheit für 128 Leistungen und Fernschreiber/Sprachbetrieb eingebaut ist. Eine der Dickfilmschaltungen ist in der linken Bildmitte zu sehen.

(aus: Internationale Wehrrevue 3/1983)



ändert sich die Situation ebenfalls dramatisch:

nach der neuen Bill kann der Minister für "Co-operation and Development" entscheiden, welche Siedlung "squatter" Charakter hat, also nicht in die weiße Siedlungspolitik paßt. Über den Director General dieses Ministeriums und nach ent-

sprechender Ankündigung in der Government Gazette, können die Bewohner an jeden beliebigen Ort verschoben werden und haben nach dem neuen Gesetz kein Recht und keine Möglichkeit mehr, ein südafrikanisches Gericht anzurufen.

Auszüge nur aus dem, was in Südafrika 1984 heißt.

Aber deutlich genug, um klar zu machen, daß eine derart umfassende "Verantwortung" von ein paar Millionen Weißen über bald 30 Millionen Schwarze mit den "leider" begrenzten menschlichen Ressourcen nicht mehr zu machen ist, daß die US-Technologie da hilft, das unter die Leute zu bringen, was "getrennte Entwicklung", "Einheit in der Vielfalt" oder dergleichen heißt.

Doch ist dies alles nur ein Teil dessen, was mit US-Computern besser in den Griff zu bekommen ist.

US-Computer im Department des Premierministers, bei der Nationalbank, beim Department for Public Works, der Baubehörde, die unter anderem auch zuständig ist für den Bau von Gefängnissen, Polizeistationen, Militärbasen, Kommunikationssystemen, bei den Stadtplanungsbehörden, die nun am Terminal dreidimensional Siedlungen für Schwarze so entwerfen können, daß der rasche Zugriff mit Panzerfahrzeugen, Tränengas, Straßensperren und Razzien, wie im Falle der Aufstände von Soweto 76, gesichert, weil im Computerplanspiel vorab durchsimuliert ist.

US-Computer in 45 Stadtverwaltungen, von Alberton bis Worcester, von Bloemfontein bis Somerset, von Cape Town bis Walvis Bay – Schaltstellen für Polizei, "Bantu"-Verwaltung für Industrie und zivile Verteidigung. Nach Aussagen eines Ex-Agenten des südafrikanischen Geheimdienstes BOSS, der jetzt unter National Intelligence Service firmiert, verfügt dieser über eine streng geheime Computerkartei südafrikanischer Opponenten, zu denen an vorderster Stelle die Kirchen gerechnet werden.

Die britischen ICL-Computer bei Polizei und Geheimdienst werden zu einem erheblichen Teil von Control Data in den USA produziert.

Im April 1979 erhielt die südafrikanische Polizei ein neues, mobiles Kommunikationssystem, hergestellt vom US-Giganten RCA, mit dem mobile Einheiten im Großraum Johannesburg bestückt wurden.

Was in der Presse als "Revolutionierung einer effektiven Verbrechensbekämpfung" bezeichnet wurde, ist doch nur ein weiteres Instrumentarium der Kontrolle der Repression der Schwarzen.

Nach Angaben des "Computer User's Handbook", 1980, liefert IBM die Software, also die Computerprogramme, an die südafrikanische Polizei.

In Südafrikas Totaler Strategie kann natürlich die Industrie nicht fehlen – nicht nur als Umschlagplatz für Menschen, sondern auch als "Verteidigungsobjekt" (vor allem nach den erfolgreichen Angriffen des bewaffneten Flügels des ANC auf die Sasol-Raffinerien).

Westinghouse Security Systems verkauft "unsichtbare Zäune", Mikrowellen-Detektoren für Industrieanlagen, Technology for Communications, California, liefert computergesteuerte, geheime Senderanlagen von besonderem Nutzen für Polizei und Militärs, Norton vertreibt über einen Zwischenhändler Sensoranlagen (das Fortgeschrittenste an Elektronik), mit denen um Industrie- und Militäranlagen fern- und computergesteuerte Fremdobjekte nur aufgrund ihrer Körperwärme identifiziert werden können; in mehr als 25 Minen wird bislang das von der Firma Ontel entwickelte "Labour Informations System" eingeführt, kleine Identitätschips für jeden Arbeiter, die alle in Sekundenchnelle im Zentralcomputer abrufbar sind und sämtliche Daten des Arbeiters enthalten. Ein System aber auch, mit dem er an jeder beliebigen Stelle der Mine elektronisch aufzuspüren und zu identifizieren ist.

Das militärische Potential

Das Bedrohlichste am Apartheidsystem ist seine militärische Stärke, die sich aus der antikommunistischen, aggressiven Hysterie ableitet, die letzte westlich-freie Kulturbastion auf dem Kontinent gegen den Sowjetkommunismus in der Region zu verteidigen.

Der Krieg auf namibischem Gebiet wäre, nach Expertenaussagen, ohne Computer-Technologie aufgrund der Personalengpässe in der Armee nicht zu halten. Vertraulichen Quellen zufolge verfügen die südafrikanischen Streitkräfte über sechs größere Computerzentren. DISA, das Informations- und Analysezentrum der Streitkräfte, kann über IBM-Computer in Minuten jede Einheit, jede militärische Bewegung auf dem Gebiet der Republik auswerten.

Konvoor, die logistische Computerzentrale in Grootfontein/Namibia, ist die Schlagader für den Krieg in diesem Land. IBM-Technologie sorgt dafür, daß die Truppe lückenlos versorgt wird. Versorgt mithilfe ebenfalls aus den USA eingeführter Computer:

90% aller Waffen, Versorgungs- und Ausrüstungsgegenstände der weißen Truppen in Namibia kommen über South African Railways. Die staatlichen Eisenbahnen sind ausgerüstet mit Mini-Computern von Data General und Westinghouse; 600 Terminals im ganzen Land sind an zwei zentrale IBM-Computer angeschlossen. Nicht nur im Falle Namibia, auch in denkbaren Zeiten einer Generalmobilmachung die Garantie für ein funktionierendes Transportsystem. (Nicht auszudenken, was das ja schon ohne Computer hocheffektive System der Deutschen Reichsbahn in seinen Dienstleistungen für die Truppe und die KZs hätte leisten

können mit ein paar IBMs zwischen Bergen Belsen und Berlin.)

Radaranlagen, die Stütze der Luftwaffe bei ihren ständigen Bombardierungen angolischen und namibischen Territoriums, werden gesteuert von Computern der Firma Digital Equipment Corporation.

General Electric erarbeitete die Pläne für ein lückenloses und teilweise mobiles Boden-Luft-Satelliten-System für Polizei und Militär. Die Realisierung ist abgemachte Sache, denn Pretoria unterzeichnete im August 1980 ein Abkommen mit Washington über den Anschluß an den nord-amerikanischen Zivilsatelliten LANDSAT, dessen militärische Nutzung für US- und südafrikanische Experten eine kleine Übung sein wird, zumal solche Satelliten aufgrund ihrer hochkomplexen Technik und der Schaltzentralen in den USA sich der Kontrolle durch die vielen kleineren Staaten, die an ihn angeschlossen sind, entzieht.

An diesen Satelliten hofft das Innenministerium auch die regionalen Datenbanken anzuschließen, sodaß jede Einzelheit über diese Republik, ohne anfällige Landnetze, in Sekundenchnelle abrufbar würde.

Fast unnötig, am Schluß zu erwähnen, daß ARMSCOR, der Dachverband der südafrikanischen Rüstungsindustrie, seine zahlreichen Tochterunternehmen, daß auch der Council for Scientific and Industrial Research, der fast ausschließlich in den staatlichen Forschungslabors für den militärischen, den nuklearen Komplex arbeitet, daß sie alle strotzen vor US-Computertechnologie.

Sanktionen gebrochen mit Wissen der US-Regierung

Die Mehrheit der Computer wurden nach 1977 mit Ausfuhrgenehmigungen der US-Regierung, des State Department und der Handelsbehörde nach Südafrika exportiert. 1977 aber unterzeichneten die USA ein UN-Embargo für Produkte nach Südafrika, die dort militärisch oder als Mittel der Repression genutzt werden könnten, also verboten waren für den Export. Der Bericht der amerikanischen Quäker-Organisation, publiziert übrigens auch mit Unterstützung des Weltkirchenrates, dokumentiert akribisch, wie sich in jedem Fall die US-Regierung blind stellte, wie sie und die US-Konzerne in gespielter Naivität den Angaben aus Südafrika glaubten, der Einsatz von Computern sei ausschließlich zu zivilen und privaten Zwecken.

Häufig schoben die südafrikanischen Auftraggeber neutral und unverbindlich klingende Zwischenhändler und vorübergehende Benutzer vor, und Wochen später war das "Ding" an der richtigen Stelle. In abgedruckten Dokumenten, Quellen ist

ersichtlich, daß der Bluff zur täglichen Strategie solcher Konzerne gehört, daß selbstredend im Freien Westen auch Darsteller aus Cowboy-Filmen, die gelegentlich zu anderen Ämtern kommen, nicht so naiv sind, zu glauben, daß im Apartheidregime eine derart fabelhafte Technologie zivil genutzt würde, ja daß zwischen zivil und militärisch zu trennen sei.

Nur ein Beispiel am Rande: Im Oktober 81 erlaubte die Reagan-Administration den Export von hochkomplizierten Sperry Univac Computern für die Firma Atlas Aircraft, einem staatlichen Waffenproduzenten in Südafrika. Gleichzeitig aber wird ein Gesuch der Mennoniten abgewiesen, Bleistifte, Lineale und Schulmaterialien für Kinder nach Kampuchea schicken zu dürfen.

Die Studie beweist nicht nur (was erwartet man, jetzt hat man nur neue, bessere Fakten), daß eine US-Regierung und Konzerne für das richtige System jede Sanktion brechen und auf das Geschwätz in den UN pfeifen.

Sie beweist auch, daß der Mythos, der sich noch immer auch in bundesdeutschen Gewerkschaften hält, Sanktionen gegen Südafrika würden doch immer und zuerst die Schwarzen treffen, eine Zwecklüge ist, um die Geschäfte mit diesem Regime aufrechterhalten zu können.

Helmut Schmidt hat einmal die Hoffnung geäußert, die Multis könne man zu einem Internationalen Verhaltenskodex bringen (in Anlehnung an den EG-Kodex für Südafrika).

Wer "Automating Apartheid" gelesen hat, weiß, daß solche Ideen bei IBM & Apple als Treppenwitz gehandelt werden.

Einen Nachsatz:

einen erheblichen Teil der Recherchen konnten die amerikanischen Autoren nur machen, weil sie aufgrund des "Freedom of Information Act" Zugang zu allen Dokumenten staatlicher Stellen hatten, nach dem Gesetz haben mußten, auch wenn die Reagan-Administration sicher mit solchen Recherchen nicht sympathisiert. Nur, noch bleibt selbst in einem solchen politischen System ein liberales Grundrecht wie das auf Information und Darlegung der staatlichen Dokumente unangetastet.

In der freiheitlichen Bundesrepublik Deutschland, in der die staatstragenden Herren nicht müde werden, auf die USA als Inkarnation aller Freiheiten zu verweisen, wäre eine vergleichbare Studie legal, unter Benutzung von Unterlagen aus Ministerien, nicht denkbar, nicht möglich.

Die Studie ist zu beziehen über: NARMIC, 1501, Cherry Street, Philadelphia, PA 19102, USA. Preis: 3.50 Dollar plus Porto. 1. Der informationsdienst südliches afrika wird in Heft 12'83 über das Gesetz berichten.

Neues Gesetz gegen Kriegsdienstverweigerer

Apartheidregime will Verweigerungsfront spalten

Hein Möllers

„Verweigerer sollte man an die Wand stellen, wie in den guten alten Zeiten“, wurde von ganz rechts außen gefordert. Ende März des Jahres wurde in Südafrika ein neues Gesetz gegen Kriegsdienstverweigerung erlassen. Verweigerer aus religiösen Gründen sollen danach die Möglichkeit erhalten, als Nicht-Kombattanten in militärischen oder anderen staatlichen Einrichtungen ihren Dienst abzuleisten. Verweigerer aus moralischen und politischen Gründen erwartet eine sechsjährige Haftstrafe. Damit wird die alte Regelung abgelöst, nach der Verweigerer, gleich aus welchen Gründen, mit Gefängnis bis zu 2 Jahren belegt und ggfs. bei erneuter Einberufung wieder verurteilt wurden. Verweigerer-Organisationen und Kirchen haben die neue Gesetzgebung als einen weiteren Beweis für die wachsende Militarisierung der südafrikanischen Gesellschaft gewertet. Innerhalb der Kirchen bahnt sich offensichtlich über das neue Gesetz ein Konflikt um Militärfarrer und Kriegsdienstverweigerung an.

Das neue Gesetz folgt im wesentlichen den Richtlinien, die von einer Kommission unter Federführung des General-Kaplans der südafrikanischen Streitkräfte (SADF), Chris Naude, ausgearbeitet wurden. Lediglich bzgl. der Dauer des Ersatzdienstes und der Strafzumessung wurden einige Revisionen vorgenommen.

Das Gesetz

Nach der neuen Gesetzgebung kann ein Pazifist aus religiöser Überzeugung sich von einem Gremium aus Militärs und Theologen, darunter einer seiner Konfession, als Verweigerer anerkennen lassen. Die Verhandlung findet hinter verschlossenen Türen statt, Rechtsbeistand ist nicht zugelassen, Berufung nicht möglich. Die von der Prüfungskammer aufgrund ihrer religiösen Überzeugung anerkannten Verweigerer können

- für die Dauer der Wehrpflicht (2 Jahre plus 2 Jahre Reserveübungen innerhalb von 12 Jahren) in der Armee außerhalb von Kampfeinheiten verpflichtet werden, sofern sie den Dienst mit der Waffe ablehnen,
- für das anderthalbfache der Wehrdienstzeit in der Armeeverwaltung außerhalb von Kampfeinheiten in besonderen Uniformen verpflichtet werden, sofern sie den Dienst an der Waffe, in Instandsetzungseinheiten oder das Tragen von Uniformen ablehnen,
- für 6 Jahre in staatlichen zivilen Einrichtungen verpflichtet werden, sofern sie jeglichen Militärdienst ablehnen.

Letztere haben sich während ihrer Dienstjahre politischer Aktivitäten zu enthalten. Unklar bleibt, ob sich religiöse Pazifisten auf kirchliche Thesen vom „gerechten Krieg“ berufen könne, oder ob hier schon eine politische Verweigerung vorliegt.

Wer aus religiösen Gründen jegliche Dienstverpflichtung durch den Staat zurückweist, muß mit Haftstrafen bis zu 6 Jahren in militärischen Strafbaracken rechnen.

Gleiches gilt für Verweigerer aus moralischer, ethischer oder politischer Überzeugung. Sechs Jahre, das ist in Südafrika das Strafmaß für Totschlag, schwere Körperverletzung und Raub.

Parlamentarische Oppositionen

Lehnte die äußerste Rechte jegliche Alternative zum Militärdienst ab, so forderte die „liberale“ Opposition im Parlament, die Progressive Federal Party (PFP), die Anerkennung auch aus moralischen Gründen – Verweigerung aus politischen Gründen verdammt sie ebenso wie die Regierungspartei – und eine Reduzierung der Ersatzdienstdauer wie der Strafzeiten. Das Entgegenkommen der Regierung in letzterem Punkt feierte sie denn auch als „ihren Sieg“ und stimmte den entsprechenden Passagen zu.

Protest von Kirchen und Verweigerern

Auf entschiedenen Widerstand stieß die Trennung von religiösen Verweigerern auf der einen Seite und moralischen und politischen auf der anderen bei den Kirchen, mit Ausnahme der Niederländisch Reformierten, und den Kriegsdienstverweigerern. Ebenso wenden sie sich gegen die Dauer der Ersatzdienste wie gegen Dienstbedingungen. Sie bewerten das Gesetz als Abschreckungsmaßnahme gegen potentielle Verweigerer und bezweifeln, daß angesichts der Verfahrensprozedur der einzelne überhaupt eine Chance hat, mit seiner Begründung durchzudringen.

Einig ist sich die außerparlamentarische Opposition darin, daß ein weiterer Schritt getan wurde, zivile Institutionen in die Militärmaschinerie einzubeziehen. Ihrer Meinung nach bereitet sich die Regierung damit auch auf den Widerstand vor, mit dem sie bei einer Erweiterung der Wehrpflicht auf Farbige und Inder nach einer Verfassungsreform rechnen.

Konflikt bei den Anglikanern

Zwischen Kirchen und Regierung werden

aufgrund des Gesetzes tiefgreifende Differenzen erwartet. Widersprüche aber scheinen zunächst in den Kirchen selbst aufzubrechen, deren Führung zwar in wünschenswerter Klarheit Stellung bezogen hat, damit aber nicht das Meinungsbild ihrer Mitglieder widerspiegelt. „Allen alles sein“, diese paulinische Maxime kirchlichen Handelns läßt sich angesichts der Polarisierung in der südafrikanischen Gesellschaft kaum noch halten. In der anglikanischen Kirche wird die Kontroverse zwischen Verweigerung und Dienst von Geistlichen in der Armee mittlerweile offen ausgetragen. Ein Antrag, Feldgeistliche aus der SADF abzuziehen, wurde mit knapper Mehrheit zurückgewiesen. Der Erzbischof von Kapstadt, Philip Russell, hat wiederholt erklärt, daß die Kirche es nicht hinnehmen könne, daß ihre Geistlichen mit dem identifiziert werden, „wofür die SADF steht“. Bei einem turbulent verlaufenden Treffen zwischen Feldgeistlichen und Verweigerern vertrat dagegen der Feldkaplan von Pretoria, John Daines, die Auffassung, gerade die Bibel zeige, daß Gott die Anwendung von Gewalt durch die Obrigkeit „zur Unterdrückung des Bösen“ anerkenne. Für den anglikanischen Christ und Kriegsdienstverweigerer Mike Roux andererseits identifiziert sich, wer in der SADF dient, mit denen, die eine „ungerechte und unmoralische soziale Ordnung“ und die illegale Besetzung Namibias verteidigten. Die Situation in Südafrika sei eine Situation des Bürgerkriegs von oben.

Das Dilemma der anglikanischen Kirche – ebenso wie anderer Denominationen – ist auch von erheblicher politischer Tragweite. Viele Afrikaner befinden sich im Exil, sind beim ANC, ohne daß dort tätige Geistliche ähnlich institutionell eingebunden sind wie bei der SADF. Pfarrer in Uniform werden von den Schwarzen immer mehr als unerträgliche Herausforderung empfunden.

Schwarze an die Front

SADF umwirbt Schwarze. Wehrpflicht für Inder und Farbige geplant

Gavin Evans

Mehr und mehr Schwarze wurden in den letzten Jahren für die Südafrikanischen Streitkräfte SADF rekrutiert. Gavin Evans beschreibt diesen Prozeß und setzt ihn in Beziehung zum Bürgeraktionsprogramm der SADF. Bei diesem Programm spielt vor allem die Erziehung und Ausbildung der Schwarzen eine bedeutende Rolle. Die Bürgeraktion steht in engem Zusammenhang mit den Absichten der SADF, den Schwarzen mehr Lasten zur Verteidigung des Systems aufzubürden. Der erste Teil, den wir hier gekürzt abdrucken, beschäftigt sich mit der Frage der Partizipation Schwarzer am Militär und mit der geplanten Erweiterung der Wehrpflicht auf Inder und Farbige. Ein zweiter Teil, den wir zu einem späteren Zeitpunkt bringen werden, untersucht die Ziele des Bürgeraktionsprogramms.

(G. Evans benutzt den Terminus "Schwarze" für die Gesamtheit der Afrikaner, Inder und Farbigen.)

Mitglieder des 21. Bataillons während Feldmanövern im Kanzulu-Homeland. Die Einheit wird regelmäßig von Südafrika im Krieg gegen Angola eingesetzt.



Wesentlicher Bestandteil der "totalen und koordinierten Strategie" ist der Kampf um "Herz und Sinn" der Bevölkerung. Nach Meinung führender Militärs in Südafrika wird der Krieg zu 80% auf sozio-ökonomischen und nur zu 20% auf militärischem Gebiet geführt. "Wenn wir den ökonomischen Kampf verlieren, brauchen wir den militärischen erst gar nicht zu führen", so Generalmajor Boshoff.

Die Umsetzung dieses Gedankens hat zu signifikanten Veränderungen in der ethnischen Struktur der SADF geführt. Darüberhinaus übernimmt die Armee zusehends eine führende Rolle auf dem sozio-ökonomischen Sektor, u.a. auch durch das Bürgeraktionsprogramm (CAP).

Der Feind wird von Südafrika zunehmend mit dem ANC identifiziert. Seit den Aufständen von 1976 hat der ANC als politische und militärische Kraft und als Massenbewegung stetig an Bedeutung gewonnen, haben seine Aktivitäten wie die Unterstützung in der Bevölkerung zugenommen. Für die südafrikanischen Militärs stellt sich umso dringlicher die Aufgabe, die politische und militärische Basis für diese Unterstützung zu bekämpfen. "Kugeln töten Menschen, nicht Meinungen", so umschreibt der Verteidigungsminister M. Malan knapp Problem und Aufgabe der SADF und ihres CAP.

Rekrutierung von Schwarzen

Die Ablehnung jeglichen Rassismus ist ein zentraler Punkt im Programm des ANC. Das zeigt sich in seiner Politik, seiner Geschichte und Tradition wie in seiner Struktur. Die SADF versucht, dieses Prinzip des ANC in ihrem Sinne zu nutzen, indem sie das darin liegende Moment des Kampfes gegen die Apartheid unterschlägt und den Befreiungskampf in einen Krieg von Schwarzen und Weißen gegen Schwarze und Weiße, die einen auf der Seite der Freien Marktwirtschaft, die anderen auf Seiten des internationalen Kommunismus, uminterpretiert. Durch die Einbeziehung schwarzer Freiwilliger in die Armee soll diese Ideologie "Wir ziehen alle an einem Strang" nach innen und v.a. nach außen propagiert und untermauert werden. Im Verteidigungsweißbuch von 1982 bemerkt Malan zur Rekrutierung von Schwarzen: "Es ist Aufgabe der Politik, alle Bevölkerungsgruppen in die Verteidigung der Republik einzubeziehen."

Noch 1970 wollte der damalige Verteidigungsminister Botha Afrikaner nur als Arbeiter in der Armee sehen: "Wenn der Bantu eine Armee haben will, soll er sie in seinen, evtl. unabhängigen Homelands aufbauen." Schwarze erhielten keine Kampfausbildung in und durch die südafrikanischen Streitkräfte.

Seit Mitte der 70er Jahre ändert sich das

Bild. Englischsprachige Zeitungen und Militärzeitschriften zeichnen eine rassistisch integrierte Armee, Marine und Luftwaffe mit den gleichen Möglichkeiten für alle Bevölkerungsgruppen, Schwarz und Weiß gegen den gemeinsamen Feind. Wenn auch das Militär unter dem Druck der innen- und außenpolitischen Situation die Vorreiterrolle für das, was Südafrika Reform nennt, übernommen hat, so waren diese Meldungen Teil einer Propaganda-Offensive gegen eine kritische Weltöffentlichkeit. In der Wirklichkeit erweist sich die Integration als Rhetorik. Die Rekrutierung von Schwarzen, Indern und Farbigen erfolgt in ethnischer Form. In einer Untersuchung über den Wandel beim Militär bzgl. der ethnischen Frage kommt C. Enloe zu dem Ergebnis: "Das NP-geführte Verteidigungsministerium hat die Rekrutierung bewußt in einer Weise vollzogen, die den ethnischen Charakter unterstreicht. Inder, Farbige und Schwarze haben ihre eigenen militärischen Einheiten. Jede hat ihre spezielle militärische Aufgabe." Nur zwingende Umstände erlauben ausnahmsweise eine gemeinsame Ausbildung. Ein Grund, warum die SADF ihre Position zur Rekrutierung Schwarzer im letzten Jahrzehnt revidiert hat, ist darin zu finden, daß ihr für die Ideologie der "getrennten" oder "pluralen Entwicklung" eine Initiativ-Funktion zugeschrieben wird. Die Propagierung einer "vielrassischen" Ideologie nach Apartheidszuschnitt soll einmal dazu dienen, der Unruhe unter den Weißen innerhalb der Armee angesichts der wachsenden Zahl von Schwarzen entgegenzuwirken, darüber hinaus aber auch gewisse für die Sicherung des Systems notwendige politische Veränderungen vorwegzunehmen. Nach entsprechender ideologischer Vorarbeit könnten Modifikationen bzgl. der rassistischen Trennung in den Arbeitsaufgaben beim Militär (und anderswo) in Angriff genommen werden.

Ein weiterer Grund für die Rekrutierung Schwarzer ist darin zu sehen, daß in dem Maße, wie der interne Konflikt sich intensiviert und seine militärische Dimension wächst, die Weißen allein nicht ausreichen, den Guerilla-Aktivitäten wirkungsvoll zu begegnen.

Drittens ist der Abgang von SADF-Personal sehr hoch, u.a. wegen der Konkurrenz mit dem privaten Sektor. Um diese Tendenz zu korrigieren, soll auf die billigere und zahlreiche schwarze Arbeitskraft zurückgegriffen werden. Trotz jüngster Anpassungen im Offiziersrang bleiben schwarze Gehälter weit unter weißen, 1970 lag das Verhältnis etwa bei 60 zu 100. 1982 bestand Parität lediglich bei Farbigen, Indern und Weißen im Offiziersrang. Bei den Afrikanern werden nur die Feldgeistlichen wie die Weißen entlohnt.

Rekrutierung von Afrikanern

Seit 1974 verfolgt die SADF bei der Rekrutierung von Afrikanern eine zweigleisige Strategie. Einmal werden sie direkt für die SADF geworben, zum anderen für die Bantustan-Armeen. 1974 gab es das erste schwarze Bataillon in Namibia. Ein Jahr später wurde die erste afrikanische Einheit der Berufsmarine eingegliedert. Bis 1979 hat die SADF Einheiten auf strikt ethnischer Basis in der Transkei, in Bophuthatswana, Venda, Nord-Natal und Ost-Transvaal aufgebaut, die Bataillone 111, 112, 113 und 121.

Afrikaner wurden anfangs im Bataillon 21 in der Militärbasis Lenz nahe Johannesburg ausgebildet. Dieses Bataillon wurde 1974 mit erheblichem propagandistischem Flankenschutz aufgestellt und im April 1975 offiziell der Berufsmarine eingegliedert. Seit 1980 werden jährlich etwa 500 Afrikaner angemustert. Das sind nach Angaben der SADF etwa 1/5 der anvisierten Zahl.

Nach einem Orientierungskurs von 17 Wochen und einer 10wöchigen Grundausbildung folgen 16 Wochen Manöver. Die Truppen werden dann für verschiedene Einsätze bereitgestellt, darunter in der Regel 12 Wochen Dienst an der angolanischen Grenze.

Die Motive dieser afrikanischen Freiwilligen sind u.a. Sicherheit des Arbeitsplatzes (bei gegenwärtig über 3 Mio afrikanischen Arbeitslosen) Aufstiegs- und Ausbildungsmöglichkeiten. Diese afrikanischen Rekruten haben ein Interesse an der Erhaltung des Status quo, sind in der Regel der Überzeugung, zur Verteidigung ihres Landes gegen den Kommunismus beizutragen. Die meisten kommen vom Lande und sind häufig schon über ihre Familie in den Staatsapparat involviert. Die meisten Afrikaner in der Berufsmarine haben keine städtischen Wohn- und Aufenthaltsrechte; auch das ein Ansporn für den Eintritt in die Armee und gleichzeitig ein Kontrollinstrument, da sie bei Fehlverhalten mit Entlassung rechnen müssen.

Durch zahlreiche Vorsorgemaßnahmen versichert sich die SADF der Loyalität der afrikanischen Freiwilligen. Sie werden überprüft von Psychologen, Ethnologen und Militärs, bevor sie rekrutiert werden. Viel Zeit verwendet das Ausbildungsprogramm für Indoktrination. Als positive Anreize werden Wohnung, Rente und Ausbildung geboten.

Es wird damit gerechnet, daß in Zukunft auch die Offizierslaufbahn für Afrikaner geöffnet wird und afrikanische Bataillone für städtische Kommandos aufgestellt werden, u.a. auch für den Einsatz beim Objektschutz wie SASOL.

Unter den Afrikanern besteht eine bemerkenswerte Opposition gegen den Eintritt in die Armee, besonders in städtischen

Gebieten wie Soweto, wo das Militär unmittelbar als repressive Macht erfahren wurde. So mußten nach den Aufständen von Soweto 1976 die Familien von Angehörigen des Bataillon 21 zu ihrer Sicherheit nach Lenz umgesiedelt werden.

Die Rekrutierung von Farbigen

1963 wurde das Cape Corps aufgestellt. Die Farbigen dort wurden nicht an der Waffe ausgebildet. Sie führten Hilfsfunktionen (Lager, Wartung) aus.

Erst 1972 beginnt die schrittweise Integration dieses Corps in die Berufsmarine. 1976 setzt es die erste farbige Infanterie-Kompanie nach Namibia in Marsch. Seit 1980 ist das Cape Corps keine selbständige Einheit mehr, es dient der Vorbereitenden Ausbildung von Farbigen für die Berufsmarine. Es werden jährlich etwa 2 000 Farbige angemustert.

In der Marine verrichten Farbige bereits seit 1968 Dienst, anfänglich in nichtkombattanter Funktion, mittlerweile aber in allen Bereichen.

Die Öffnung der SADF für Farbige erfolgte einmal aus ideologischen Nützlichkeitsbetrachtungen des Militärs, dann wohl aber auch auf Druck gewisser Kreise der farbigen Kleinbourgeoisie. Die Freiwilligen kommen auch hier fast ausschließlich (95%) aus ländlichen Gebieten. Gründe für ihren Eintritt in die Armee sind Arbeitsplatzsicherheit, Bezahlung und Attraktivität des Militärischen.

Die steigende Zahl der Bewerber kann nicht darüberhinwegtäuschen, daß die Streitkräfte bei den Farbigen auf wenig Sympathie stoßen. Nach Aussagen des Kommandierenden des Cape Corps identifiziert der größte Teil der Farbigen die Armee als ein Instrument der inneren Repression; erst von einem Wahlrecht auch für Farbige erwarte er einen Einstellungswandel bei diesem Bevölkerungsteil.

Rekrutierung von Indern

Nach Unterredungen zwischen dem Inderrat SAIC und der SADF wurde 1974 eine indische Einheit im Marineausbildungsstützpunkt Salisbury Islands (heute SAS Jalsena) aufgestellt. Fanden sich anfangs kaum Freiwillige, so änderte sich das seit 1977. Damals waren 750 indische Berufssoldaten beim Militär, ausschließlich in der Marine. Ca. 150 werden seitdem jährlich rekrutiert. 1982 übertraf die Zahl der Bewerber die Einstellungen um das Fünffache.

Wehrpflicht für Inder und Farbige

1982 sickerten im Zusammenhang mit der neuen Wehrgesetzgebung erstmals Überlegungen durch, die Wehrpflicht auf Inder und Farbige (und weiße Frauen) auszudehnen. Die öffentliche Reaktion war negativ. So wurde der Gedanke zunächst einmal zurückgestellt, aber nicht fallen gelassen. Nach Auskunft von

Verteidigungsminister M. Malan wird weiter daran gearbeitet und innerhalb der nächsten 5 Jahre erneut geprüft. Bereits 1977 hatte PW Botha auf einem Kongress der Kap-Provinz ausgeführt, daß die Ausdehnung der Wehrpflicht im Prinzip anerkannt sei und man nur auf einen politisch günstigen Zeitpunkt warte.

Für die vorläufige Aussetzung gibt es zwei Gründe: zum einen hat die SADF weder die finanziellen noch die personellen Mittel, um die dann ausstehenden 30 000 Wehrpflichtigen absorbieren zu können; zum anderen macht der politische Status der Inder und Farbigen zu schaffen, in den Worten des Transvaal-NP-Führers PW de Klerk: "Man kann nicht jemanden auffordern, für sein Land zu kämpfen, wenn man ihm das Wahlrecht verweigert." Die Erweiterung der Wehrpflicht wird also offensichtlich an die Verfassungsreform gebunden.

Während die 'farbige' Labour Party und die Democratic Party des SAIC lediglich ein Junktim zwischen Wahlrecht und Wehrpflicht hergestellt wissen wollen, sind andere Oppositionsstimmen deutlicher: Hassan Howa, einer der Schirmherren der United Democratic Front UDF und Vorsitzender der nicht-rassischen Sportorganisation SACOS, weist eine Wehrpflicht auf der Grundlage des Apartheidstaates und der Rassendiskriminierung entschieden zurück. Der Natal Indian Congress NIC hat das Ansinnen rundweg abgelehnt: "Unser Widerstand gegen militärische Ausbildung bedeutet nicht mangelnde Loyalität mit unserem Land, sondern die Zurückweisung der Apartheidpolitik der Regierung."

Wenn auch wegen des erwarteten Widerstandes und wegen der Integrationsprobleme die Vorlagen zur Erweiterung der Wehrpflicht vorläufig auf Eis gelegt wurden, so muß doch mit der Durchsetzung dieser Pläne in naher Zukunft gerechnet werden. Folgende Gründe lassen sich dafür anführen:

1. Die Regierung steht beim Erlass einer neuen Verfassung im Wort. Die Einführung der Wehrpflicht für Inder und Farbige sollte die Verfassungsvorschläge der weißen Wählerschaft schmackhafter machen. Auf einer Informationsveranstaltung stellte Premier PW Botha die Frage: "Wollt ihr, daß Farbige an den Landesgrenzen kämpfen oder nicht?" und setzte, als spontaner Beifall die Frage bejahte, hinzu: "Dann müssen wir sie entsprechend behandeln. Sie dürfen nicht hinter dem Rücken unserer Söhne für den Feind kämpfen."
2. Die Entwicklung der innenpolitischen Auseinandersetzungen wird zunehmend unter militärischen Gesichtspunkten gesehen. Seit 1982 wird deutlich, daß der ANC sich auf eine Auseinandersetzung auf höherer Ebene vorbereitet. Nach eigenen Aussagen werde er von Sabotageakten zu direkten Attacken auf den Feind übergehen; er sei auf einen Guerilla-Krieg mit stärkerem Nachdruck auf dem militärischen Aspekt vorbereitet; in

Zukunft sollen Guerilla-Aktivitäten intensiver die politische Strategie begleiten und ihr neue Impulse geben.

Diese neue Lage war mit ein Grund für die Verlängerung der Dienstzeit für Weiße 1982. Mit der Einberufung weisser Frauen dürften die personellen Kapazitäten des weißen Lagers erschöpft sein. Wenn auch die Armee im Augenblick Probleme mit der Eingliederung von 30 000 Neuzugängen haben dürfte, so wird das nicht so bleiben. Militärstrategen erwarten von der Ausdehnung der Wehrpflicht eine Entlastung der weißen Bevölkerung und zusätzliche strategische Kapazitäten für den Krieg in Namibia und die zu erwartenden Auseinandersetzungen im Inneren. Darüberhinaus könnten mit der Einführung der Wehrpflicht arbeitslose Inder und Farbige absorbiert und der Engpaß an weißen Fachkräften in der Wirtschaft gemildert werden.

3. Ein weiteres Motiv ist — wie bereits erwähnt — der Versuch, den Befreiungskampf als Kampf des Kommunismus gegen Schwarz und Weiß und nicht als Kampf gegen Apartheid hinzustellen. Das ist militärisch, politisch und ökonomisch notwendig geworden. Bei den gegebenen politischen und logistischen Schwierigkeiten ist also ein schrittweises Vorgehen der Regierung in der Frage der Wehrpflicht für Inder und Farbige zu erwarten.

Als Indiz für die baldige Einführung kann auch die Tatsache gewertet werden, daß die Naude-Kommission für die

Ausarbeitung von Gesetzen gegen Kriegsdienstverweigerer Experten für den Koran und für hinduistische Schriften herangezogen hat. Das weist darauf hin, daß die SADF in Zukunft mit Verweigerern aus der indischen und farbigen Bevölkerungsgruppe rechnet.

In Südafrika wird die Beziehung zwischen "Volk" und "Macht" als ein Verhältnis zwischen Unterdrückten und Apartheidstaat erfahren. Der Widerstand gegen die Repräsentation dieser Macht, die SADF, innerhalb der schwarzen Bevölkerung ist deshalb enorm. Parallel zur Rekrutierung schwarzer Freiwilliger verfolgt die SADF mit einem Bürgeraktionsprogramm unter der schwarzen Bevölkerung, u.a. durch ihren Einsatz im Ausbildungssektor, das Ziel, dieses Verhältnis zu verschleiern und sich als eine neutrale und gar fortschrittliche Kraft in der innergesellschaftlichen Auseinandersetzung zu profilieren, um die Opposition der Schwarzen von innen her aufzuweichen. Darüber werden wir in einem späteren Artikel berichten.

aus: *Work in Progress*, 28, August 1983
(Übersetzt und gekürzt von H. Möllers)



links lesen

ground zero

Sondernummer Frieden

Interview mit Dorothee Sölle
Ute Volmerg: Kriegsangst
C. Leggewie: Friedensbewegung
in Frankreich
W.-D. Narr: Widerstand üben
H. Dahmer: Hattenbach und
atomare Gefahr
K. Segbers: Sowjetunion und Frieden
G. Krum: Friedensbewegung und Linke
E. Jahn: Gewaltfreie Aktionen
T. Blanke: Demonstrationsrecht
D. Diner: Streit um die nationale Frage

Sonderheft DM.4.-, Einzelheft DM.3.-
Jahresabo DM.35.-inkl. Versand
Probeexemplare kostenlos.
Bezug Sozialistisches Büro
Postfach 591, 6050 Offenbach 4

Einzelhefte
im linken Buchhandel

Grüne fragen an

Bundesregierung verweigert Auskunft über Export von strategischen Waren nach Südafrika

Helmut Lorscheid

Weil angeblich "keine verwertbare Statistik vorliegt" und aus Gründen der Geheimhaltung von "Unternehmensinterna" verweigert das Bundeswirtschaftsministerium die Auskunft über offiziell genehmigte Exporte strategischer Waren nach Südafrika. In mehreren Anfragen versuchten Abgeordnete der Grünen im Bundestag zu erfahren, welche und wieviele strategische Waren nach Verhängung des UNO-Waffenembargos gegen Südafrika im November 1977 dennoch aus der Bundesrepublik dorthin gelangten. Die Bundesregierung argumentiert, strategische Güter fielen nicht unter das Embargo und dürften somit weiterhin an den Apartheid-Staat geliefert werden.

Als Mitglied der Anti-Apartheid-Bewegung hatte Walter Schwenninger in den letzten Jahren erfahren müssen, daß tausende militärischer Lastwagen, militärische Spezialmotoren und Minensuchboote ohne Probleme aus der Bundesrepublik nach Südafrika exportiert werden durften. Von den Apartheid-Gegnern angestrebte staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren wurden meist schnell wieder eingestellt. Über die baden-württembergischen Grünen in den Bundestag gelangt, nutzte Schwenninger nun seine neuen Möglichkeiten, Auskünfte von der Bundesregierung zu verlangen. Von Schwenninger danach gefragt, "wie viele und welche als 'sonstige Waren von strategischer Bedeutung' in Teil C der Ausfuhrliste zur Außenwirtschaftsverordnung bezeichneten Güter seit der Verhängung des UNO-Waffenembargos im November 1977 nach Südafrika geliefert wurden, blieb Staatssekretär Grüner die Antwort schuldig.

Schwenninger beschied den Abgeordneten der Grünen mit dem Hinweis, "eine für die von Ihnen gewünschte Angaben verwertbare Statistik ist nicht verfügbar". Grüner "versicherte jedoch, daß sich bei den für Südafrika erteilten Ausfuhrgenehmigungen keine für Rüstungsgüter befanden, da die Bundesregierung sich strikt an das vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen verhängte Waffenembargo gegen Südafrika hält. Das heißt, Ausfuhrgenehmigungen für Waffen und militärische Ausrüstungen im Sinn der deutschen Ausfuhrliste werden für dieses Land nicht erteilt." Damit antwortete Martin Grüner auf eine nicht gestellte Frage. Denn die von dem Wirtschaftsstaatssekretär ins Spiel gebrachten "Waffen und militärischen Ausrüstungen" sind im Teil A der Ausfuhrliste erfaßt. Schwenninger hatte sich jedoch nach Teil C erkundigt.

In einer weiteren Antwort, diesmal auf eine Frage von Petra Kelly, griff Grüner noch tiefer in die parlamentarische Trick-

kiste. Auf die Frage: "Warum dürfen sonstige Waren von strategischer Bedeutung ... trotz des UNO-Waffenembargos an Südafrika geliefert werden?", zitierte der Staatssekretär zunächst brav aus der Resolution Nr. 418 des UNO-Sicherheitsrats, die das Embargo beinhaltet und mit der Stimme des damaligen Sicherheitsratsmitglieds Bundesrepublik Deutschland am 4. November 1977 verabschiedet worden war. Die Resolution beziehe sich "auf die Lieferung von Waffen und damit zusammenhängendem Material aller Art einschließlich des Verkaufs oder der Weitergabe von Waffen und Munition, Militärfahrzeugen und militärischer Ausrüstung, paramilitärischer Polizeiausrüstung und Ersatzteilen hierfür nach Südafrika." Soweit, so richtig — sieht man davon ab, daß auch "Lizenzvereinbarungen für die Herstellung oder Wartung der vorgenannten Rüstungsgegenstände" darin erfaßt sind.

Grüner argumentierte weiter: "Teil I Abschnitt C der Ausfuhrliste enthält dagegen zum größten Teil Waren, wie zum Beispiel chemische Anlagen, Mineralöl- und Kraftfeuerungsanlagen, verschiedene Metalle, Chemikalien und Erzeugnisse daraus, die zwar einen strategischen Bezug haben, aber nicht als militärisch im Sinne des UN-Embargos gegen Südafrika einzustufen sind..."

Der erst vor einigen Tagen für die Darstellung der bundesdeutschen Wirtschaftspolitik im Parlament und in der Öffentlichkeit mit dem großen Verdienstkreuz ausgezeichnete Staatssekretär hatte hier schlicht und einfach die rechtlich belanglosen Zwischenüberschriften aus Teil C der Ausfuhrliste aneinandergereiht.

Ein Blick auf die detaillierten Warenbenennungen — die unter den von Grüner angeführten Überschriften folgen — verdeutlicht den angewandten Trick:

So sind dort unter "Chemische Anlagen und Mineralölanlagen" als Position 1118 beispielsweise aufgeführt: Ausrüstungen

für die Herstellung militärischer Sprengstoffe und fester Treibmittel wie folgt:

- a) vollständige Anlagen;
- b) Spezialeinrichtungen und -apparate wie folgt:
 1. Pressen zum Entfernen von Wasser,
 2. Treibmittel-Strangpressen für Handfeuerwaffen, Geschütze und Raketen..."

Als "Kernerzeugungsanlagen" werden aufgelistet: Elektrische Vakuum-Öfen, darunter speziell beschriebene Vakuum-Lichtbogenöfen (1203), Elektrochemische Vorrichtungen, Halbleitervorrichtungen und radioaktive Vorrichtungen für die direkte Umwandlung chemischer, solarer oder nuklearer Energie in elektrische Energie... (1205).

Völlig unerwähnt läßt Grüner die ebenfalls in der Liste Teil C aufgeführten "Maschinen zur Herstellung von Flugzeugen (Position 1081), Fernmeß- und Fernsteuerungseinrichtungen für gelenkte oder ungelenkte Waffen (1518), Chiffriermaschinen (1527), neue Schiffe mit Decks oder Plattformen, besonders konstruiert oder verstärkt für die Aufnahme von Waffen (1416 c, d).

Dazu der Abgeordnete Schwenninger: "Mir kann niemand erzählen, daß militärische Sprengstoffe und Waffensteuerungseinrichtungen nicht unter das UNO-Waffenembargo fallen."

Auch die Auskunft, es existiere keine verwertbare Statistik über die genehmigten Ausfuhren nach Südafrika, läßt Schwenninger nicht gelten.

Tatsächlich wird beim Bundesamt für gewerbliche Wirtschaft in Eschborn über die dort erteilten Genehmigungen Buch geführt. Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden zählt nicht nur das Volk, sondern listet monatlich auch den bundesdeutschen Export auf, nach Warengruppen unterteilt.

In einer weiteren Frage verlangte der Politiker der Grünen deshalb Auskunft über die Gründe, warum die Bundesregierung gegenüber Abgeordneten des Deutschen Bundestages "Informationen über Export-Genehmigungen vorenthält"?

In seiner Antwort gab der Parlamentarische Staatssekretär im Bundeswirtschaftsministerium, Dr. Rudolf Sprung (CDU), immerhin zu, daß es Genehmigungen für Waren des Abschnitts C gegeben hat.

Er verwies jedoch auf seinen FDP-Kollegen Grüner, demzufolge es an der passenden Statistik fehlt. "Im übrigen sind Angaben über einzelne genehmigte Ausfuhren nicht möglich, da hierdurch notwendigerweise Unternehmensinterna offenbart würden", heißt es in der Antwort.

Für Schwenninger steht fest, daß die Bundesregierung "offenbar versucht, den wahren Umfang ihres Embargo-Bruchs geheim zu halten".

angola

Krieg und Wiederaufbau

Angola zahlt für seine Unabhängigkeit einen hohen Preis

Johan van Kesteren

Die Hälfte seines Jahreshaushalts muß Angola heute für die Verteidigung aufbringen. Mit der anderen Hälfte müssen überwiegend die Importe von Nahrungsmitteln bezahlt werden, die das Land infolge des von Südafrika aufgezwungenen Krieges nicht mehr selbst produzieren kann. Für Investitionen in die Entwicklung von Wirtschaft und Gesellschaft bleibt da nichts mehr übrig. Laufende Projekte müssen abgebrochen, die Sicherheit ausländischer Fachkräfte kann nicht mehr garantiert werden, einheimische benötigt die Armee in einem Krieg mit den technologisch hochgerüsteten Truppen Südafrikas im Süden und Rebellen-Einheiten der UNITA im Inneren, die logistisch und technisch von Pretoria ausgestattet werden.

Angola ist ein reiches Land, vor zehn Jahren lag es an dritter Stelle in Schwarzafrika. Ölförderung, Abbau von Diamanten und Eisenerzen und der Anbau von Kaffee, Zucker und Sisal hatten dem Land zwischen 1960 und 1970 zu einem Aufschwung verholfen, das Bruttosozialprodukt vervielfacht. Anfänge einer Verarbeitenden Industrie waren zu erkennen. Handel, Bank-, Bau- und Transportwesen begannen vom Boom zu profitieren. Angola war ein Kolonialland. Mit all den typischen Kennzeichen: Der wirtschaftliche Aufschwung beruhte fast ausschließlich auf dem Export von Mineralien und agrarischen Rohprodukten, Investitionen in den Binnenmarkt wurden kaum vorgenommen, eine kleine Verarbeitende Industrie produzierte überwiegend gehobene Konsumgüter für die 5% Portugiesen im Lande. Die Schwarzen profitierten nicht vom Boom. 8 von 10 Angolanern lebten von der Subsistenzwirtschaft auf dem Lande. 85% von ihnen waren ohne Schul- und Ausbildung. Eine Gesundheitsversorgung außerhalb der Zentren bestand nicht. Die Lebenserwartung lag bei 35 - 40 Jahren.

Angola hat einen Befreiungskrieg geführt. Nach dem Abzug der Portugiesen 1974 wurde der Kampf um die Unabhängigkeit in einem konventionellen Krieg zwischen der MPLA (später mit Kuba als Bundesgenossen) und einer Koalition von UNITA, FLNA, Zaire und Südafrika, unterstützt von den USA und Frankreich, weitergeführt. Anders als im Guerillakrieg, der u.a. in den abgelegenen Gebieten (Ostangola und Hinterland von Cabinda) ausgefochten wurde, tobte dieser Krieg in den ökonomisch und politisch wichtigen Teilen des Landes, an der Küste und im zentralen Hochland. 90% der Produktionskapazität gingen verloren, 80% der Transportmittel.

Das Verkehrssystem war nahezu vernichtet, Gleisanlagen waren nicht mehr befahrbar, über 130 Brücken unpassierbar. 2/3 der Fischerei-Flotte waren beschädigt oder abgezogen. Ende 1976 war das Produktionsniveau der meisten Unternehmen auf 50% von 1973 gefallen, auch eine Folge der Flucht der meisten portugiesischen Fachkräfte während des 2. Befreiungskrieges.

Angola hat, als am 27. März 1976 die letzten südafrikanischen Truppen (vorläufig) das Land verließen, mit der Entwicklung des Landes und mit der Umstrukturierung von Wirtschaft und Gesellschaft begonnen, z.T. mit Hilfe osteuropäischer und kubanischer Fachkräfte, die zum Einsatz der portugiesischen ins Land kamen. Ein Basisgesundheitsdienst wurde aufgebaut, die medizinischen Leistungen wurden kostenlos. Die Frauenbewegung OMA und die Gewerkschaft UNTA organisierten Alphabetisierungs-Kampagnen. Als Modell diente Paulo Freires "Pädagogik der Unterdrückten".

In beiden Bereichen ist gegenüber der Zeit vor 1975 ein deutlicher Fortschritt zu verzeichnen. Auf wirtschaftlichem Gebiet sieht es anders aus. Mit Ausnahme der Erdölförderung ist die Produktion stark rückläufig, sowohl im Volumen wie in den Werten. Der Aufbau des Landes konnte nicht — wie erhofft — aus den traditionellen Exportsektoren finanziert werden. Sinkende Rohstoffpreise auf der einen wie administrative Fehler auf der anderen Seite sind Gründe dafür.

Angola heute ist ein ausgepowertes Land. Koloniales Erbe, Befreiungskriege, administrative Fehler..., erklärt das alles?

Nicht erklärter Krieg

Sind eine Reihe von Schwierigkeiten auch

aus der historischen und internen Problematik Angolas erklärbar, so wird dies alles überlagert durch die militärischen Aggressionen und Überfälle Südafrikas und durch die vom Apartheidstaat gestützten "Freiheitskämpfer" der UNITA. Seit dem Rückzug der Südafrikaner 1976 sah sich Angola ständigen Provokationen und Übergriffen durch Pretorias Armee ausgesetzt. Regelmäßig verletzten südafrikanische Aufklärer und Kampfflugzeuge den angolanischen Luftraum. Helikopter setzten Soldaten und Söldner für kurze Terroranschläge ab, Abteilungen der SADF drangen in Angola ein.

Diese Aktionen verfolgten ein doppeltes Ziel. In erster Linie sollten die Angolaner gezwungen werden, ihre Grenzen gegen SWAPO und die etwa 50 000 namibischen Flüchtlinge zu schließen. Als das keine Wirkung zeigte, bombardierten südafrikanische Flugzeuge ein Flüchtlingslager bei Kassinga: 700 Tote, darunter eine große Anzahl Kinder, die gerade am Vorabend aus einem grenznäheren Lager verlegt worden waren, um vor südafrikanischen Stoßtrupps längs der Grenze sicherer zu sein. Die Flüchtlinge wurden daraufhin mehrere 100 km nach Norden in die Provinz Kwanza Sul gebracht. Das war im Mai 1978.

Ein zweites Ziel ist die Destabilisierung der Volksrepublik Angola selbst. Ein direkter Krieg gegen Angola schien nicht opportun. Abgesehen von zweifelhaften Siegchancen hätte eine offene Aggression die Geduld der westlichen Bündnispartner überstrapaziert und wohl auch die Weltmeinung gegen Südafrika aufgebracht — Sanktionsforderungen lagen bei der UNO auf dem Tisch. Als wesentlich geeignetere Methode bot sich Pretoria die Unterstützung der UNITA an, die als patriotische Kämpfer gegen kubanische und osteuropäische Überfremdung aufgebaut werden sollte.

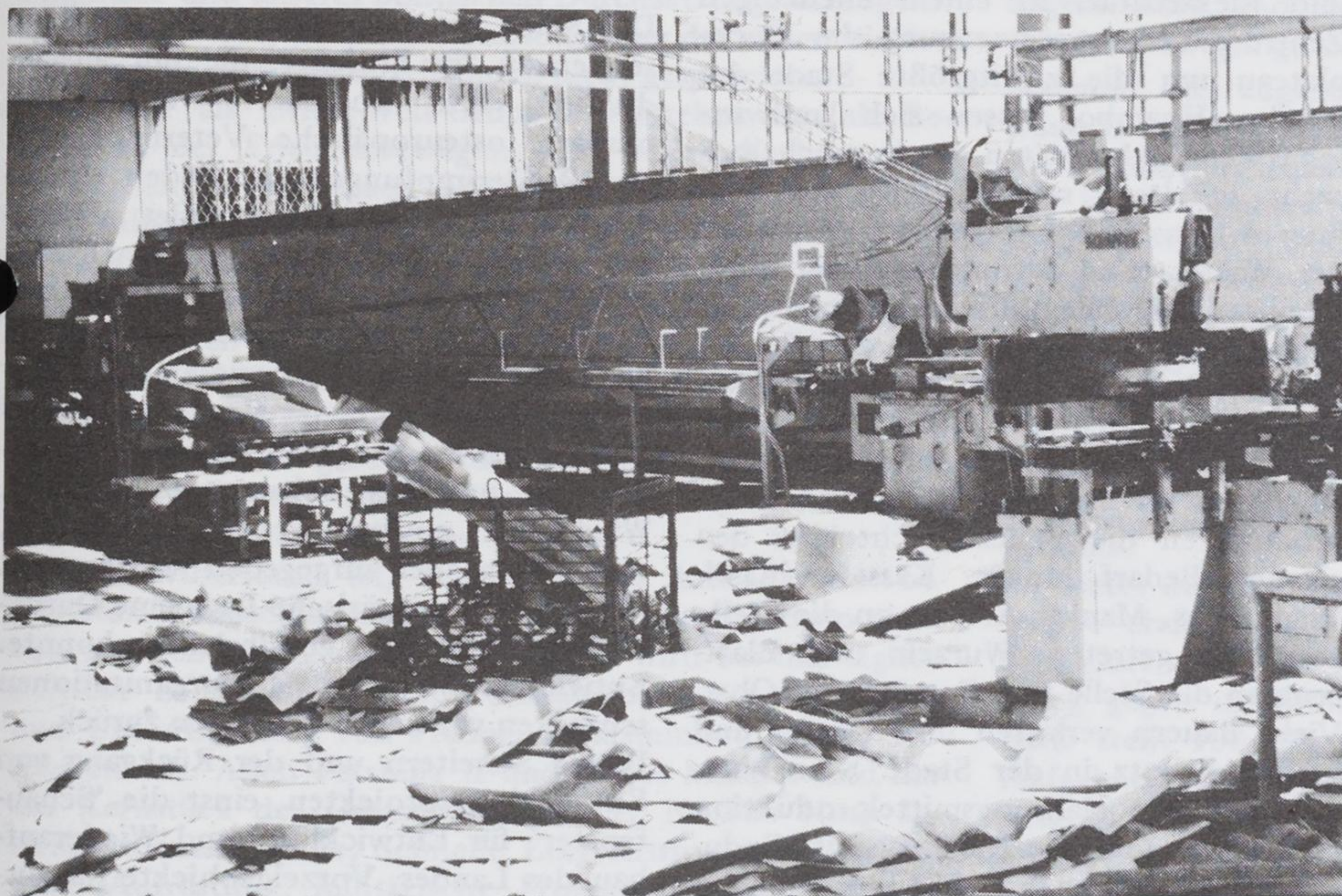
Von einem Erfolg der UNITA in Angola verspricht sich Pretoria eine Atempause für die Lösung des Namibia-Konflikts in seinem Sinne. Immer enger knüpfte Südafrika die Bande zur UNITA und übernahm einen Teil der 'Guerilla'-Ausbildung selbst. Auf obskuren Wegen via Schweiz verschafft es der UNITA Waffen aus Warschauer-Pakt-Staaten, die später Journalisten als "Beutewaffen" aus angolanischen oder kubanischen Beständen vorgeführt wurden. Südafrikanische Flugzeuge bombardierten Waffen- und Lebensmitteldepots in abgelegenen Gebieten der Provinz Kwando Kubango. Als Erfolge ausblieben, ging Pretoria zu großangelegten Invasionen 1981 und 1982 über (1), 50 000 qkm im Süden des Landes sind seitdem von 2 Brigaden (5 500 Mann) ständig besetzt. Pressemeldungen

vom August d.J. zufolge hat Südafrika bereits wieder einen Aufmarsch von 10 000 Mann abgeschlossen und verstärkt seine Militäraktionen gegen Angola (2). Ziel dieser Invasion war es u.a., Verbindungen zur UNITA herzustellen. Während die Hauptmacht jeweils auf die Stadt Lubango marschierte, zog unter ihrem Flankenschutz eine andere Kolonne in nord-

östlicher Richtung und stellte den Kontakt zur UNITA her. Die Folgen dieser Operation wurden schnell sichtbar. Dank der südafrikanischen Lieferungen und logistischen Unterstützung ist die UNITA heute in der Lage, Terroranschläge in den ländlichen Teilen der Provinzen Bié, Huambo und Benguela durchzuführen, kann sie bis nach Kwanza Sul und Malan-

je vordringen. Die UNITA requiriert dabei zwangsweise von der Dorfbevölkerung Nahrungsmittel. Viele Bauern werden getötet, wenn sie die Lieferungen verweigern andere werden gekidnappt und gezwungen, für die UNITA zu arbeiten. Lebensmittelkonvois aus den Häfen Lobito und Benguela sind bevorzugte Ziele von Überfällen. Immer wieder werden die Gleise der Benguela-Bahn in die Luft gejagt. Ein großer Teil des zentralen Hochlandes ist heute des nachts unsicher. Nur die großen Städte und die Dörfer in ihrem Umfeld sind noch fest in den Händen der Regierungstruppen.

Bei einem Überfall auf Alto Catumbela in der Provinz Benguela am 12. März dieses Jahres wurden 5 Brücken und 2 Fabriken (Foto) durch Sprengsätze zerstört und zahlreiche Fahrzeuge in Brand gesetzt. 66 Tschechen und 24 Portugiesen sowie der Leiter einer der Fabriken wurden gekidnappt. Unter den Entführten befanden sich 21 Kinder.



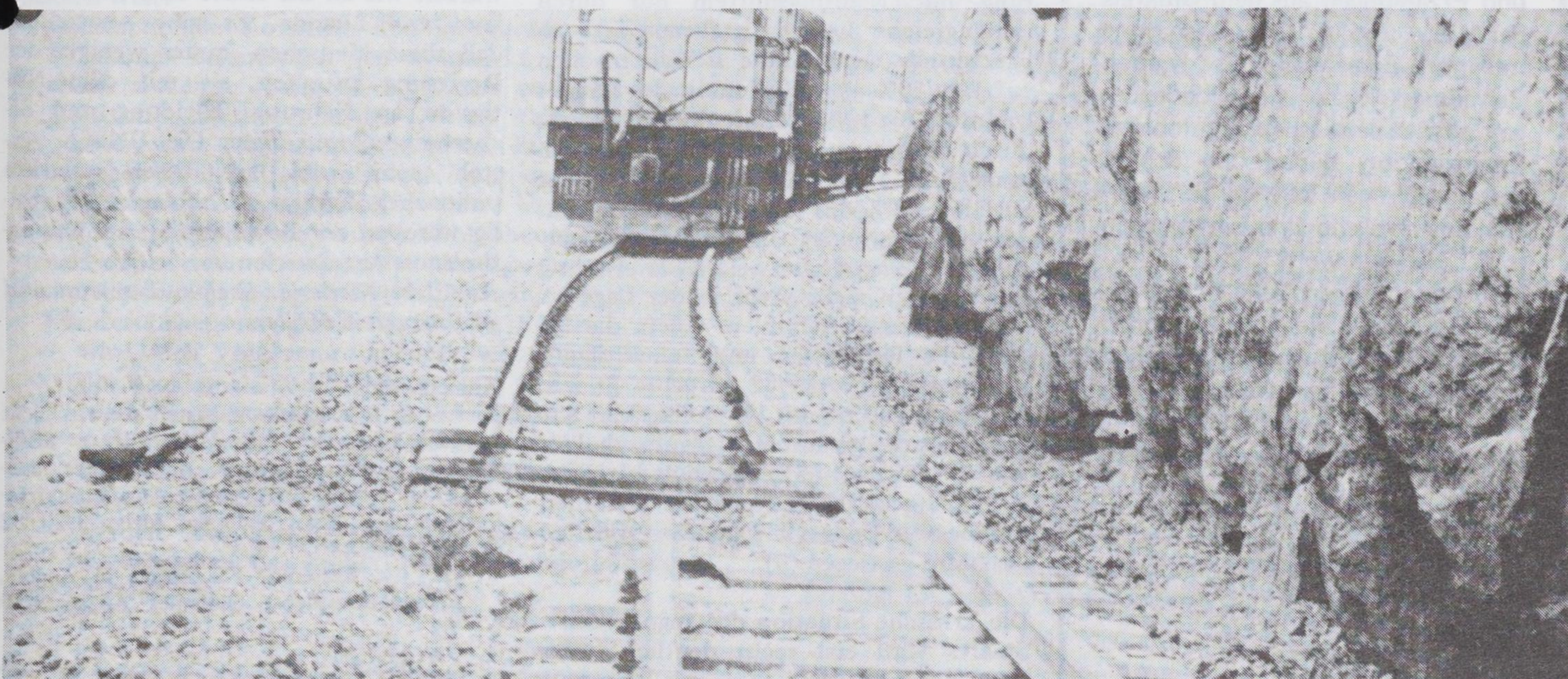
Die Benguela-Bahn ist immer wieder Ziel von Sabotage-Einheiten der UNITA. Die UNITA bekannte sich Ende Juli zu einem Bombenanschlag auf einen Personenzug der Benguela-Bahn, bei dem nach ihren eigenen Angaben 78 Menschen ums Leben kamen und 319 verletzt wurden. Nach einem Communiqué der UNITA fuhr in dem Zug u.a. ein Bataillon des angolanischen Heeres und einige kubanische Berater (SZ 2.8.83).

Folgen

Seit Beginn der Operation Protea 1981 wurden mehrere 10 000 Angolaner, Zivilisten und Soldaten getötet; höher liegen die Zahlen bei den Verwundeten. Hunderttausende sind auf der Flucht. Ein Teil von ihnen lebt in den Flüchtlingslagern nahe den großen Städten. Andere halten sich versteckt und versuchen, nicht aufzufallen, oder wurden nach Namibia entführt. Wieviele Menschen durch Hunger und Durst oder durch fehlende medizinische Hilfe umgekommen sind, ist unbekannt (3).

Die Kosten für die Zerstörungen, für die gesprengten Brücken, Straßen und Eisenbahnlinien, für die bombardierten Schulen, Krankenhäuser, Tanklager, Verwaltungsgebäude und Wohnhäuser seit 1975 werden auf US Dollar 7,2 Mrd geschätzt, das entspricht etwa dem Wert des Brutto-Inlandprodukts in den letzten drei Jahren.

Neben den Flüchtlingen gibt es Tausende von Waisenkindern. Waisenkind in Afrika, das bedeutet nicht nur elternlos, sondern auch ohne Großeltern, ohne nähere Verwandtschaft.



a terra é nossa

Koloniale Gesellschaft und
Befreiungsbewegung in Angola

Informationsstelle Südliches Afrika

Bettina Decke

A TERRA E NOSSA

Koloniale Gesellschaft und
Befreiungsbewegung in Angola
Bonn 1981, 437 S., DM 36.00
ISBN 3-921614-42-2

Im Zentrum dieser anschaulich geschriebenen wissenschaftlichen Untersuchung steht die Schilderung von Problemen und Problemlösungsstrategien der Befreiungsbewegung und der verschiedenen antikolonialen Organisationen. Die Autorin zeigt die Schwierigkeiten auf, die sich aus den besonderen regionalen Verhältnissen ergeben, aus dem Zusammenwirken von Menschen verschiedener Kulturen, Klassen und Ethnien. Der Leser erhält außerdem einen Einblick in die Mechanismen der international verzweigten, vielgestaltigen Counterinsurgency, den Ost-West-Konflikt und in die Verhältnisse in den Anrainerstaaten. Lieder und Fabeln der afrikanischen Bauern, Gedichte und Erzählungen aus dem Umkreis der MPLA sind in diese Abhandlung integriert. Eine Analyse des zweiten Befreiungskrieges und Überlegungen zu Perspektiven postkolonialer Emanzipation bilden den Schluß dieses wichtigen Beitrags zum Verständnis revolutionärer Bewegungen in der "Dritten Welt."

"Wir halten diesen Text für eine solide Basis für diejenigen, die einen großen Abschnitt der angolanischen Geschichte kennen lernen wollen. Für uns ist das Buch in eine Reihe mit den Bänden von Marcum zu stellen." (Rene Pelissier in: 'Le mois en Afrique').

issa — informationsstelle
südliches afrika e.V.

Blücherstr. 14, 5300 Bonn 1
Tel. 0228/21 32 88

Im Tsetse-freien Süden — ideal für Großtierzucht — schlachteten die Südafrikaner 1976 auf ihrem Rückzug nahezu sämtliches Vieh ab oder trieben es nach Namibia. Angola begann unverzüglich mit einer neuen Rinderzucht. Die Invasionen des Apartheidregimes von 1981 und 1982 machten die Anstrengungen erneut zunichte. Rindfleisch muß heute aus Botswana eingeführt werden. Wegen der ständigen Überfälle der UNITA decken die Bauern heute kaum noch ihren Eigenbedarf, fehlt es den Staatsfarmen an Futter- und Düngemitteln, an Wasser und Elektrizität. In einem ehemaligen Zentrum der Agrarerzeugung, im Hochplateau um die zweitgrößte Stadt des Landes, Huambo, lassen sich landwirtschaftliche Aktivitäten kaum noch aufrecht erhalten, seit Huambo seit Anfang d.J. nach Sabotageakten quasi von der Wasser- und Stromversorgung abgeschnitten ist. Ebenfalls kaum mehr mit Wasser versorgt werden seit der Zerstörung des Staudamms von Lomaun am Rio Catumbela die Städte Lobito und Benguela und deren Hinterland (4).

Aus Angst vor den Überfällen der UNITA produzieren die Bauern nicht über den eigenen Bedarf hinaus. Kassava (Knollengewächs, Maniok-Art) ist an die Stelle von Mais getreten, Wurzeln und Blattzeug an die Stelle von Gemüse und Obst. Viele Bauern verlassen ihre Dörfer und suchen Schutz in der Stadt. Kein Wunder, daß die Nahrungsmittelproduktion zurückgeht und die Nahrungsmittelindustrie nahezu still steht. 1981 wurden noch ca. 15% der Nahrungsmittel aus Angola im Lande selbst verarbeitet.

Angesichts des Rückgangs in der Produktion und des raschen Wachstums der Stadtbewohner und Flüchtlinge kann eine notdürftige Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln nur durch umfangreiche Lebensmitteltransporte sichergestellt werden, die sich inzwischen auf fast 50% aller Einfuhren des Landes belaufen. Bis 1981 konnten diese Importe durch Erlöse aus der Öl- und Diamantenausfuhr ausgeglichen werden. Heute entfallen 80% des Volkseinkommens auf den Ölsektor, der als einziger prosperierender Wirtschaftszweig trotz erhöhter Förderungen nicht mehr in der Lage ist, die Importe zu bezahlen. Allein die Lasten, die für Zinsen und Schuldtilgung in den Jahren 1981/82 aufgebracht werden mußten, sind mit US Dollar 0,35 Mrd höher als die gesamten Auslandsschulden von US Dollar 0,32, die sich bis Ende 1980 aufgelaufen hatten. Die Schuldensumme war Ende 1982 auf über US Dollar 2 Mrd gestiegen (5).

Die kritische Situation des angolanischen Staates wird erst recht deutlich, wenn man bedenkt, daß 50% des Haushalts

für Verteidigungskosten bereitgestellt werden müssen. Finanzielle Mittel für produktive Investitionen stehen da nicht mehr zur Verfügung. Und es sind nicht nur finanzielle Mittel, die durch den unerklärten Krieg Pretorias gebunden werden. Tausende von Technikern hat das Militär für die Verteidigung des Landes verpflichtet. Ohne sie kann die Armee einen modernen Krieg, wie ihn Südafrika aufzwingt, nicht führen. Auch bei einem baldigen Kriegsende bedarf es Jahre, bis Angola wieder soweit hergestellt wäre, daß eine Entwicklung in Angriff genommen werden könnte.

Der Krieg hat auch eine Reihe von Konsequenzen für Projekte, die mit ausländischer Hilfe finanziert wurden. So mußten osteuropäische Veterinäre, die die Rinderimpfungen im Süden durchführten, aus dem Kampfgebiet abgezogen werden. Die Überfälle der UNITA zielen zunehmend auf Projekte, wo Ausländer arbeiten. Die Entführung von 86 Tschechen und Portugiesen mit Frauen und Kindern in der Gegend von Alto Catumbela im Bergland östlich von Lobito ist nur das bekannteste Beispiel. Wiederholt mußten Projekte verändert, verschoben oder aufgegeben werden, weil die politisch-militärische Lage eine Durchführung nicht mehr gewährleisten konnte. Entwicklungs- und Hilfsorganisationen schrecken vor neuen Projekten zurück. Dieses Scheitern und der Rückgang von Entwicklungsprojekten, einst die 'Schaufenster' für Entwicklung und Wiederaufbau des Landes, Vorzeigebjekte für ausländische Besucher und Ansporn für die Bevölkerung, werfen Fragen nach einem weiteren Aspekt des Krieges auf. Wie reagiert die betroffene Bevölkerung im Süden und in den mittleren Teilen des Landes? Hier war die MPLA nie so verwurzelt wie an der Küste oder im Hinterland von Luanda. Es gibt Anzeichen, daß diese Menschen immer weniger der Regierung zutrauen, sie mit dem Nötigsten an Nahrung, Kleidung und Sicherheit zu versorgen. Die UNITA versteht sehr wohl, aus dieser Situation politisches Kapital zu schlagen. Zu billig wäre es, der Bevölkerung hier Opportunismus vorzuwerfen.

Aus dem Niederländischen übersetzt und gekürzt: Hein Möllers.

Anmerkungen:

1. s.a. L. Baack, Die Rassisten werden nicht durchkommen, Informationsdienst Südliches Afrika 10'81. D. Weinbrenner, Südafrika weitet Krieg gegen Angola aus, Informationsdienst Südliches Afrika 9/10 '82
2. FAZ 16.8.83
3. s.a. J.v. Kesteren, Flüchtlinge in Angola, Informationsdienst Südliches Afrika 9/10 '82
4. NfA 11.7.83
5. Marchés Tropicaux 15.4.83

Es ist an der Zeit

Aufruf der Dritte-Welt-Gruppen zu den Herbstaktionen 83

Wir alle sehen in der atomaren Aufrüstung in West und Ost eine massive Bedrohung. Wir stehen im Herbst vor einer entscheidenden Probe unserer Kraft, unseres Mutes, unserer Phantasie und unseres politischen Durchsetzungsvermögens. Das letzte Wort, ob wir die Stationierung der neuen Waffen noch verhindern können, ist noch nicht gesprochen.

Auch wir als Dritte-Welt-Gruppen verstehen uns als Bestandteil der Friedensbewegung und sehen die besondere Gefährlichkeit der neuen Atomraketen. Durch ihre Fähigkeit, militärische und politische Ziele auf den Punkt genau zu treffen und mit extrem kurzer Flugzeit das Vorwarn- und Abwehrsystem des Warschauer Paktes zu umgehen, eignen sie sich zu einem atomaren Angriffskrieg. Wir halten es für notwendig, daß immer mehr Menschen ihren Protest gegen diese Waffen, z.B. in Demonstrationen, deutlich machen. Eine immer größere Zahl ist bereit, radikaleren Widerstand zu leisten. Dies ist vielfach mit Angst verbunden, mit der umzugehen wir lernen müssen.

Aktiver Widerstand ist, angesichts des kalkulierten "begrenzten Atomschlages" gerecht und notwendig, denn nicht von uns geht die Gewalt aus: Gewalt wird bei uns täglich sichtbar in Arbeitslosigkeit, Sozialabbau, Vergewaltigung und Unterdrückung von Frauen, Diskriminierung von Ausländern etc. Auch Pershing II und Cruise Missiles sind nur das Kernstück der Gesamtstrategie der NATO: Neue Interkontinentalraketen, Schnelle Eingreiftruppe, konventionelle Aufrüstung, militärische Programme im Weltraum, Interventionen und Kriege in der Dritten Welt sowie Unterstützung unterdrückerischer Regimes runden diese Gewaltstrategie ab.

Die Aufrechterhaltung des politischen und wirtschaftlichen Systems, das durch die NATO abgesichert wird, gründet sich zu einem wesentlichen Teil auf die Ausplünderung der Dritten Welt:

- Multinationale Konzerne und internationale Finanzinstitutionen beherrschen den Weltmarkt, der geprägt ist durch sinkende Preise für agrarische und mineralische Rohstoffe, an denen in der Dritten Welt Raubbau getrieben wird (Regenwaldabholzung, Erzabbau, Monokulturen für den Export z.B. von Baumwolle und Futtermitteln aus Hungergebieten), durch überhöhte Preise für Industrieprodukte und durch Ausbeutung "billiger" und entrechteter Arbeitskräfte (Auslagerung ganzer Produktionszweige in sog. Billiglohnländer).

Um den Lebensnerv dieses Systems zu sichern,

- wird auch Völkermord gedeckt, wie z.B. in El Salvador, Guatemala und Palästina;
- wird die Militarisierung und Aufrüstung autoritärer und rassistischer Staaten wie Indonesien, Südafrika und Chile betrieben, die regionale Ordnungsaufgaben wahrnehmen sollen;
- werden Bemühungen um die Entwicklung einer menschlichen Gesellschaft, wie aktuell in Nikaragua, unterdrückt.

Aber es existiert Widerstand auf allen Ebenen. Die Menschen in der Dritten Welt sind sich ihrer selbst bewußt. Sie wehren sich auf internationalen Konferenzen, in Basisgemeinden und Befreiungsbewegungen. Wenn wir, die Friedensbewegung, uns mit diesem Widerstand verbinden, bedeutet dies zugleich auch wesentlich Kampf gegen Pershing II und Cruise Missiles. Denn die neuen Waffen dienen nicht unserem Schutz (die NATO-Strategie hat momentan keine Alternative als die Zerstörung Mitteleuropas), sondern sollen die UdSSR in Schach halten, um z.B. in der Dritten Welt freiere Hand zu haben. Die US-Raketen, die im sizilianischen Comiso stationiert werden sollen, richten sich sogar direkt gegen die Ölfelder im Nahen Osten. Der NATO-Zuständigkeitsbereich wird ständig ausgeweitet. Die Bündnispartner werden von den USA einerseits stärker in die Verantwortung genommen, andererseits drängen sie stärker darauf, eigenständige Aufgaben zu übernehmen.

So bietet die BRD den USA z.B. für die Schnelle Eingreiftruppe zivile Flughäfen an. Über die Startbahn West in Frankfurt würde die Schnelle Eingreiftruppe der USA zum Krieg gegen die Völker des Nahen Ostens geflogen. Die BRD stellt 100 000 Mann der Bundeswehr für logistische Aufgaben zur Verfügung. Der NATO-Partner Türkei wird hauptsächlich von der BRD hochgepöppelt.

Die drohende Stationierung der NATO-Mittelstreckenraketen in Westeuropa ist für uns aktueller Anlaß, um gegen die NATO-Globalstrategie zu protestieren. Wir sehen dabei nicht darüber hinweg, daß in vielen Regionen der Welt längst Krieg herrscht und daß das Selbstbestimmungsrecht vieler Völker längst verletzt ist.

Die militärische Gewalt korrespondiert mit der sozialen Gewalt, die den Menschen ein würdiges Leben vorenthält. Als Dritte-Welt-Gruppen treten wir hiergegen überall ein.

Deshalb fordern wir die großen Militärmächte, insbesondere die USA und die Sowjetunion, auf, jede militärische Einmischung und Intervention in der sog. Dritten Welt zu unterlassen und das Selbstbestimmungsrecht der Völker zu respektieren.

Wir müssen unseren Widerstand universal verstehen.

Wir rufen dazu auf:

- Beteiligt Euch massenhaft mit dezentralen, regionalen Aktionen, die aktiven Be- und Verhinderungscharakter tragen, an der geplanten Aktionswoche vom 15. - 22. Oktober!
- Beteiligt Euch an den Auftaktkundgebungen!
- Beteiligt Euch am Tag des Antimilitarismus und der internationalen Solidarität am 18. Oktober!
- Beteiligt Euch an den Volksversammlungen am 22. Oktober!
- Beteiligt Euch insbesondere an Standortaktionen mit direktem Bezug zur Dritten Welt, wie z.B. den Auftaktaktionen am 15. Oktober in Bremerhaven!
- Beteiligt Euch an Aktionen gegen den Rüstungsexport!

südafrika

Neue Oppositionsbündnisse

In Massenkampagnen gegen die Regierungspläne wächst organisierter Widerstand der Schwarzen

Lothar Berger

Wir haben in der vorherigen Ausgabe des Informationsdienstes (7/8, S. 21 - 23) darüber berichtet, wie sich die "farbige" Labour Party mit der Zustimmung zu den Verfassungsvorschlägen der Regierung in die politische Isolation begeben hat. Keine der größeren, an der schwarzen Mittelklasse orientierten Organisationen ist diesem Schritt bislang gefolgt. Im Gegenteil, gerade bekannte Mittelklasseführer wie Allan Boesak, Präsident des Reformierten Weltbundes, Essop Jassat, Präsident des wiedergegründeten Transvaal Indian Congress, oder Kirchenführer Bischof Tutu haben zum gemeinsamen Kampf gegen die Regierungspläne aufgerufen. Seither hat Südafrika eine der größten Massenkampagnen in seiner Geschichte erlebt, in der seit Beginn dieses Jahres zahlreiche neue regionale und nationale Oppositionsbündnisse entstanden sind. Bisheriger Höhepunkt ist die nationale Konstituierung der "Vereinten Demokratischen Front" (UDF) am 20./21. August, zu der Grußadressen u.a. von der SWAPO, dem UN-Sonderkomitee gegen Apartheid und verschiedenen Anti-Apartheidbewegungen aus der BRD, Holland, England, Schweden, Dänemark, Finnland und Norwegen geschickt wurden (1).

Zur Dynamik der Kampagnen trägt nicht zuletzt auch eine ideologische Auseinandersetzung um politische Programmatik bei, die bis in die 40er Jahre zurückreicht. Wenn dieser Konflikt zum Teil auch mit harten Bandagen und gegenseitigen Vorwürfen "bourgeoiser" Orientierungen geführt wird, so sind sich doch alle in einem einig: die strikte Ablehnung der Verfassungsvorschläge der Regierung.

Zunächst waren es zahlreiche Bürgerorganisationen in den "farbigen" Wohngebieten Kapstadts, die sich aus Protest gegen die Entscheidung der Labour Party zusammengefunden hatten. Neben Boesaks NG Sendingkerk, der größten Kirche in der farbigen Gemeinschaft, haben sich das Cape Areas Housing Acting Committee (CAHAC), die Federation of Cape Civics und die Western Cape Civic Association ebenso dem Protest angeschlossen wie die Tausende von Coloureds repräsentierende Food and Canning Workers Union (FCWU) und die Cape Town Municipal Workers Union (2).

Im Mai haben sich über 50 solcher Organisationen zu einem Koordinierungskomitee zusammengeschlossen. Ähnliche Bündnisse sind in Eastern Cape (E.C. Coordinating Committee) und Transvaal (Anti-Presidents' Council Committee) ins Leben gerufen worden (3). Auch auf lokaler Ebene bilden sich neue Komitees: Das Anti-Community Council Committee von Soweto, das die Unterstützung der namhaftesten Organisationen von Soweto hat, ruft zur Opposition gegen die "Koornhof Bills" ebenso auf wie zum Boykott der Wahlen zum Gemeinderat, die für September oder Anfang nächsten Jahres vorgesehen sind (4).

Die Wiederbelebung des TIC

Am 1. Mai wurde vor 2000 Teilnehmern in Lenasia der Transvaal Indian Congress (TIC) wiedererrichtet. Damit ist eine der ältesten politischen Organisationen Südafrikas, die zusammen mit ihrer Schwesterorganisation in Natal, dem NIC, Mitglied im früheren SA Indian Congress

und damit auch im Kongreßbündnis der 50er Jahre war, auf die politische Bühne zurückgekehrt.

Obwohl der TIC allen Rassen offensteht, hat die Gründung einer "indischen" Organisation sogleich scharfe Kritiken aus dem Lager der Black Consciousness-Gruppen nach sich gezogen. Der Konflikt zwischen diesen Gruppen und den sich auf die Freiheitscharta des ANC berufenden Kräften hat durch den Vorwurf der AZAPO, die TIC-Wiederbelebung würde nur den Einfluß des Ethnizismus stärken, neue Nahrung erhalten (5). Ethnizität könne nicht mit ethnischen Organisationen beantwortet werden, sagen TIC-Kritiker, zumal die den TIC dominierenden kleinbürgerlichen Kräfte die Inder eher auf einer populistischen als auf einer Klassenbasis organisieren würden. Die Berechtigung getrennter Organisationen für die einzelnen Bevölkerungsgruppen wird überhaupt in Frage gestellt, AZAPO will alle Schwarze (incl. Inder und Coloureds) in einer einzigen Organisation unterbringen.

Die TIC-Befürworter halten dem entgegen, daß die BCM-Aktivisten der 70er Jahre durch ihre zwangsläufige Betonung des Kampfes auf nationaler Ebene den Umstand vernachlässigt haben, daß die Gemeinschaften durch die physische Trennung der Unterdrückten gezwungen waren, sich in ihren eigenen Communities zu organisieren. Die Wiederbelebung des TIC solle die während der Anti-SAIC-Kampagne gemachten Erfahrungen konsolidieren und die verschiedenen politischen, religiösen, kulturellen und Sportorganisationen der Inder unter einem

volksdemokratischen Programm vereinen.

Der TIC wendet sich vor allem an eine nichtproletarische Wählerschaft in Transvaal. Gerade die Mobilisierung von Mittelklasseelementen wird angesichts der Kooptionsversuche des Staates durch seine Verfassungsvorschläge als ein vitales Anliegen gesehen (6).

Die mehr an Community-Gruppen orientierten Gewerkschaften wie die SAAWU (SA Allied Workers' Union) und die GAWU (General and Allied Workers' Union) haben die Gründung des TIC unterstützt. Doch unüberhörbar waren auf dem TIC-Gründungskongreß in Lenasia auch Attacken von der Schwesterorganisation NIC gegen eine kleine proletarische Fraktion von indischen Aktivisten, die mit der FOSATU (Federation of SA Trade Unions) sympathisieren. FOSATU ist die treibende Kraft innerhalb der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung, die eine starke Arbeiterbewegung um die Betriebsorganisationen zentrieren will (7).

Die United Democratic Front

Im Januar hatte Allan Boesak in einer vielbeachteten Rede den Anstoß zur Gründung einer Front gegeben, die alle oppositionellen Gruppierungen gegen die Verfassungsvorschläge der Regierung mobilisieren sollte.

Nach monatelanger Diskussion und Vorbereitung haben am 21. Mai 32 Anti-Apartheid-Organisationen in Johannesburg die United Democratic Front gegründet. Eine Woche zuvor hatte sich schon die Natal-Gruppe der UDF konstituiert. Weitere Bündnisse in Kapstadt und

Western Cape folgten. Auf der Grundlage eines Aktionsprogramms wurde die Bevölkerung zunächst regional mobilisiert, um alle Voraussetzungen für die offizielle nationale Gründung der UDF zu schaffen.

Am Wochenende des 20./21. August fanden sich schließlich 12 000 schwarze und weiße Südafrikaner in Mitchell's Plain ein, um der Gründungsversammlung der neuen Oppositionsfront beizuwohnen. Im Rocklands Civic Centre vor den Toren

Kapstadts wurden rund 400 Organisationen — politische, religiöse, Bürgerrechts-, Frauen-, Sport- und Gewerkschaftsverbände — von 1 000 Delegierten und 2 000 Beobachtern vertreten. In dem Bürgerzentrum herrschte zwei Tage lang Hochstimmung. Die Teilnehmer sangen Freiheitslieder und priesen die inhaftierten und exilierten Führer des ANC (8). Mit Nelson Mandela, Govan Mbeki, Walter Sisulu, Raymond Mhlaba und Ahmed Kathrada wurden Friedenskämpfer

zu Schirmherren der UDF gewählt, die allesamt eine lebenslängliche Zuchthausstrafe im Pollsmoorgefängnis bei Kapstadt absitzen. Ebenso Helen Joseph gehört dazu, die auf dem Kongreß als "Mutter des Befreiungskampfes" bezeichnet wurde.

Auch von den drei ins Präsidium gewählten Personen konnten zwei nicht teilnehmen: Die inzwischen 66-jährige Albertina Sisulu wurde Anfang August wegen angeblicher Aktivitäten für verbotene Orga-

VEREINTE DEMOKRATISCHE FRONT

Erklärung

Wir, das freiheitsliebende Volk von Südafrika, bekunden der ganzen Welt mit einer Stimme: wir werden an der Vision eines vereinten demokratischen Südafrika auf der Grundlage des Volkswillens festhalten und durch vereinte Aktionen gegen das Übel der Apartheid und ökonomische und alle anderen Formen von Ausbeutung für die Einheit unseres ganzen Volkes eintreten und uns auf unserem Weg zu einem freien und gerechten Südafrika von diesen ehrenhaften Idealen leiten lassen:

Wir treten ein für die Schaffung einer wirklichen Demokratie, in der alle Südafrikaner an der Regierung unseres Landes teilnehmen werden.

Wir treten ein für ein einziges, nicht-rassisches, nicht zerstückeltes Südafrika, ein Südafrika frei von Bantustans und Group Areas.

Wir sagen: alle Formen der Unterdrückung und Ausbeutung müssen enden.

In Übereinstimmung mit diesen ehrenhaften Idealen schließen wir Community-, Frauen-, Studenten-, Religions-, Sport- und andere Organisationen und Gewerkschaften uns zusammen, um nein zur Apartheid zu sagen.

Wir sagen nein zu dem Verfassungsgesetz der Republik Südafrika — ein Gesetz, daß nur noch eine weitere undemokratische Verfassung im Land unserer Geburt schaffen wird.

Wir sagen nein zu den Koornhofgesetzen, die mehr und mehr afrikanische Menschen ihres Geburtsrechts berauben werden.

Wir sagen an diesem historischen Tag ja zur Geburt der Vereinten Demokratischen Front.

Wir wissen, daß diese Regierung entschlossen ist, die Einheit unseres Volkes zu brechen, daß unser Volk sich größter Not gegenüber sehen wird, daß unser in rassistisch getrennten und abgelegenen Gebieten lebendes Volk von dem Reichtum, den es in den Städten produziert, abgeschnitten wird, daß Mieten und andere Grundkosten steigen werden und unser Lebensstandard sinken wird, daß die arbeitende Bevölkerung getrennt wird nach Rasse, Städtische von Ländlichen, Angestellte von Arbeitslosen, Männer von Frauen."

Niedrige Löhne, schlechte Arbeitsbedingungen, Angriffe gegen unsere Gewerkschaften werden andauern, Studenten werden weiterhin unter ungleicher Erziehung leiden, die dafür geschaffen wurde, ein Reservoir an billigen Arbeitskräften zu liefern.

Ethnische Kontrolle und ungleiche Möglichkeiten werden bleiben, Apartheid wird immer noch in unseren Klassenräumen zu spüren sein.

Das religiöse und kulturelle Leben unseres Volkes wird in Mitleidenschaft gezogen.

Die Sünden der Apartheid werden weiterhin die Kultur

und die Religionen unseres Volkes prägen. Die Unterdrückung und Ausbeutung der Frauen wird weitergehen.

Frauen werden unter den neuen Paßgesetzen größere Not leiden, sie werden von ihren Kindern und Familien getrennt werden.

Armut und Unterernährung werden weiterhin das Familienleben zerrütten.

Die Hauptlast der Apartheid wird immer noch von unseren Familien getragen werden, nicht-rassischer Sport wird unter ihr leiden, es wird weniger Geld für den Bau von Sporteinrichtungen geben und Zwangstrennung wird nicht-rassischem Sport einen weiteren Schlag versetzen.

Wir wissen, daß Apartheid fortbestehen wird, daß weiße Herrschaft und Ausbeutung fortbestehen werden, daß Zwangsumsiedlungen, Group Areas und Bantustans bleiben werden.

Wir wissen, daß die ungleiche Verteilung von Land, Reichtum und Ressourcen des Landes nicht beendet sein wird, daß das Wanderarbeitersystem weiterexistieren wird, um Familienleben zu zerstören.

Wir wissen, daß die Regierung immer wieder falsche Führer benutzen wird, damit sie ihre Juniorpartner werden und uns kontrollieren.

Unser Leben wird immer noch voll sein von Furcht vor Verfolgung, Bannungen, Festnahmen und Tod.

Eingedenk der Tatsache, daß die neuen Verfassungsvorschläge und Koornhof-Maßnahmen Apartheid und weiße Herrschaft weiter festigen werden, verpflichten wir uns, unser ganzes Volk zu vereinen, wo auch immer es sein mag, in den Städten und auf dem Land, in den Fabriken und Bergwerken, Schulen, Hochschulen und Universitäten, Häusern und Sportplätzen, Kirchen, Moscheen und Tempeln, um für unsere Freiheit zu kämpfen.

Wir beschließen daher, in unserem gemeinsamen Kampf Schulter an Schulter zu stehen und verpflichten uns zusammenzuarbeiten, um alle Community-, Arbeiter-, Studenten-, Frauen-, Religions- und andere Organisationen unter dem Banner der Vereinten Demokratischen Front zu organisieren und zu mobilisieren, unser Volk regelmäßig und gewissenhaft zu konsultieren und unerschrocken uns dafür einzusetzen, ihre Ansichten und Wünsche zu vertreten, alle über kommende Gefahren und die Notwendigkeit zur Einheit zu unterrichten, alle Organisationen des Volkes aufzubauen und zu festigen und in der Aktion gegen diese Gesetze und andere tagtäglich unser Volk betreffende Probleme gemeinsam zu handeln.

Und deshalb geloben wir, uns in dieser Vereinten Demokratischen Front zusammenzuschließen und Seite an Seite gegen die Verfassungsvorschläge und die Koornhofgesetze der Regierung zu kämpfen.

Verabschiedet von den Delegierten zur Gründungsversammlung der Vereinten Demokratischen Front in Kapstadt am Wochenende des 20./21. August 1983.

nisationen verhaftet, der 73-jährige Oskar Mpetha, früheres ANC-Mitglied und langjähriger Gewerkschaftsaktivist, liegt wegen schwerer Diabetis im Krankenhaus. So blieb es Archie Gumede, ebenfalls ehemaliges ANC-Mitglied und Präsident des Komitees zur Freilassung Mandelas, vorbehalten, die Ziele der UDF zu erklären.

In verschiedenen Resolutionen wurde die vollständige Ablehnung der Verfassungsvorschläge, der neuen Gesetze zu Mobilität, Wohnrecht und lokaler Verwaltung für Schwarze, der Bantustanpolitik, Banungen, Verhaftungen und der Verfolgung von Gewerkschaftern wie des Erziehungssystems für Schwarze beschlossen (9).

Weite Teile der UDF orientieren sich zwar an der Freiheitscharta des ANC, doch sowohl in einer schon im Januar als auch in der zuletzt verabschiedeten Erklärung der Front (s. Dokument) bleiben Schlüsselforderungen der Freiheitscharta wie die nach der Nationalisierung von Banken und Monopolindustrien zugunsten von

Allgemein formulierungen, wie sie auch und gerade von der Mittelklasse getragen werden können, unberücksichtigt. Die Erklärung der UDF ist ganz darauf ausgerichtet, auf der Basis von Minimalforderungen ein möglichst breites Bündnis zu erreichen. Sprecher der UDF wehren sich darum auch, die Front als einen Zusammenschluß von "Charteristen" zu bezeichnen (10).

Zu den wichtigsten Organisationen, die bislang der UDF beigetreten sind, gehören:

Soweto Civic Association/Committee of Ten, TIC, NIC, Anti-President's Council Committee, Eastern Cape Co-ordinating Committee, Witwatersrand Council of Churches, SA Catholic Bishops Conference, Justice and Peace Commission, Democratic Lawyers Association, National Medical and Dental Association, National Education Union of SA, Azanian Students Organisation, Congress of SA Students, SAAWU, GAWU, Council of Unions of SA, Federation of SA Women, Young Christian Students, Is-

lamic Council of SA, Detainees' Parents Support Committee, Black Student Society (11).

Ähnlich wie bei der TIC-Gründung arbeiten auch in der UDF lediglich die eher an Bürgerorganisationen orientierten Gewerkschaftsverbände mit. Die FCWU hatte zur UDF-Gründung in Johannesburg nur Beobachter geschickt, während die FOSATU dem Treffen ganz fern blieb. Die FOSATU hat sich zwar ebenso deutlich wie die anderen unabhängigen Gewerkschaften gegen die Entscheidung der Labour Party gestellt, hat zur gleichen Zeit aber auch deutlich gemacht, daß sie bei politischen Differenzen zwischen Oppositionsgruppen gegen die Verfassungspläne neutral bleiben will (12).

Das National Forum Committee

Der AZAPO-Kongreß Anfang dieses Jahres war zugleich ein gemeinsamer Zeitpunkt von 20 zur Black Consciousness-Bewegung gehörenden früheren Robben Island "Absolventen", die alle letztes Jahr entlassen worden waren.

Manifest des azanischen Volkes

Unser Kampf für nationale Befreiung richtet sich gegen das System des rassistischen Kapitalismus, das das Volk von Azania zum Nutzen einer kleinen Minderheit weißer Kapitalisten und ihrer Verbündeten, den weißen Arbeitern und reaktionären Teilen der schwarzen Mittelklasse, in Fesseln hält. Der Kampf gegen Apartheid ist nichts weiter als der Ausgangspunkt für unsere Befreiungsbemühungen. Apartheid wird erst mit dem System des rassistischen Kapitalismus ausgerottet werden.

Die schwarze Arbeiterklasse, inspiriert von revolutionärem Bewußtsein, ist die treibende Kraft unseres Kampfes. Sie allein kann das heute bestehende System überwinden, denn nur sie hat überhaupt nichts zu verlieren. Sie hat eine Welt zu gewinnen in einem demokratischen, anti-rassistischen und sozialen Azania. Es ist die historische Aufgabe der schwarzen Arbeiterklasse und ihrer Organisationen, die städtischen und ländlichen Armen zusammen mit den radikalen Teilen der Mittelklasse zu mobilisieren, um dem System der Unterdrückung und Ausbeutung durch die herrschende weiße Klasse ein Ende zu bereiten.

Die erfolgreiche Leitung des nationalen Befreiungskampfes hängt von der festen Grundlage von Prinzipien ab, die uns garantieren, daß der Befreiungskampf nicht durch verräterische und opportunistische "Führer" gegen unser Volk gerichtet wird. Die wichtigsten dieser Prinzipien sind:

- Anti-Rassismus und Anti-Imperialismus
- keine Kollaboration mit den Unterdrückern und ihren politischen Instrumenten
- Unabhängige Arbeiterklassenorganisation
- Opposition gegen alle Bündnisse mit Parteien der herrschenden Klasse.

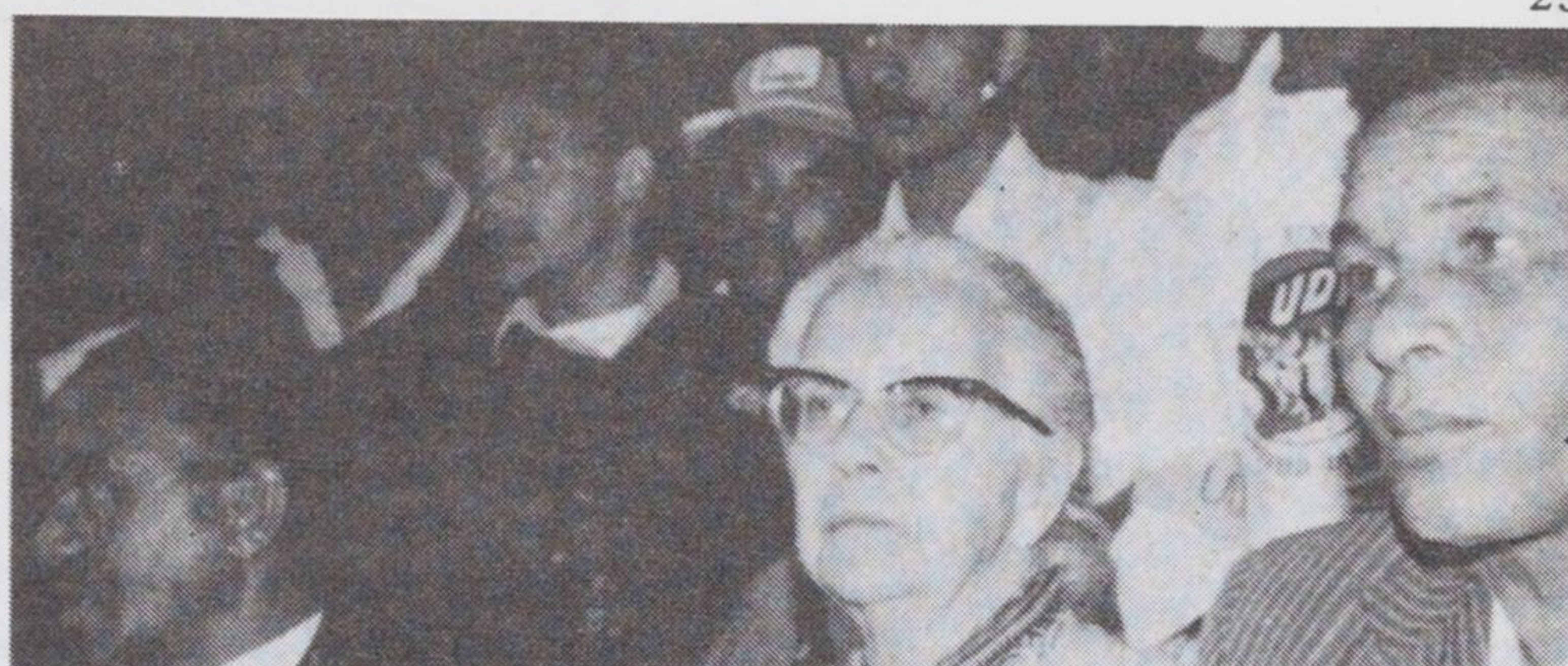
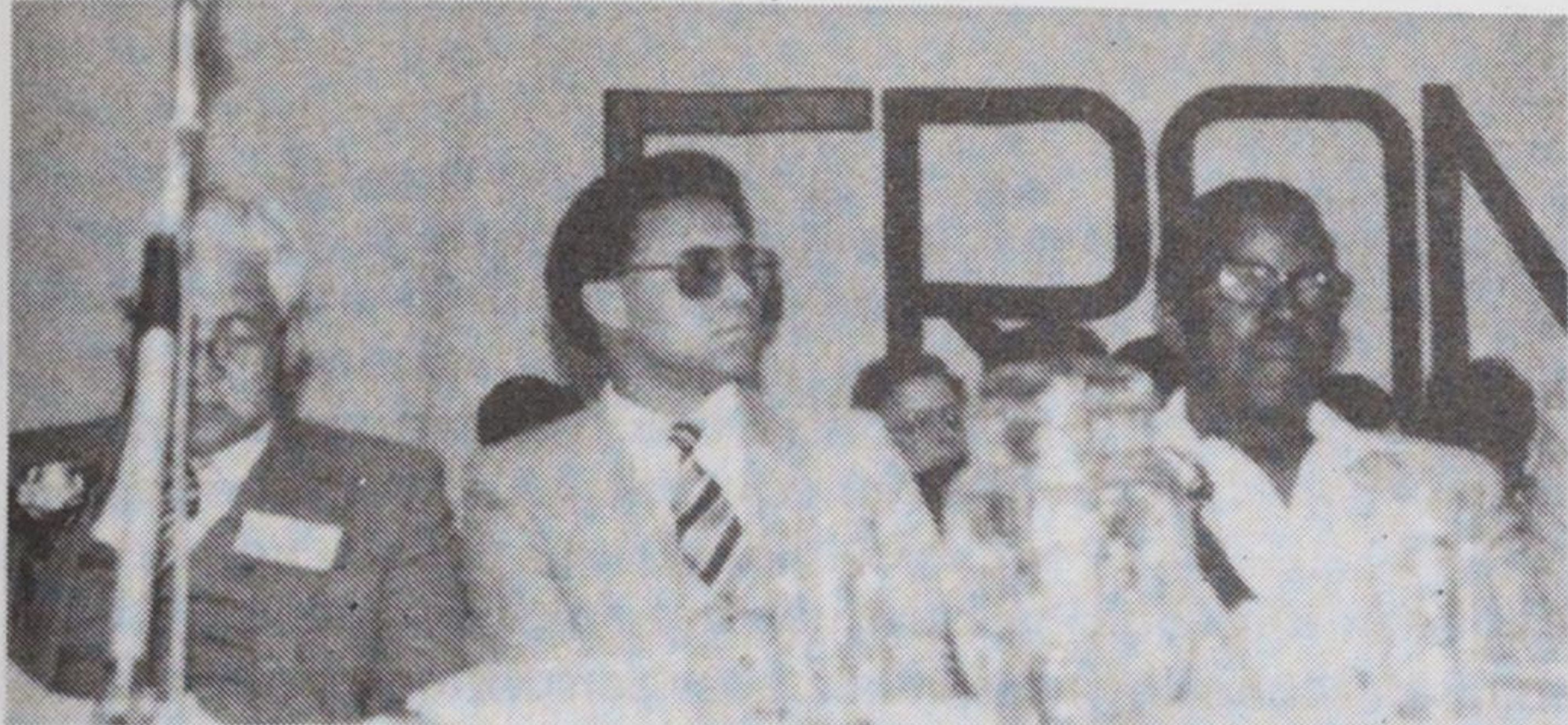
In Übereinstimmung mit diesen Prinzipien fordert das unterdrückte und ausgebeutete Volk von Azania unverzüglich:

- a) das Recht auf Arbeit;

- b) das Recht, Gewerkschaften zu bilden, die das revolutionäre Arbeiterbewußtsein stärken;
- c) die Errichtung einer demokratischen, anti-rassistischen Arbeiterrepublik in Azania, in der die Interessen der Arbeiter durch Arbeiterkontrolle über die Produktionsmittel, Distribution und Austausch an erster Stelle stehen sollen;
- d) staatliche Maßnahmen zur Einführung allgemeiner Schulpflicht und freier Zugang zur Erziehung, die auf die Befreiung des azanischen Volkes von allen Formen der Unterdrückung, Ausbeutung und Unwissenheit ausgerichtet ist;
- e) staatliche Bereitstellung angemessener und annehmbarer Wohnungen;
- f) staatliche Bereitstellung freier Gesundheits-, Rechts-, Erholungs- und anderer Gemeinschaftsdienste, die auf die tatsächlichen Bedürfnisse der Bevölkerung eingehen werden;
- g) Entwicklung einer fortschrittlichen nationalen Kultur im Verlauf des Kampfes;
- h) das Land und alles, was dazu gehört, soll ganz dem azanischen Volk gehören und von ihm kontrolliert werden;
- i) die Nutzung des Landes und all seiner Früchte soll darauf ausgerichtet sein, alle Formen und Mittel der Ausbeutung zu beenden.

Um diese Forderungen des azanischen Volkes zu verwirklichen, verpflichten wir uns, unermüdlich zu kämpfen für:

1. die Abschaffung aller Gesetze, die unser Volk auf der Grundlage von Hautfarbe, Geschlecht, Religion und Sprache diskriminieren;
2. die Abschaffung aller Zuzugskontrollmaßnahmen und Paßgesetze;
3. die Abschaffung aller Zwangsumsiedlungen und Umsiedlungen nach dem Group Areas Act;
4. Wiedereingliederung der Bantustans, der Schuttabladeplätze für Menschen, in ein geeintes Azania.



links: Allan Boesak (Mitte), einer der Initiatoren der UDF, und Hassan Howa (links) von SACOS. Rechts: Archie Gamede (links), einer der drei UDF-Präsidenten, und Helen Joseph (Ehrendirektorin)

Die Wahl von ehemaligen BCM-Aktivist wie Lybon Mabasa (Präsident), Saths Cooper oder Munu Myeza in die AZAPO-Exekutive hat sicherlich dafür gesorgt, daß der Ausschluß von Weißen aus dem Kampf der Schwarzen weiterhin vorherrschendes Thema dieser Organisation ist. Allerdings scheint sich hier eine flexiblere Haltung anzubahnen. Besonders Gastredner Dr. Neville Alexander deutete am Rande des Kongresses an, daß auch Weiße einen Beitrag zum Kampf leisten können. Alexander, ehemaliges Mitglied der trotzkistischen Unity Movement und sicherlich einer der schärfsten Analytiker des Apartheidsystems, wies in seiner Rede darauf hin, daß das Bündnis zwischen weißen Kapitalisten und weißen Arbeitern an Bedeutung verliere. Juniorpartner der neuen Allianz sei die schwarze Mittelklasse, ob sie nun an den von der Regierung geschaffenen Institutionen gegenwärtig teilnehme oder nicht (13).

Statt an dem UDF-Bündnis mitzuarbeiten, versucht die AZAPO die Kräfte gegen die Verfassungsvorschläge und Zuwanderungsgesetze in eigener Regie zu versammeln. So wurde im April die Schaffung eines National Forum Committee (NFC) gemeldet, daß sich deutlicher als die UDF auch von "Kollaborationisten" wie Kwazulu-Chief Buthelezi abgrenzen will (14).

Mkhabela, Öffentlichkeitssekretär von AZAPO, beteuert, daß der Charakter des NFC "ganz anders als die UDF" sei. Das Forum sei keine Organisation, sondern ein Komitee, das gemeinsame Diskussionen unter den Schwarzen fördern soll. Die Ziele der UDF werden voll unterstützt, aber die der UDF zugrunde gelegten Bedingungen würden darauf abzielen, BC-Gruppen zu isolieren, die nicht vollständig die Freiheitscharta unterschreiben (15).

Doch ähnlich wie die unter dem Schirm der UDF vereinten Organisationen weiß auch die AZAPO, welchen Stellenwert Aussagen bekannter Führer wie Boesak oder Bischof Tutu für die unterdrückten Schwarzen in Südafrika haben. So hat sie neben Tutu Bischof Manas Buthelezi (Ev. Lutherische Kirche und neuer Präsident des SA Council of Churches), Phiroshawa Camay (CUSA), Frank van der Horst (SA Council on Sport),

Tom Monthata (Soweto Civic Association), Emma Mashinini (Commercial, Catering and Allied Workers' Union of SA) und Neville Alexander (SA Council of Higher Education) zur Mitarbeit in dem 17-köpfigen NFC-Gremium gewinnen können (16).

Auch wenn es offensichtlich einige Mißstimmigkeiten um die angekündigte Mitgliedschaft namhafter Personen wie Boesak oder Motlana gegeben hat, so bemühen sich die Oppositionsführer doch, eher an die Überwindung der durch die Schaffung zweier getrennter Bündnisse geschaffenen Spaltung zu appellieren. Einige Organisationen wie die Gewerkschaften CUSA und CCAWU oder das Soweto Committee of Ten sind denn auch in beiden Foren vertreten (17).

Mitte Juni wurde auf einer von dem NFC einberufenen Konferenz in Hammanskraal von 800 Delegierten, die mehr als 300 schwarze Organisationen vertraten, einmütig ein "Manifest des azanischen Volkes" (s. Dokument) beschlossen. In dem Manifest wird das südafrikanische Apartheidsystem als "rassistischer Kapitalismus" bezeichnet und ein sozialistisches Programm umrissen, das die Kontrolle der schwarzen Arbeiter über die Produktionsmittel vorsieht. Wie das Manifest zeigt, sind nun Teile der BCM stark nach links gerückt, was offenbar auch dem Einfluß einiger ehemaliger trotzkistischer Gruppierungen zuzuschreiben ist (18). So wird das Manifest wohl auch weniger als Antwort auf die UDF-Erklärung denn als Alternative zur Freiheitscharta verstanden, die den NFC-Unterstützern als zu gemäßigt erscheint, weil ihre Vorschläge ebensogut mit einem nicht-rassistischen sozialdemokratischen System, in dem staatliche Organisationen mit privatem Unternehmertum koexistieren, zusammenfallen könnten (19).

Deutliche Worte ließ Desmond Tutu fallen, als er auf die ideologische Spaltung zwischen Anhängern der Freiheitscharta und der BCM einging: "Macht mir nicht Angst, daß uns nach der Befreiung ein Bürgerkrieg bevorsteht, wenn wir uns schon vorher gegenseitig bekämpften" (20).

Doch schon wenige Tage später hat Nelson Mandelas Tochter Zinzi anlässlich

der Gedenkfeierlichkeiten zu den Sowetounruhen diejenigen, die die Freiheitscharta ablehnen und stattdessen den Leuten ihr eigenes Manifest aufdrängen würden, als "ideologisch verlorene politische Banditen" bezeichnet, "die nur vom Kampf ablenken" (21). Weit weniger scharf hat sich allerdings UDF-Sprecher Zac Yacoob geäußert, der dem NFC einen Beitrag zum Kampf zugesteht und es nicht als der UDF entgegengesetzt betrachtet. Mögliche spätere Gespräche mit dem NFC will man nicht ausschließen (22).

Es bleibt abzuwarten, ob das gemeinsame Ziel, die Opposition gegen die Verfassungsvorschläge, die politischen Kräfte vereinen kann oder die ideologische Spaltung weiter voranschreitet.

Die schwarze Gewerkschaftsbewegung, um deren Einfluß sich die politischen Bündnisse bemühen, hält sich aus der Kontroverse (bisher zumindest) weitgehend raus. Stattdessen versucht sie, mit der Fortsetzung der letztes Jahr begonnenen Einheitsgespräche zwischen ihren Gewerkschaftsverbänden eine eigene Antwort auf die Krise des Apartheidsystems zu geben (23).

Anmerkungen:

1. TAZ 23.8.83
2. Cape Herald 15.1.83
3. SASPU National, März 83; Rand Daily Mail 2.5.83
4. SASPU Focus, Juni 83
5. Zum Konflikt BCM versus Freiheitscharta vgl. Informationsdienst 3'83, S. 10 f
6. SASPU National, März 83; Work in Progress No. 26, April 83, S. 17 f.
7. Frontline, Juli 83, S. 54
- 8.+9. TAZ 23.8.83
10. RDM 18.6.83
11. Financial Mail 17.5.83; New African, Aug. 83
12. RDM 1.2.83
13. Echo 10.2.83; Africa Report, 7/8'83, S. 54/5
14. Star 8.4.83
15. Echo 10.2.83; RDM 8.6.83
16. Soweton 10.6.83
17. RDM 4.6.83
18. TAZ 12.7.83
19. Frontline, Aug. 83, S. 12
20. epd 14.6.83
21. RDM 20.6.83
22. FM 5.12.83
23. vgl. dazu Artikel von Thomas Fues in diesem Info

Gewerkschaftseinheit rückt näher

Thomas Fues

Bei den Einheitsbestrebungen der demokratischen Gewerkschaftsorganisationen in Südafrika ist in diesem April der lange erhoffte Durchbruch gelungen. Nachdem die Bemühungen um einen Zusammenschluß der schnell wachsenden, aber zersplitterten nicht-rassischen (weitgehend schwarzen) Gewerkschaftsbewegung im August 1981 zu einer ersten Konferenz geführt hatten, waren die Verhandlungen bei der 3. Einheitskonferenz im Juli 1982 in eine Sackgasse geraten (1). Das steigende Ausmaß der wirtschaftlichen Krise und die Intensivierung der staatlichen Unterdrückung verstärkten in der Zeit danach aber die Einsicht, daß die Geschlossenheit der schwarzen Arbeiterschaft die notwendige Voraussetzung für eine wirksame Interessenvertretung ist.

Der Einheitskongreß im April 1983

Nach einer Verhandlungspause von fast einem Jahr, die von zahlreichen Gewerkschaften für Solidaritätsaktionen auf lokaler und regionaler Ebene genutzt worden war, lud die General Workers Union (GWU) zu einer nationalen Konferenz im April 1983 nach Kapstadt ein, deren einziger Tagesordnungspunkt die Bildung eines gewerkschaftlichen Dachverbandes zum Gegenstand hatte. Insgesamt 14 Einzelgewerkschaften oder Gewerkschaftsverbände waren durch Delegationen in Kapstadt vertreten: u.a. FOSATU, SCWU/AFCWU, SAAWU und CUSA (2). Die zentrale Kontroverse in den Beratungen bezog sich auf den im Augenblick sinnvollen Weg zu einer Einheit der demokratischen Gewerkschaften. Während die eine Gruppe (u.a. FCWU/AFCWU, GWU und FOSATU) die Notwendigkeit eines nationalen Dachverbandes betonte, kritisierte die andere Gruppe (u.a. GAWU) dieses Vorgehen als Einigungsprozeß von oben nach unten. Statt dessen wollten sie den Zusammenschluß von der Basis her durch lokale und regionale Solidaritätskomitees aufbauen, die vor allem in Transvaal schon erfolgreich die Arbeit aufgenommen hatten.

Die Konferenz endete schließlich mit der Einrichtung eines Komitees (feasibility committee), das dem Namen nach die Möglichkeit eines nationalen Dachverbandes prüfen soll, in Wirklichkeit aber schon als Vorstufe für den späteren organisatorischen Zusammenschluß zu sehen ist. Sieben Organisationen (FOSATU, GWU, SAAWU, FCWU/AFCWU, CCAWUSA, GAWU und CTMWA) (3), mit zusammen 200.000 Mitgliedern, traten dem Komitee sofort bei, wenige Wochen später kam die CUSA (100.000 Mitglieder) dazu. Der Arbeitsauftrag des Komitees, in dem jede Organisation mit 5 Delegierten vertreten ist, beinhaltet, die Vorstellung der einzelnen Gewerkschaften über Struktur und programmatische Grundlagen der neuen Föderation einzuholen (4). Die GWU sollte innerhalb von 3 Monaten eine Folgekonferenz einberufen, auf der ein gemeinsames Konzept erarbeitet werden soll. Als mögliche Modelle gelten die Organisationsprinzipien von FOSATU und CU-

SA sowie die Erfahrungen bei der Gründung von SACTU in den 50er Jahren.

Konflikte zwischen den Gewerkschaften

Die weiterhin zögernde Haltung einiger kleinerer Gewerkschaften, die dem Komitee bisher noch nicht beigetreten sind, aber auch noch keine endgültige Absage erteilt haben, macht deutlich, daß es noch immer nicht gelungen ist, die Gegensätze innerhalb der schwarzen Arbeiterbewegung zu überwinden. Vor allem der Konflikt zwischen FOSATU und MACWUSA/GWUSA hat sich in den vergangenen Jahren als Hemmnis der Einigungsbemühungen erwiesen. MACWUSA/GWUSA haben den Eintritt in ein festes Bündnis in der Vergangenheit von der Einhaltung folgender Prinzipien durch alle Mitgliedsorganisationen abhängig gemacht:

- Ablehnung der Registrierung,
- Ablehnung der Industrieräte,
- Ablehnung zentralistischer Strukturen,
- Kontrolle der Gewerkschaft durch die Arbeiter,
- Nicht-rassische Organisationsprinzipien,
- Beteiligung am politischen Prozeß außerhalb der Betriebe,
- keine Zusammenarbeit mit reaktionären Organisationen.

Die FOSATU hat dazu erklärt, daß sie zu einer Selbstaflösung und Deregistrierung bereit ist, wenn dadurch eine größere Einheit zwischen den Gewerkschaften möglich wird. Außerdem hat sich die FOSATU in letzter Zeit verstärkt zu politischen Themen geäußert, z.B. in der Ablehnung der Pläne für eine Verfassungsänderung und der Verschärfung der Zuzugskontrollen für Schwarze. Eine Annäherung der Standpunkte könnte sich in Zukunft auch daraus ergeben, daß der südafrikanische Staat seit Mai 1983 alle Kontrollmaßnahmen unterschiedslos auf registrierte und nicht-registrierte Gewerkschaften anwendet (Informationspflicht über Mitgliedschaft, Funktionäre und Finanzen). Obwohl die CUSA dem Komitee beigetreten ist, steht sie einem Zusammenschluß weiterhin mit großen Vorbehalten gegenüber, da sie den Auf-

bau von schwarzen Führungskräften anstrebt und deshalb Weißen den Zugang verwehrt. In anderen Gewerkschaften (z.B. FOSATU), und damit auch in dem neuen Verband, befinden sich aber Weiße häufig in Leitungspositionen. Eine notwendige Voraussetzung für das reibungslose Funktionieren der neuen Dachorganisation wäre ferner die eindeutige Abgrenzung der Rekrutierungsfelder und Wirkungsbereiche der Mitglieder, da das Verhältnis untereinander bisher durch zahlreiche Konkurrenzsituationen geprägt ist.

Perspektiven für die Entwicklung des neuen Dachverbandes

Der schon seit längerer Zeit erklärte Willen zu einem organisatorischen Zusammenschluß bei wichtigen Kräften der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung läßt die rasche Gründung eines neuen Dachverbandes als wahrscheinlich erscheinen. Auch wenn die CUSA und kleinere Allgemeingewerkschaften (z.B. die SAAWU) nur geringe Unterstützung dabei leisten werden und dem Verband vielleicht nicht beitreten, wird die neue Organisation in zahlreichen Industriebranchen über eine ausgezeichnete Struktur und Mitgliederbasis verfügen und könnte sich schnell zur dominierenden Kraft der schwarzen Arbeiterschaft entwickeln. Im Metallbereich hatte die zur FOSATU gehörige MAWU schon im November 1982 36 500 Mitglieder aufzuweisen (5). In dem neuen Zusammenschluß wird die weitgehend auf Transvaal und Natal be-

Appell von "Solidarnosc"

Die verbotene polnische Gewerkschaft Solidarnosc hat in einer von ihrem Koordinierungsbüro in Brüssel herausgegebenen Erklärung an polnische Flüchtlinge in Österreich appelliert, keine Stellenangebote in Südafrika anzunehmen. Dies zu tun, "ist gleichbedeutend damit, einem schwarzen Arbeitnehmer seinen Lebensunterhalt zu entziehen und steht damit in Widerspruch zu den Grundsätzen der gewerkschaftlichen Solidarität, die allein schon der Name der polnischen unabhängigen selbstverwalteten Gewerkschaft 'Solidarnosc' verkörpert."

schränkte Verhandlungsmacht der MAWU noch durch die Mitgliedschaft der GWU in den Metall- und Schiffahrtsbetrieben Kapstadts gestärkt. Im Bereich der Nahrungsmittelverarbeitung haben die schnell wachsenden FCWU/AFCWU (25 000 Mitglieder) von ihrem Stammgebiet in der westlichen Kap-Provinz in den östlichen Teil der Provinz und nach Transvaal expandiert. Zusammen mit der FOSATU-Gewerkschaft SFAWU, die ihre geographischen Schwerpunkte in Transvaal und Natal hat, könnte sich daraus nach dem Zusammenschluß eine nationale Industriegewerkschaft aufbauen.

Sowohl im Textil- als auch im Chemie-sektor könnte die Anziehungskraft des neuen Dachverbandes schnell eine klare Führungsposition der jeweiligen FOSATU-Gewerkschaft herbeiführen. Für den Automobilbau gilt heute schon ein deutliches Übergewicht der FOSATU-Organisation NAAWU, die 46% der Beschäftigten als Mitglieder aufweist und zur ersten nationalen Industriegewerkschaft Südafrikas geworden ist. Die Gewerkschaft CCAWUSA hat im Einzelhandels-sektor durch Tarifverträge mit den großen Kaufhausketten deutlich an Macht gewonnen. Bis auf regionale Ausnahmen wäre der neue Dachverband in den Sektoren Druck und Papier, Bergbau, Transport, in den öffentlichen Verwaltungen und in der Bauindustrie ohne die CUSA in einer schwachen Ausgangsposition.

Der Zuwachs an organisatorischen und finanziellen Ressourcen würde die neuen Föderation aber in die Lage versetzen, gezielte Rekrutierungskampagnen in den bisher vernachlässigten Bereichen durchzuführen. Es ist auch zu erwarten, daß die überragende Verhandlungsmacht des neuen Gesamtverbandes Teile von bisher ablehnenden Gewerkschaften (z.B. der CUSA) zum Übertritt bewegen wird.

Position des neuen Dachverbands im Spektrum der Oppositionskräfte

Aller Voraussicht nach könnte der bald zu erwartende Zusammenschluß der unabhängigen Arbeiterbewegung in kurzer Zeit zu einem neuen Machtzentrum im Spektrum der offen arbeitenden Oppositionskräfte werden, das für den Staat und die Kapitalseite eine ernstzunehmende Herausforderung darstellen würde.

Damit würde die schwarze Arbeiterschaft zu einer eigenständigen Kraft außerhalb der bisher bestehenden politischen Konstellation, die auch zu einem wichtigen Einflußfaktor im Kampf für die völlige Beseitigung der Apartheid-Strukturen werden könnte. Interessant ist diese Entwicklung auch deshalb, weil einige Gewerkschaften (z.B. FCWU/AFCWU), die bisher eine enge Verbindung zu den programmatisch auf die Freiheitscharta festgelegten Organisationen unterhielten,

bei der augenblicklichen Neuformierung der Charteristen in der United Democratic Front abseits stehen und statt dessen die Einheit der unabhängigen Gewerkschaftsbewegung vorantreiben (6). Motiv für dieses Verhalten könnte sein, daß das strategische Ziel der Einigung der schwarzen Arbeiterschaft Vorrang hat vor einer vor allem kurzfristig wirksamen Stärkung der politischen Opposition gegen die Verfassungspläne der Regierung. Es ist im Augenblick noch offen und sicherlich von der gesamtpolitischen Entwicklung abhängig, ob es den dem ANC nahestehenden Kräften im neuen Dachverband gelingen wird, diesen nach der Gründungsphase und der notwendigen organisatorischen Konsolidierung auf die inhaltlichen und bündnispolitischen Positionen der Charteristen festzulegen.

Anmerkungen:

1. Siehe dazu Wellmer, Gottfried: Einheitsgespräche der unabhängigen, nicht-rassischen Gewerkschaften Südafrikas, in: informationsdienst südliches afrika, Nr. 9/10, Oktober 1982, S. 18 ff
2. Die vollständige Liste der Teilnehmer umfaßt die folgenden Gewerkschaften: Federation of South African Trade Unions (FOSATU), General Workers Union (GWU), Food and Canning Workers Union/African Food and Canning Workers Union (FCWU/AFCWU), Commercial, Catering and Allied Workers Union of South Africa (CCAWUSA), Motor Assemblers and Component Workers Union of South Africa/General Workers Union of South Africa (MACWUSA/GWUSA), General and Allied Workers Union (GAWU), Municipal and General Workers Union of South Africa (MGWUSA), South African Allied Workers Union (SAAWU), Cape Town Municipal Workers Association (CTMWA), Orange Vaal General Workers Union (OVGWU), Engineering and Allied Workers Union (EAWU) und Council of Unions of South Africa (CUSA).
3. Der volle Name der Gewerkschaften ist in Fußnote 2 angegeben.
4. Der Stellenwert, der diesem Komitee von den beteiligten Gewerkschaften beigemessen wird, läßt sich z.B. aus der Hochrangigkeit der FOSATU-Delegation ablesen: Präsident Dlamini, Vizepräsident Zulu, Generalsekretär Foster, Präsident der National Automobile and Allied Workers Union, Sauls, und der nationale Bildungsreferent Erwin.
5. Zu den folgenden sektorspezifischen Aussagen siehe Charney, Craig: Trade Union Unity Moves: Evaluating the Strengths, in: Work in Progress, Nr. 27, Juni 1983, S. 4 ff. Die vollen Namen der hier genannten und nicht vorher aufgeführten Gewerkschaften lauten: Metal and Allied Workers Union (MAWU); Sweet, Food and Allied Workers Union (SFAWU) und National Automobile and Allied Workers Union (NAAWU).
6. Siehe dazu Charney, Craig: Leaking Solidarity, in: Frontline, July 1983, S. 54 ff und den Artikel von Lothar Berger in diesem Heft.



Pamberi ne Zimbabwe,
Geschichten vom Befreiungskampf
Herausgegeben von Peter Ripken
in Zusammenarbeit mit
Zimbabwe Netzwerk e.V.
Bonn 1983, 80 Seiten, DM 8,00
ISBN 3-921614-10-4

Kernstück dieses Bandes sind die Erzählungen und Gedichte einer Gruppe von ehemaligen Freiheitskämpfern, die nach der Unabhängigkeit Zimbabwes im Jahre 1980 auf einem Ausbildungskurs ihre Erfahrungen mit dem bewaffneten Kampf erzählen und reflektieren. Dazu kommen Erzählungen, die die Erfahrungen der Zivilbevölkerung aus der Zeit des Befreiungskampfes literarisch verarbeiten.

Ein großer Teil all der Geschichten, die die Menschen Zimbabwes über den Befreiungskampf erzählen könnten, sind auch heute noch nicht aufgeschrieben.

Die Geschichten dieses Bandes sind nicht nur Geschichten von längst Vergangenem, von überwundenem Glauben: sie sind beispielhafte Zeugnisse von den Irrungen und Wirrungen, von den Erfolgen und Niederlagen eines Befreiungskampfes, an dessen Ende zuerst einmal nur die nationale Unabhängigkeit steht. Ein Lese- und Vorlesebuch für Diskussion in Schule, Gemeinde- und Jugendarbeit.

issa
informationsstelle
südliches afrika e.V.
Blücherstr. 14
5300 Bonn 1
Tel. 0228/21 32 88

Neue Macht für schwarze Bergarbeiter

Thomas Fues

Im Juni 1983 fanden zum ersten Mal in der Geschichte der südafrikanischen Bergbauindustrie direkte Tarifverhandlungen zwischen der Kammer der Minenbesitzer und einer schwarzen Gewerkschaft statt. Mit Lohnerhöhungen um 15% erreichte die National Union of Mineworkers (NUM) zwar nur die Hälfte des selbst gesteckten Ziels, blieb aber doch deutlich über dem ersten Angebot der Unternehmer von 8%. Außerdem verpflichtete sich die Bergbaukammer, daß sie sich für die Abschaffung der Apartheid-Strukturen in ihrem Sektor einsetzen wird.

Dieser Abschluß ist ein wichtiger erster Erfolg für die rasant wachsende NUM, die erst in der Woche zuvor von der Gegenseite als Tarifpartner akzeptiert worden war. Seit Mitte der 40er Jahre bis 1982 hatte es keine Gewerkschaft für die ca. 500 000 schwarzen Bergarbeiter in Südafrika gegeben. Die Löhne für diese Gruppe wurden bisher einseitig von den Unternehmen nach Verhandlungen mit den exklusiv weißen, teilweise reaktionären Gewerkschaften festgelegt.

Ausbeutung der schwarzen Bergarbeiter
Arbeits- und Lebensbedingungen der schwarzen Minenarbeiter sind Ausdruck der extremen Ausbeutungsverhältnisse im Apartheidstaat (1). Aufgrund völlig unzureichender Sicherheitsmaßnahmen

starben im Jahr 1981 allein 619 Schwarze in den Goldminen, weitere 199 in Kohlegruben. Die schwarzen Arbeiter müssen für die Dauer ihrer kurzfristigen Arbeitsverträge (i.a. nicht länger als 12 - 14 Monate) ohne ihre Familien in menschenunwürdigen Unterkünften leben, die für die Außenwelt nicht zugänglich sind. Die Löhne bleiben mit durchschnittlich 240 Rand pro Monat für Untertagearbeiter und 200 Rand für andere Tätigkeiten weit unter dem Einkommensniveau der weißen Arbeitskräfte (1197 im Durchschnitt). Zugang zu den qualifizierten Arbeitsplätzen wird den Schwarzen wegen des erbitterten Widerstands der weißen Gewerkschaften weiterhin versperrt (z.B. Sprenglizenzen nur an Weiße) — trotz der gegenteiligen Em-

pfehlungen der Wiehahn-Kommission. Als die Minenbesitzer 1982 bei rückläufigen Preisen auf den internationalen Goldmärkten nur geringfügige Lohnerhöhungen für die schwarze Belegschaft ankündigten, kam es zu größeren Streikaktionen und Unruhen, bei denen mindestens 10 schwarze Minenarbeiter nach brutalen Einsätzen von privatem Werksschutz und Polizeieinheiten starben.

Gründung der NUM

Vor diesem Hintergrund beschloß der Gewerkschaftsverband Council of Unions of South Africa (CUSA) auf seiner Jahresversammlung im Juli 1982, die National Union of Mineworkers zu gründen. Unter der Führung des Generalsekretärs Cyril Ramaphosa, dessen Fähigkeiten auch von der Gegenseite hoch eingeschätzt werden, gelang es innerhalb weniger Monate — bis Mitte 1983 — 30 000 Mitglieder zu rekrutieren. Die NUM konzentrierte sich zunächst auf die für den Arbeitsprozeß wichtigen Maschinenführer und die Vorarbeiter, die als Meinungsführer der Schwarzen in den Minen gelten. Von Anfang an sprach sich die NUM gegen eine Registrierung und gegen die Teilnahme am staatlich verordneten System der Industrieräte aus und setzte sich die schnelle Abschaffung der Apartheid-Strukturen im Bergbau zum Ziel.

Angesichts des großen Zulaufs für die NUM in der schwarzen Arbeiterschaft änderte die Bergbaukammer sogar im Dezember 82 ihre Richtlinien, die ursprünglich eine Registrierung der Gewerkschaft als Vorbedingung für ihre Anerkennung als Tarifpartner vorgesehen hatten. Heute hat die NUM Zugang zu allen Minen, unterhält dort Büros und kann offen rekrutieren. In einigen Minen darf sie die Unterkünfte der schwarzen Arbeiter während des Tages betreten.

Verhandlungsstrategie der NUM

Formal kann die NUM mit der Bergbaukammer nur für diejenigen Berufsgruppen in einzelnen Minen Verträge abschließen, wo sie einen bedeutenden Anteil der Arbeiter als Mitglieder nachweisen kann. Faktisch aber gelten diese Abschlüsse für den gesamten Sektor vertikal und horizontal: Horizontal, da die Lohnabschlüsse von allen Unternehmen übernommen werden; vertikal, weil Tarifierhöhungen in einigen Berufskategorien Veränderungen auch in den anderen Gruppen nach sich ziehen, um die ursprüngliche Gehalts-hierarchie aufrechtzuerhalten. In ihren Verhandlungen strebt die NUM Verträge auf zwei Ebenen an. In Vereinbarungen mit der Bergbaukammer sollen einheitliche Löhne und Arbeitsbedingungen für den ganzen Sektor festgelegt werden. Durch zusätzliche Verträge auf Unternehmensebene sollen verbindliche Regeln-



Anstehen um einen Arbeitsplatz.

Der Bedarf an Arbeitskräften in der südafrikanischen Minenindustrie ist in den letzten Jahren stetig gesunken. Im ersten Halbjahr 83 sank die Zahl der Arbeitsplätze von 506 000 auf 490 000. Während bei Facharbeitern weiter ein Fehlbestand verzeichnet wird, treffen die Stellenstreichungen v.a. ungelernte Arbeiter, also die Masse der schwarzen Wanderarbeiter.

gen für Beschwerden, Disziplinarverfahren und Entlassungen vereinbart werden. Die gewerkschaftlichen Vertrauensleute sollen in den Betrieben die Einhaltung beider Vertragsformen überwachen und so eine starke Beteiligung der Gewerkschaftsbasis sicherstellen.

Perspektiven

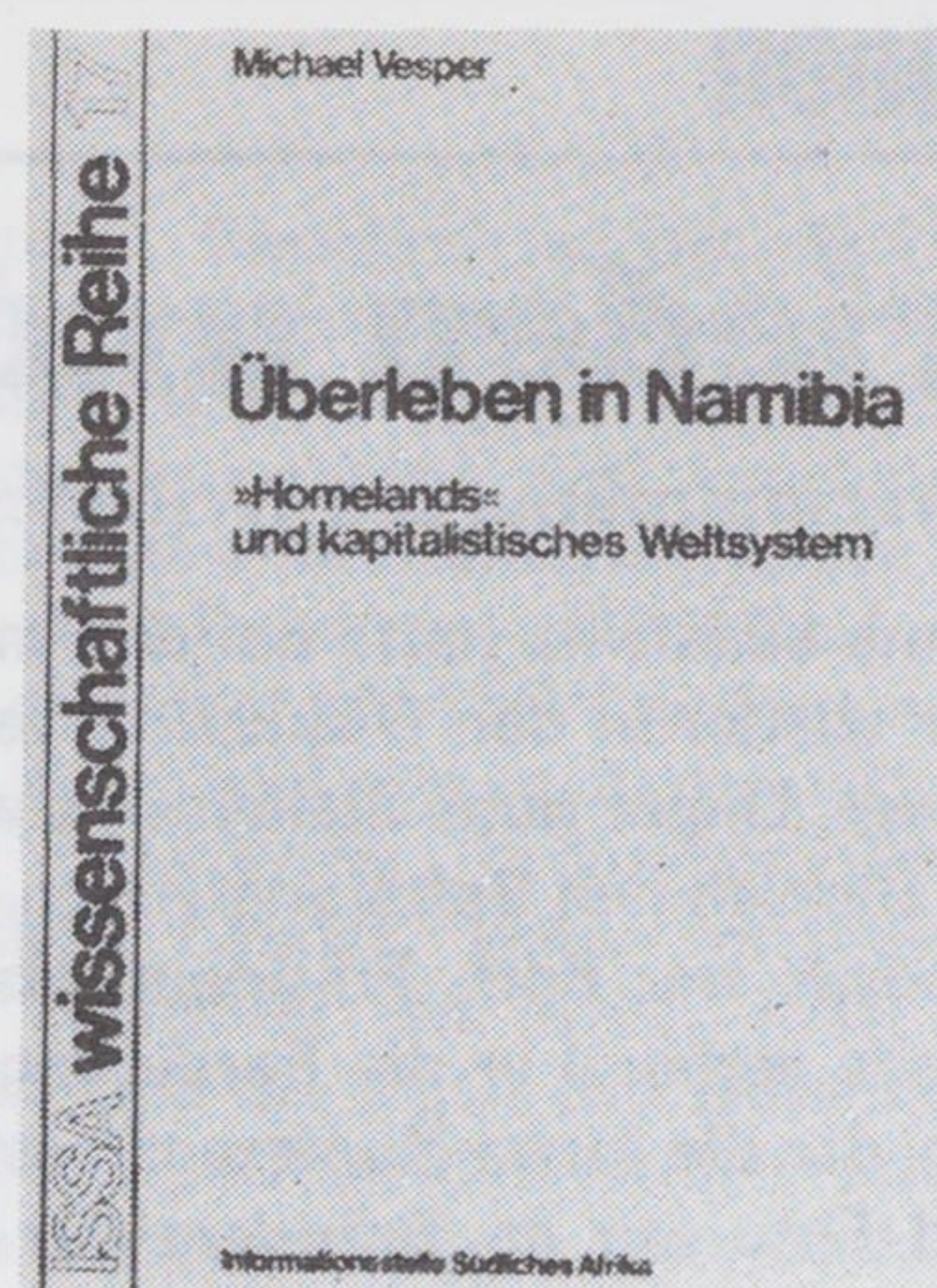
für die Entwicklung der NUM

Neben der NUM gibt es noch einige kleinere Gewerkschaften für schwarze Arbeiter, deren Bedeutung bisher aber gering geblieben ist. Die FOSATU hat bisher davor zurückgeschreckt, eine Gewerkschaft für Minenarbeiter zu initiieren, da der finanzielle und personelle Einsatz für ein solches Vorhaben erheblich wäre. Gruppen innerhalb der FOSATU, die aufgrund industrieller Verflechtungen oder geographischer Nähe Kontakt zum Bergbausektor haben, fordern allerdings immer dringender ein Engagement in diese Richtung. Die weitere Entwicklung der gewerkschaftlichen Organisationsformen der schwarzen Arbeiterschaft wird u.a. davon abhängen, ob der im Augenblick vorbereitete Zusammenschluß der demokratischen Gewerkschaften auch die CUSA umfaßt (2). Sollte dies der Fall sein, so wird die NUM weiterhin unbestrit-

ten die führende Kraft bleiben und die ungeteilte Unterstützung der schwarzen Gewerkschaftsbewegung erhalten. Sollte der neue Dachverband dagegen ohne die CUSA entstehen, so ist zu erwarten, daß von ihm eine zusätzliche Gewerkschaft im Bergbaubereich geschaffen wird, die dann der NUM ernsthafte Konkurrenz machen könnte. Auf alle Fälle werden sich die Minenbesitzer mit einer blitzartigen Organisierung der schwarzen Arbeiterschaft konfrontiert sehen, die die bisherigen Machtverhältnisse zu ihren Ungunsten verschieben wird. Sollte die Bergbaukammer tatsächlich zu substantiellen Zugeständnissen gezwungen werden, gerade bei den Zugangsbeschränkungen für Schwarze zu qualifizierten Arbeitsplätzen, könnte der angekündigte Widerstand der weißen Gewerkschaften ein scharfes Eingreifen des Staats gegen die schwarzen Gewerkschaften provozieren.

Anmerkungen:

1. Quelle für die folgenden Angaben: Workers' Unity, Organ of the South African Congress of Trade Unions, No. 32, August 1982, S. 1
2. Siehe dazu den Artikel über die gewerkschaftlichen Einheitsgespräche in diesem Heft.



Michael Vesper

Überleben in Namibia —

Homelands und

kapitalistisches Weltsystem

Bonn 1983, 280 Seiten, DM 22,80

ISBN 3-921614-08-2

Namibias Ökonomie wird heute immer noch mit dem Begriff 'Dualismus' beschrieben: auf der einen Seite der 'moderne' Sektor mit Landwirtschaft und dem Abbau von mineralischen Rohstoffen, der in das kapitalistische Weltsystem integriert ist, auf der anderen Seite der 'traditionelle Sektor', der auch mit dem Begriff 'Subsistenz' belegt — als Reservoir billiger Arbeitskräfte dient, ansonsten aber nicht teilhat an der 'modernen' Ökonomie. Michael Vesper betrachtet das Problem genauer: Für das Überleben der Menschen in Namibia ist nicht der industriell organisierte Sektor entscheidend, sondern das scheinbar unproduktive kleinbäuerliche, handwerkliche und Hausarbeitspotential, das eben nicht von Lohneinkommen abhängig ist. Diese Arbeit, mit der Michael Vesper an der Universität Bielefeld promovierte, leistet einen wichtigen Beitrag zur Diskussion über die Entwicklungsmöglichkeiten eines in Zukunft unabhängigen Namibia: Nur wer versteht, wie die namibische Wirtschaft und Gesellschaft funktioniert, kann Strategien zur Veränderung des Status quo entwickeln.

issa

informationsstelle

südliches afrika e. V.

Blücherstr. 14

5300 Bonn 1

Tel. 0228/21 32 88

aktionen

"Frieden und Gerechtigkeit"

6. Vollversammlung des Weltrates der Kirchen, 24.7. - 10.8.1983 in Vancouver, Kanada

Das Thema Südafrika hatte bei den meisten Delegierten der Vollversammlung einen hohen Stellenwert. Das zeigte sich daran, daß es immer wieder in den Diskussion der AGs und im Plenum zur Sprache kam, auch wenn es nicht zum Konferenzthema gemacht worden war. Dieser hohe Stellenwert wurde auch an den offiziell eingeladenen Südafrikanern deutlich, die im kirchlichen wie im politischen Bereich den Befreiungswillen und die Befreiungskraft der Unterdrückten dieses Landes repräsentieren.

Allan Boesak war dort, Präsident des Reformierten Weltbundes. Er sprach an herausragender Stelle in der Eröffnungssitzung. In seiner Rede verband er die Forderung nach Frieden und Abrüstung mit der nach Gerechtigkeit und formulierte damit einen Zusammenhang, der die ganze Konferenz bestimmen sollte.

Desmond Tutu war da, Präsident des Südafrikanischen Kirchenrates. Tutu wurde wie kein anderer bejubelt. Seine Ankunft in Vancouver wurde wie ein Sieg gefeiert, hatte doch das südafrikanische Regime ihm bis dahin die Ausreise verweigert. Tutu verurteilte die steigende Militarisierung seines Landes; die Nuklearkapazität Südafrikas sei eine Bedrohung des Weltfriedens. Er beklagte die mangelnde Unterstützung des Befreiungskampfes durch westliche Kirchen, denen er Widersprüchlichkeit mit Blick auf ihre eigene Geschichte vorwarf: Gegen die Nationalsozialisten hätten sie Untergrundkämpfer unterstützt, aber jetzt, wo es um die Befreiung der Schwarzen geht, da bekennen sich viele der westlichen Kirchen zum strikten Pazifismus.

Alfred Nzo war da, Generalsekretär des ANC, von vielen nicht bemerkt, aber dennoch ein Zeichen dafür, welche Bedeutung der Weltkirchenrat der Befreiungsbewegung Südafrikas beimißt. Er war Leiter einer offiziellen Beobachterdelegation.

Das Anti-Rassismus-Programm, in dem Südafrika seit Jahren einen Schwerpunkt bildet, ist für viele der Gradmesser des politischen Engagements des Ökumenischen Rates. Angriffspunkt der Kritiker war meist der Sonderfonds, der u.a. auch Befreiungsbewegungen unterstützt. Wer erwartet hatte, daß diese Kritiker sich im entsprechenden Hearing der Programmeinheit 'Gerechtigkeit und Dienst' zu Wort melden und eine Diskussion auslösen würden, sah sich enttäuscht. Zum gesamten Anti-Rassismus-Programm wurde keine einzige Frage gestellt. Wahrscheinlich wußten die Kritiker, daß ihre Vorwürfe, vom Geld des Sonderfonds würden u.a. Waffen gekauft, nicht haltbar sind und schwiegen von vornherein. Philip Potter stellte der Presse gegenüber auch klar, daß diese Vorwürfe noch nie belegt wurden.

Am letzten Abend der Konferenz wurde mit großer Mehrheit eine Erklärung zum Südlichen Afrika angenommen, die die Position des Ökumenischen Rates zu diesem Thema bekräftigt.

Die Mitgliedskirchen werden aufgefordert, "sich von jenen Institutionen zu lösen, die mit Südafrika zusammenarbeiten". Bisher hat die EKD solche Forderungen für sich selbst immer abgelehnt. Es bleibt abzuwarten, ob sich dies nach Vancouver ändern wird.

D. Weinbrenner

Empfehlungen

Die ÖRK-Vollversammlung, die vom 24. Juli bis 10. August 1983 in Vancouver, Kanada, zusammengetreten ist,

- a) wiederholt ihre Überzeugung, daß Apartheid durch das Evangelium Jesu-Christi, der das Leben der Welt ist, verurteilt wird und daß eine Theologie, die Apartheid unterstützt oder entschuldigt, häretisch ist;
- b) bekundet ihre Bewunderung und ihre Unterstützung des prophetischen und mutigen Eintretens für Menschenwürde, Gerechtigkeit und Befreiung seitens des Südafrikanischen Rates der Kirchen und des Rates der Kirchen in Namibia;
- c) ersucht die Mitgliedskirchen, entschiedener Zeugnis gegen die Apartheid und die fortgesetzte Unterdrückung in Südafrika und Namibia abzulegen und ihre Solidarität mit all denjenigen Kräften zu verstärken, die — einschließlich der von der UNO anerkannten Befreiungsbewegungen — sich der Apartheid und dem Rassismus widersetzen und den Kampf um Befreiung führen;
- d) verurteilt die "Unabhängigkeit" der Bantustans als eine spaltende und zerstörende Kraft, die sich gegen Solidarität und Befreiung der Schwarzen in Südafrika richtet;
- e) verurteilt die Verfassungsänderungen in Südafrika als betrügerisch und rassistisch, da sie keine echte Machtbeteiligung vorsehen und die Schwarzen vollständig vom Prozeß politischer Willensbildung ausschließen;
- f) würdigt die Ablehnung der Verfassungsänderungen durch den Südafrikanischen Rat der Kirchen und lenkt die Aufmerksamkeit der Mitgliedskirchen auf die weitreichenden Konsequenzen dieser rassistischen und die Trennung verschärfenden Änderungen;
- g) ruft die Mitgliedskirchen in Anerkennung der Notwendigkeit

einer gerechten Gesellschaft in diesem Teil des afrikanischen Kontinents und im Sinne ihrer Verabscheuung aller Formen von Gewalt dringend auf, alles in ihrer Macht stehende zu tun, um die Versammlungsfreiheit, die Gleichberechtigung und die demokratischen Rechte sowie den völligen Abbau der Apartheid zu fördern, da dies die wichtigste Voraussetzung für ein politisches Klima ist, in dem eine nationale Versammlung abgehalten werden kann;

- h) fordert die Unabhängigkeit Namibias durch die unverzügliche Inkraftsetzung der UN-Resolution 435 und ersucht die Kirchen in den Ländern der westlichen Kontaktgruppe, verstärkt Druck auf ihre Regierungen auszuüben, dies mit großer Dringlichkeit und in wirksamer Form zu unterstützen;
- i) beklagt und verurteilt noch entschiedener als bisher die Angriffe auf Nachbarstaaten und die Bemühungen um Destabilisierung durch die Regierung Südafrikas;
- j) ersucht die Mitgliedskirchen, angesichts der zunehmenden Anzahl von Flüchtlingen aus dieser Region, diesen Menschen durch alle geeigneten Maßnahmen zu helfen und sie durch bestehende Flüchtlingsprogramme zu unterstützen;
- k) wiederholt ihre Aufforderung an die Mitgliedskirchen, sich von jenen Institutionen zu lösen, die wirtschaftlich mit Südafrika zusammenarbeiten; bekräftigt die Notwendigkeit von umfassenden und verbindlichen Sanktionen und ruft die Regierungen dringend auf, der Durchführung eines wirksamen Ölembargos höchste Priorität einzuräumen;
- l) ruft Kirchen und Christen in aller Welt auf, ihre Unterstützung für ihre Gemeinschaft mit dem unterdrückten Volk in Südafrika durch Gebet und auf jede andere geeignete Weise zum Ausdruck zu bringen;
- m) ruft Mitgliedskirchen auf, ihre Mitglieder von der Auswanderung nach Südafrika abzuraten.

Namibia-Tag: 26. August



Empfang in der Godesberger Stadthalle anlässlich des Namibia-Tages. SWAPO-Sekretär H. Hamutenya, SWAPO-Vertreter in der Bundesrepublik, N. Shoombe und der Doyen der afrikanischen Botschaften in der Bundesrepublik, A. Agenov, der Botschafter von Togo.

In vielen Teilen der Welt wurde am 26. August, der von der UN-Vollversammlung zum Namibia-Tag erklärt worden ist, der Aufnahme des bewaffneten Befreiungskampfes in Namibia durch die SWAPO vor 17 Jahren gedacht. Besonders in den afrikanischen Staaten wurde die Aufgabe und Verpflichtung der Organisation für afrikanische Einheit (OAU) betont, sich für die Beendigung der kolonialen, illegalen Besetzung Namibias einzusetzen. Der Vorsitzende der OAU, Mengistu Haile Mariam, forderte, die Unterstützung für die SWAPO zu verstärken (1). Der Generalsekretär der OAU, Peter Onu, machte die Reagan-Administration für die Verzögerung der Unabhängigkeit Namibias verantwortlich, weil sie die Unabhängigkeit an Bedingungen knüpfen wolle, die damit nichts zu tun haben (2).

In Luanda, Angola, fanden an diesem Tag Gespräche zwischen der SWAPO und dem UN-General-Sekretär Perez de Cuellar statt, der vom Sicherheitsrat der UNO den Auftrag erhalten hat, die Verhandlungslage zu klären und dem Sicherheitsrat zu berichten. Dieser soll dann über die weiteren Schritte zur Unabhängigkeit beschließen.

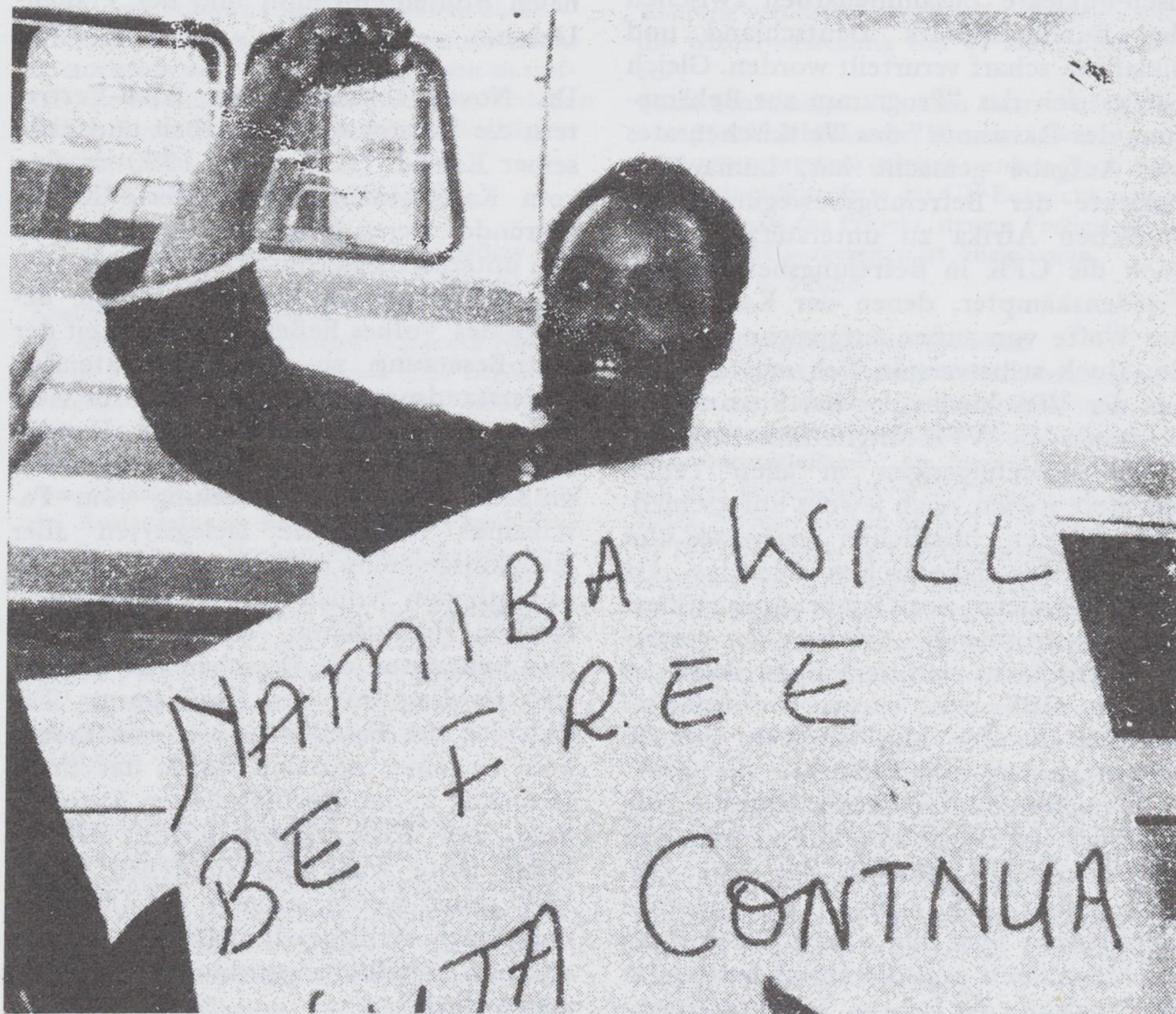
Bei seinem Besuch in Namibia am Vortag fand vor dem Hotel in der Kaiserstraße in Windhoek eine Demonstration von SWAPO-Mitgliedern statt, die Freiheit für Namibia forderten und auf die schlimmen gegenwärtigen Zustände hinwiesen. Durch

brutales Einschreiten der Polizei wurde die Demonstration beendet. Einige Polizisten wurden sogar von ihren Vorgesetzten zur "Mäßigung" angehalten, weil "hier zuviel internationale Presse ist" (3). In der Bundesrepublik fand erstmals ein offizieller SWAPO-Empfang aus Anlaß des Namibia-Tages in Bonn statt. Zahlreiche Botschafter, besonders der afrikanischen Länder, waren gekommen, sowie Vertreter des ANC, FDR, El Salvador und der PLO. Das Auswärtige Amt und die politischen Parteien waren ebenfalls vertreten. Viele Solidaritätsgruppen nahmen teil. Grußbotschaften waren geschickt worden, in denen die Solidarität mit dem Kampf der SWAPO und des namibischen Volkes ausgedrückt wurde. Nach der Begrüßung durch den SWAPO-Vertreter in der Bundesrepublik, Nghidimondjila Shoombe, sprach der Botschafter von Togo als Vorsitzender der Gruppe afrikanischer Botschaften in Bonn. Der SWAPO-Sekretär für Information und Publizistik aus Luanda, Hidipo Hamutenya, hielt die Hauptrede des Abends. Einen weiteren Höhepunkt stellte das Theaterstück von SWAPO-Studenten dar, in dem die Geschichte Namibias und des Befreiungskampfes der SWAPO dargestellt wurden. Viel Beifall erhielten sie für die Freiheitslieder, die ein Bestandteil des Programms waren.

Anmerkungen

1. Ethiopian Herald, Aug. 26, 83
2. Ethiopian Herald, Aug. 26, 83
3. Windhoek Advertiser, Aug. 26, 83

*Namibia-Tag in Windhoek.
Demonstrant auf der Kaiserstraße*



Einladung nach Prag

AAB-Delegation bei der Christlichen Friedenskonferenz in Prag

Auf Einladung der Christlichen Friedenskonferenz (=CFK) fuhr eine Delegation der Anti-Apartheid-Bewegung (AAB), der Reinhard Brückner und Ingeborg Wick vom AAB-Vorstand und das frühere Vorstandsmitglied Magdi Gohary angehörten, vom 4. - 8.7.83 nach Prag. Die Idee zu dieser Einladung war während einer Tagung der Antirassismus-Kommission der CFK im November 1982 in Hofgeismar entstanden, wo AAB-Vertreter vor allem auf die Kollaboration zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Südafrika und die Bedrohung des Weltfriedens durch das Apartheidregime hingewiesen hatten.

Die CFK-Einladung an die AAB sollte der Vertiefung der gemeinsamen Arbeit in der weltweiten ökumenischen Bewegung dienen, der sich die CFK seit ihrer Gründung im Jahre 1958 in besonderer Weise verpflichtet weiß. Dies kommt u.a. in ihrer Mitgliedschaft im Weltrat der Kirchen zum Ausdruck, von dem ja auch die AAB regelmäßig seit 1975 finanziell unterstützt worden ist. Aufgrund der gemeinsam vertretenen Auffassung, daß ökumenische Arbeit und Friedensarbeit untrennbar miteinander verbunden sind, hatte ja z.B. die V. Vollversammlung des Weltkirchenrates 1975 in Nairobi ein Programm zur Bekämpfung des Militarismus und zur Förderung der Abrüstung beschlossen. In der dortigen Diskussion über die zunehmende Militarisierung vor allem der 3. Welt war auch die militärisch-nukleare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Südafrika scharf verurteilt worden. Gleich wie es sich das "Programm zur Bekämpfung des Rassismus" des Weltkirchenrates zur Aufgabe gemacht hat, humanitäre Projekte der Befreiungsbewegungen im Südlichen Afrika zu unterstützen, sieht auch die CFK in Befreiungsbewegungen Friedenskämpfer, denen der Kampf mit der Waffe von außen aufgezwungen wurde. Doch selbstverständlich ergeben sich aus der Verschiedenheit der Situationen, in denen die VFK-Mitgliedskirchen und -Regionalvereinigungen in allen Teilen der Welt stehen, auch jeweils unterschiedliche Formen christlichen Zeugnisses und des friedens-diakonischen Dienstes. Da heute angesichts der Gefahr einer nuklearen Katastrophe die Existenz der gesamten Menschheit auf dem Spiel steht, ist für die CFK der "status confessionis" erreicht, in der alle Christen jegliche Rechtfertigung und indirekte wie direkte Unterstützung atomarer Rüstung, die das Auslösen eines Atomkrieges zum Ziel hat, ausschließen müssen. Als erste Aufgabe ergibt sich hieraus die ständige Information über die akute Gefährdung der Menschheit und die Mobilisierung für die Erhaltung des Lebens. Die Zusammen-

tragung der verschiedenen Aspekte der Friedensarbeit stand im Zentrum der Gespräche, die die AAB-Delegation vom 4. bis 8.7.83 in Prag führte. Erst wenige Tage zuvor war in Prag eine Welt-Friedenskonferenz mit über 3 500 Teilnehmern zu Ende gegangen, auf der die CFK alle Kirchenvertreter betreut hatte.

Diskussionspartner der AAB waren neben den verschiedenen Vertretern der CFK selbst, wie z.B. deren Generalsekretär Dr. Mirejowsky und dessen Stellvertreter, Pfr. Rosa, der Patriarch der Tschechoslowakischen Hussitischen Kirche, Dr. Miroslav Novak, der gleichzeitig Vorsitzender des Ökumenischen Rates der CSSR ist, Prof. Zachoval, Geschichtswissenschaftler von der Akademie der Wissenschaften, sowie führende Vertreter des Soliaritätskomitees, der Internationalen Studenten-Union und der Frauen-Union.

Dr. Novak schilderte den AAB-Vertretern die Entstehung, die Arbeit und Ziele seiner Kirche. Diese wurde 1920 als eine vom Katholizismus emanzipierte Kirche gegründet, deren Mitglieder vor allem aus den unterprivilegierten Schichten des Volkes stammten. Ihr Eintreten für die Belange des Volkes ließen sie in der Zeit der Nazi-Besetzung zu einem bedeutenden Widerstandspotential werden, wofür viele Geistliche und Mitarbeiter der Hussitischen Kirche mit ihrem Leben bezahlen mußten. Nach der Befreiung vom Faschismus traten die Delegierten aller Religionsgemeinschaften auf dem II. ordentlichen Konzil der Tschechoslowakischen Hussitischen Kirche zusammen und benannten als Ursachen des Krieges und als Ursprung des Faschismus: "Die Existenz des Faschismus und sein Erstarren zu einer sozialen Kraft hat ihren Ursprung in der geschichtlichen Entwicklung der Klassengesellschaft... daß es keine echte Ruhe und Sicherheit in der Welt geben werde, solange der Übergang von einer Profitgesellschaft zur sozialistischen Gesellschaftsordnung nicht vollzogen wird."

Dr. Novak berichtete vom Ev. Kirchentag in Hannover, daß er dort von unzähligen Jugendlichen vor allem zu Fragen des Zusammenhangs von Faschismus und Krieg befragt worden sei.

In allen Gesprächen kam von Seiten der CSSR-Vertreter in Zusammenhang mit der geplanten US-Raketenstationierung in Westeuropa im Herbst 1983 die Befürchtung eines erneuten kriegesischen Angriffs von deutschem Boden gegen ihr Land zum Ausdruck. Erstmals wurden Atomwaffen in der CSSR gelagert werden — erzwungene Gegenmaßnahmen, die die Menschheit der Gefahr ihrer Vernichtung einen weiteren Schritt näher brächte. Die AAB-Vertreter schilderten ihre langjährige Arbeit gegen die militärisch-nukleare Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik und dem Apartheidregime, die dieses in die Lage versetzt hat, heute Atomwaffen herzustellen und mit ihnen Einsatz zu drohen. Auch hierdurch bestehe eine Gefahr für den Weltfrieden, wie dies Befreiungsbewegungen und zahlreiche Regierungen und Organisationen mehrfach in der UNO festgestellt haben. Zu dem Bemühen aller Friedenskräfte, die geplante Raketenstationierung in Westeuropa zu verhindern, gehöre als fester Bestandteil der Freiheitskampf der unterdrückten Völker z.B. im Südlichen Afrika dazu, da er sich gegen denselben Verursacher richte. Den Zusammenhang zwischen dem Kampf für Frieden und Gerechtigkeit hat auf der VI. Vollversammlung des Weltkirchenrates in Vancouver im Juli/August 1983 besonders der Südafrikaner A. Boesak, der Präsident des Reformierten Weltbundes, unterstrichen.

Selbstverständlich hat die persönliche Darstellung des "Falles Magdi Gohary" (s. Info-Dienst 7/8 1983, S. 26), dem die Ausweisung aus der Bundesrepublik am 31.10.83 u.a. wegen seiner AAB-Vorstandstätigkeit angedroht worden ist, einen breiten Raum in den Prager Gesprächen der AAB-Delegation eingenommen. Des weiteren war es für die Gesprächspartner der AAB außerordentlich interessant, in Pfarrer Reinhard Brückner nicht nur ein Vorstandsmitglied der AAB, sondern auch einen Landtagsabgeordneten der Grünen vorzufinden (siehe in diesem Zusammenhang auch die Antwort der Partei DIE GRÜNEN auf die Fragen der AAB zur Bundestagswahl am 6.3.83 in Info-Dienst 6/83, S. 26 - 29).

Am Ende des Prager Aufenthalts stand auf beiden Seiten der Wunsch nach einem verstärkten, regelmäßigeren Informationsaustausch und Dankbarkeit seitens der AAB für politisch, kulturell und menschlich wertvolle Begegnungen.

Ingeborg Wick

nachrichten

SÜDAFRIKA

Regionales Kräfteverhältnis

“Keiner unserer feindlichen Nachbarn ist in der Lage, gegen uns einen konventionellen Krieg zu führen”, schätzt der Oberkommandierende der südafrikanischen Streitkräfte, General Constand Viljoen, die militärische Stärke seiner Nachbarstaaten ein. (FM 17.6.1983) Gleichwohl müssen die Rüstungsanstrengungen der Frontstaaten in Verkehrung von Ursache und Wirkung als Alibi für Pretorias Hochrüstung und Präventivschläge erhalten. Das renommierte International Institute of Strategic Studies, London, zieht in “Military Balance 1982 - 83” einen Vergleich:

	Mann- schaften	Kampf- fahr- zeuge	Pan- zer	Ge- fechts- fahrz.
Angola	37 500	68	325	400
Botswana	3 000	—	—	30
Mosambik	21 600	25	200	235
Simbabwe	14 300	51	34	143
Zimbabwe	63 000*	41	28	63
Total	139 400	185	587	871
Südafrika	81 400	211	1 650	1 700
404 500 Ausgebildete bei Mobilmachung				

*
Truppenstärke soll auf 42 000 reduziert werden
Nicht berücksichtigt ist dabei der hohe technische Stand der südafrikanischen Waffensysteme und die Überlegenheit in Aufklärung, Kommunikation und Logistik.
(Quelle: Military Technology vol VI, 9, 1982, The Military Balance 1982 - 83, S. 133ff)

Wehretat überproportional gesteigert

Der Wehretat Südafrikas ist in diesem Jahr mit 16% auf R 3,092 Mrd gestiegen. Der Gesamthaushalt nahm lediglich um 10% zu. Nach Angaben der Financial Mail verfügt die SADF über einen wesentlich höheren Haushalt, als im Budget angegeben. Sie rechnet nach, daß dem Militär im Vorjahreshaushalt ein Finanzvolumen von R 3,361 Mrd zur Verfügung stand, während nur R 2,668 Mrd im Haushalt ausgewiesen waren. Es wird für die laufende Legislaturperiode auf R 3,4 Mrd geschätzt.
Um eine Vorstellung von den tatsächlichen Sicherheitskosten zu erhalten, müßten nach Ansicht der FM Teile des Polizeietats von R 564 Mio und der Haushalt für die Geheimdienste von R 67 Mio (Steigerung um R 21 Mio) berücksichtigt werden. Auch das Außenamt schießt noch einmal R 16,5 Mio für den Geheimdienst zu. Darüberhinaus werden aus dem Ministerium für Gemeindeentwicklung R 62,9 Mio für militärische Gebäude und Infrastruktur, R 1 Mio für Landkäufe und R 30 Mio für Polizeigebäude und -strukturen bereitgestellt.
FM 29.7.1983

Schwedische Reederei bricht Ölembargo gegen Südafrika

Die staatliche schwedische Reederei “Zenith Shipping” hat im vergangenen Jahr dreimal von einem ihrer Schiffe Öl nach Südafrika transportieren lassen und damit das von Schweden gegen den Apartheid-Staat verhängte Öl-embargo durchbrochen. Diesen Vorwurf hat in

Stockholm die schwedische Solidaritätsorganisation “Afrikagruppen” erhoben, gestützt auf Informationen des niederländischen Überwachungsbüros für den Ölschifftransport in Amsterdam.
Danach soll der Tanker “Regina” 1982 dreimal Öl in den südafrikanischen Haft Durban angeliefert haben. Lars Mossberg, Vizedirektor der Reederei “Zenith”, räumte gegenüber der schwedischen Nachrichtenagentur “tt” ein, daß die “Regina” Öl nach Südafrika geliefert habe, allerdings sei sie damals von einer norwegischen Reederei angemietet worden und somit nicht unter schwedischer Flagge gefahren.
Schwedens Außenminister Lennart Bodstroem zeigte sich nicht informiert über die Südafrika-Aktivitäten von “Zenith”, sagte aber zu, daß dem Vorwurf des “Gesetzesbruchs” in jedem Fall nachgegangen werde.
ips 16.8.83

ANGOLA

Notstandsgesetz für Kriegszonen

Die Ständige Kommission der angolanischen Volksversammlung hat ein Gesetz beschlossen, nach dem die von der UNITA bedrohten Gebiete direkt dem Militär unterstellt werden können. Das Notstandsgesetz sieht die Einrichtung von regionalen Militärräten unter der Leitung von Präsident Jose Eduardo Dos Santos vor, die in allen politischen, wirtschaftlichen, sozialen und militärischen Fragen Entscheidungsbefugnis erhalten sollen. Die Militärräte dürfen im Interesse der Verteidigung und Sicherheit Güter beschlagnahmen und Soldaten zwangsrekrutieren. Militärgerichte sollen Fälle von Sabotage, Spekulation und Verstöße gegen die Anordnungen der Militärräte ahnden. Es steht dem Präsident frei, die Gebiete zu bestimmen, in denen das Militär direkt die Macht übernehmen soll, und alle Maßnahmen zu treffen, die die militärische und politische Situation für die Einrichtung des Gesetzes notwendig erscheinen läßt.
FR 2.8.83; Facts and Reports 1.8.83.

Abbau der Eisenvorkommen von Kassinga

Mit der Ausbeutung der Eisenvorkommen von Kassinga in Angola durch die Austromineral für Rechnung der Ferrangol (Empresa Nacional de Ferro Angola) soll Ende 1983 begonnen werden. Wie verlautet, soll sich die Förderkapazität von Eisenerz in dieser Mine in der Startphase auf 1,1 Mio jato belaufen, die zunächst ausschließlich exportiert werden. Nach der von der Austromineral durchgeführten Feasibility-Studie weist das Vorkommen von Kassala eine Reserve von 77 Mio t Eisen (davon 43 Mio t abbaufähig im Tagebau) und die Lagerstätte von Kitung von 177 Mio t auf, von denen ca 44 Mio t über Tage gefördert werden können. Die Abbaumenge soll mittelfristig auf etwa 2,1 Mio jato gesteigert werden können.
BfAI/NfA 19.8.83

Kolloquium über nationale Sprachen

Das angolanische Spracheninstitut hat in Zusammenarbeit mit dem nationalen Sekretariat für Kultur in Luanda ein Kolloquium über sechs der wichtigsten Sprachen des Landes abgehalten. Hauptthema des viertägigen Seminars unter Beteiligung zahlreicher in- und aus-

ländischer Linguisten war der Versuch einer Vereinheitlichung der phonetischen und phonologischen Systeme von Kikongo, Kimbundo, Chokwe, Umbundo, Mbunda und Kwanyama. Daneben wurden Projekte für die Systematisierung der entsprechenden Alphabete, die sich nach den Transkriptionsrichtlinien des internationalen Alphabets richten soll, vorgestellt.
An dem Sammeln von Material und den Forschungsarbeiten, die unter Leitung des UNESCO-Experten Mirja Trifkovic standen, haben sich religiöse und alle kulturellen Persönlichkeiten der Regierung ebenso beteiligt wie Sprecher des staatlichen angolanischen Rundfunks, das Programme in einheimischen Sprachen ausstrahlt.
ips 12.8.83

MOSAMBIK

Wasserversorgung Maputos

Maputos Wasserversorgung leidet unter den Auswirkungen der Trockenheit im Südlichen Afrika. Das aus der Kolonialzeit übernommene, nur für den damaligen europäischen Teil der Stadt vorgesehene Wasserversorgungssystem hat niemals den Ansprüchen der ganzen Stadt genügt. Durch die Trockenheit ist nun der Wasserspiegel des Umbeluzi-Flusses gefährlich gesunken, so daß gegenwärtig nur noch 1800 Kubikmeter Wasser pro Stunde geliefert werden können. Maputos Mindestbedarf liegt jedoch bei 4000 Kubikmeter, wovon die Industrie allein 40% verbraucht.
Ein Dringlichkeitsprojekt, das von dem Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen mit der Lieferung von personeller und materieller Ausrüstung ebenso unterstützt wird wie von Holland, Italien und Frankreich, sieht nun die Bohrung von ca. 80 neuen tiefen Brunnen und die Wiederherstellung von 40 alten Brunnen vor.
Nach Schätzungen könnten dann zusätzliche 15 - 25 000 Kubikmeter Wasser täglich in das Versorgungssystem geleitet werden. Nach Auskunft eines Sprechers des UN-Entwicklungsprogramms geht das Projekt, dessen Fertigstellung für April 84 vorgesehen ist, zügig voran.
aim 27.6. u. 3.8.83

Versorgungsprojekt für Notzeiten

Mosambik hat mit dem Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen (WEP) ein Abkommen unterzeichnet, daß die Schaffung von Nahrungsmittelagarn für Notzeiten vorsieht. An drei Schlüsselstellen des Landes (Maputo, Beira, Nacala) sollen 60 000 Tonnen Getreide (35 000 t Mais und 25 000 Weizen) gelagert werden. Das WEP wird Mosambik zunächst 10 000 t Mais schenken, Australien liefert die gleiche Menge an Weizen. Beide Lieferungen werden in Maputo gelagert werden. Die Schweizer Regierung wird den Bau von Vorratslagern in Beira mit einer Kapazität von 15 000 t finanzieren, ein 10 000 t Warenhaus in Nacala wird mit holländischer Hilfe errichtet.
Das Projekt ist das Ergebnis einer Nachfrage der mosambikanischen Behörden um Hilfe bei den Vereinten Nationen, um nach den Versorgungsempässen, die von den 78er Überschwemmungen verursacht wurden, ein Nahrungsmittelprogramm aufzustellen.
aim 30.7.83

Neu erschienen! Neu erschienen! Neu erschienen! Neu erschienen!

IM HERZEN DER BESTIE

Ein Aktionshandbuch gegen Rüstungs- und Atomgeschäfte
(Schwerpunkt konventionelle und atomare Rüstungsexporte, Uranabbau)

- mit Adressen von Archiven, Bibliotheken und anderen Informationsquellen (Zeitschriften, Nachschlagewerke) zur bundesdeutschen Atom- und Rüstungsindustrie und zu ihren Auslandsgeschäften;
- mit einem umfangreichen, kommentierten Literatur-Verzeichnis zu konventionellen und atomaren Rüstungsexporten und Uranabbau;
- mit Adressen und Beschreibungen von Aktionsgruppen, die zu diesen Themen arbeiten und
- mit einem kommentierten Medienverzeichnis: Dias, Filme, Ausstellungen und Video.

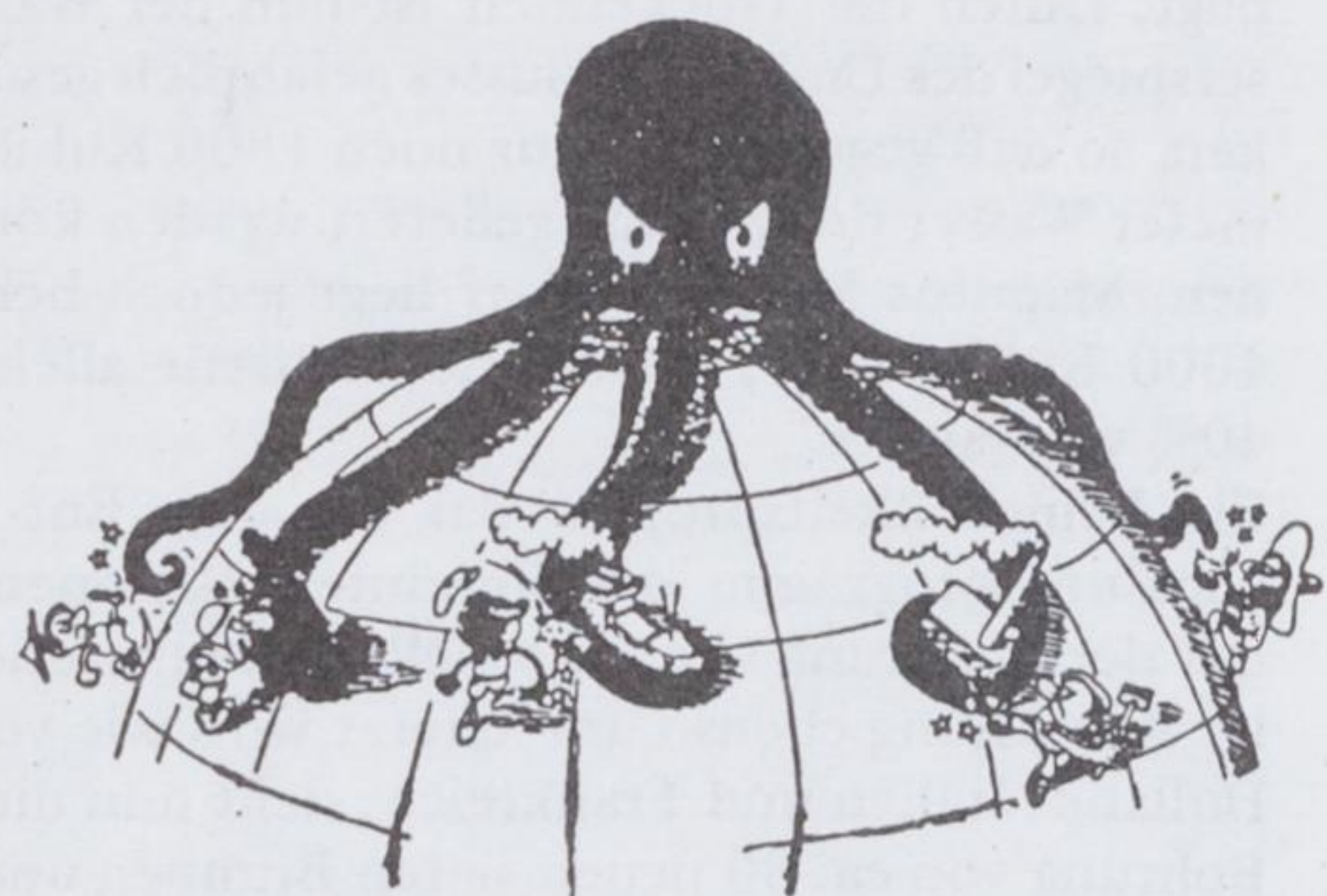
160 S., mit vielen Ill., DM 7,50 (für Aktionsgruppen und ab 10 Ex. DM 5,-) plus Porto

URANABBAU IN NAMIBIA

Gestohlenes Uran für die strahlende Zukunft der Bundesrepublik
In Namibia, das von Südafrika besetzt gehalten wird, liegt Rössing, die größte Uranmine der Welt. Dieses Buch geht auf die deutsche Beteiligung an dem skrupellosen Urangeschäft ein und setzt sich besonders mit den Gesundheitsgefahren durch Uran auseinander.
Im Anhang finden sich Medien, Literatur und Aktionsgruppenadressen zum Thema.

Beilage: Eine Übersichtskarte über die Verwicklung Westeuropas in das Namibia-Urangeschäft (Atomkraftwerke, Firmen, Behörden etc.). Eine Weltkarte über Uranvorkommen und Uranminen.

114 S., DM 7,50 (für Aktionsgruppen und ab 10 Ex. 5,50 DM) + Porto



MEDIEN ZUM AUSLEIHEN:

STRASSE DES GELBEN KUCHENS

Video, VHS-System, ca. 30 Min.

Deutsche Fassung eines englischen bzw. niederländischen Fernsehfilms über den Raubbau von Namibia-Uran, die südafrikanische Besetzung Namibias, den Widerstand der SWAPO, die Details über beteiligte Firmen (natürlich auch deutsche), Verwicklung der betreffenden Regierungen und insbesondere die genaue Transportroute des an sich geheim gehaltenen Transportweges. Leihgebühr: DM 20,- plus Porto

URAN AUS NAMIBIA

Ton-Dia-Serie, 20 Min., Leihgebühr: DM 15,- plus Porto

Aufzeigen der deutschen Verwicklung und der eigenen Betroffenheit mit dem Raubbau von Namibia-Uran aus der Rössing-Mine (größte Uran-Mine der Welt), Geschichte und südafrikanische Besetzung Namibias, Brennstoffkreislauf (vom Uranabbau bis zur Bombe), Apartheid, Details der deutschen Beteiligung an Rössing, Widerstand in Namibia und anderswo. Als Einführung für Veranstaltungen gedacht, mit umfangreichen Begleitmaterial.

DER GRELLE BLITZ

Video-Film auf VHS-System, ca. 55 Min., Leihgeb.: DM 20,- + Porto

Deutsche Fassung eines englischen Fernsehfilms, der die illegale Lagerung von atomaren Geschossen und der dazugehörigen Artillerie beschreibt. Insbesondere die Verflechtungen der westlichen Staaten werden detailliert beschrieben - ähnlich einem Kriminalspiel, das allerdings dokumentarischen Charakter besitzt.

Herausgeber und v.i.S.d.P.: AG gegen eine militärisch-nukleare Zusammenarbeit der BRD mit Südafrika der Anti-Apartheid Bewegung, Gruppe Bremen

Bestelladresse: Thorsten Maass, Schildstr. 1, 2800 Bremen 1, oder:
Hanns-Ulrich Barde, Weberstr. 13, 2800 Bremen 1,
Tel.: 0421 / 76 255

Neu erschienen! Neu erschienen! Neu erschienen! Neu erschienen!

blätter des iz3w Nr. 111 August 1983

US-Stützpunkte auf dem Philippinen + Guatemala, 1 Jahr nach dem Putsch + Nicaragua, Kampagne Rio San Juan + OAU, Wie geeint ist Afrika? + UNCTAD VI + Indien - Die Chipko Bewegung + Palästina - Westbank und Gazastreifen + Entwicklungspolitik der EG + Sudan - Der Jonglei Kanal + Palästinensische Frauen, der alltägliche Kampf + BUKO - Bericht vom 7. Bundeskongress in Hannover + Hopi-Indianer versuchen in der Öffentlichkeit Gehör zu finden + Pflanzenschutzmittel ohne Grenzen.

Einzelpreis 5,- DM, Jahresabo 30,-/40,- DM Bezug:

iz3w, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Forum Nr. 69, 1983

Mittelstreckenraketen und 3. Welt + Was ist der KK3W + Nicaragua braucht Frieden + Pharma Brief + Freire Brief + Frauen - Frieden - 'Dritte Welt' + 100 000 DM bis zum 19. Juli 1983 + 'Es ist an der Zeit' (Aufruf der Dritte-Welt-Gruppen zum Herbst 1983) + Antrag ans BMZ abgelehnt + Spendenaufrufe / Termine + Ende der Streitigkeiten?! (Forum-News) + Material- und Medienbörse + Zeitschriften

Bezug:

FEA-Verlag, IG Dritte Welt Neuss, Broichstr. 12, 4040 Neuss 1

Mittelamerika Magazin 30 Juli 83

El Salvador: Den Krieg in die Städte tragen + Frauen im bewaffneten Kampf + Interview: Pilot gegen Vietnam - Arzt für El Salvador + "Hondruas: Das Land, das den Frieden international vorantreibt!" + Guatemala vor dem Putsch? + Ökonomischer Mord + Massaker durch Zivilpatrouillen + Flüchtlinge + Nicaragua: Neue Enteignungen - Neue Landverteilungen + "La Chacra" - Ein Strafvollzugsexperiment im Kampfgebiet + BRD: Die Weichen für die Wende sind gestellt - Mittelamerikapolitik der Bundesregierung.

Einzelheft 2,50 DM, Förderabo 25 DM/6 Hefte, Abo 15 DM/6 Hefte

Bezug:

Magazin-Verlag, Königsweg 7, 2300 Kiel 1,



SÜDAFRIKA

NEUERSCHEINUNG

Texte zur Unterdrückung und zum sozialen Widerstand in Südafrika

36 Seiten, DM 3,- gegen Vorausüberweisung zu bestellen bei:

**medico
international**

Hanauer Landstraße 147-149
6000 Frankfurt/Main 1

Stadtparkasse Frankfurt
Konto-Nr. 182

edition CON

Ulli Beier (Hrsg.)

Glücklose Köpfe

Luckless Heads

Malerei von Ver-rückten aus Nigeria Painting by de-ranged Nigerians
104 Seiten, 99 Abb. (9 farbige) deutsch/englisch 25,00 DM, ISBN 3-88526-095-6

Amilcar Cabral

Die Theorie als Waffe

Schriften zur Befreiung in Afrika
328 Seiten, 19,80 DM, ISBN 3-88526-100-6

CON

edition vertrieb filmverleih

Literatur und Filme zum Thema Dritte Welt und Ausländer in der BRD
Westerdeich 38, 28 Bremen, Tel.: 0421 - 54 00 12 / 13